

**Der betriebswirtschaftliche
und der
volkswirtschaftliche Liquiditätsbegriff**

von

Dipl.-Kfm. Gertrud Lorz geb. Beutel

aus

Mainz

1967



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549016_0058

Der betriebswirtschaftliche und der volkswirtschaftliche Liquiditätsbegriff

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt
von
Dipl.-Kfm. Gertrud Lorz geb. Beutel
aus
Mainz



Referent: Prof. Dr. Hanns Linhardt

Korreferent: Prof. Dr. Horst Claus Recktenwald

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Februar 1967

V o r w o r t

Das Wirtschaftsgeschehen Westdeutschlands steht seit einigen Jahren, nicht zuletzt auf Grund relativ hoher Staats- und Gemeindeausgaben, im Zeichen einer inflationären Entwicklung. Die kreditrestriktiven Maßnahmen der Notenbank führten weniger zu einer Eindämmung der steigenden Preise als vielmehr zu Liquiditätsanspannungen der Unternehmungen. In dieser Wirtschaftssituation gewinnt das Liquiditätsproblem für den Betriebswirtschaftler und den Volkswirtschaftler neue Aktualität.

Wissenschaftliche Probleme sind nur zu lösen, wenn der ihnen zugrundeliegende Sachverhalt durch exakte Begriffe erfaßt werden kann. Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, in der Diskussion um die Klärung des Liquiditätsbegriffes einen bescheidenen Beitrag zu leisten.

Da ich seit meinem Examen im Herbst 1961 ununterbrochen berufstätig war, nahm die Ausarbeitung dieser Untersuchung viereinhalb Jahre in Anspruch.

Meinem hochverehrten, wissenschaftlichen Lehrer, Herrn Professor Dr. Hanns Linhardt, möchte ich daher nicht nur für die wertvollen Anregungen und Hinweise, die diese Arbeit förderten, sondern auch für das Verständnis und die Geduld, die er mir entgegenbrachte, meinen besonderen Dank aussprechen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	
1. Begriff und Begriffsbildung	1
2. Gegenstand der Arbeit	6
A) Der betriebswirtschaftliche Liquiditätsbegriff	
I. Problemstellung	8
II. Die Verwendung des Begriffes Liquidität	10
1. Der Sprachgebrauch der Praxis	10
2. Der Begriff in der betriebswirtschaftlichen Literatur	11
a) Die statische Betrachtung der Kapital- und Vermögensrechnung	15
aa) Liquidität der Vermögensgüter	15
bb) Liquidität - eine Relation des Vermögens zum Kapital	21
b) Die dynamische Betrachtung der Erfolgsrechnung	29
c) Unterbegriffe der Liquidität	33
d) Liquidität als Finanzierungsproblem	36
III. Kritische Würdigung	39
1. Die Abgrenzung des Begriffes Liquidierbarkeit	39
2. Die Abgrenzung des Begriffes Finanzierung	41
3. Die statische und die dynamische Betrachtungsweise	49

4.	Die Relation zwischen Vermögen und Kapital und die Erfolgsgrößen als Grundlage des Liquiditätsbegriffes	55
5.	Zur Problematik der rentabilitätsorientierten Liquiditätsunterbegriffe	59
IV.	Versuch einer Begriffsbestimmung	64
1.	Begriffskomponenten	65
a)	Beschränkung des Begriffes auf den Bereich der Unternehmung	65
b)	Liquidität als Geldmengenproblem	70
c)	Die Ausgabendeckung als Existenzbedingung der Unternehmung	76
d)	Das Unternehmerrisiko aus der Marktverflechtung und dem Rentabilitätsprinzip	81
2.	Zusammenfassende Definition der Liquidität	86
V.	Möglichkeiten zur näherungsweisen Bestimmung der Liquidität	87
1.	Erfassung der berechenbaren Ausgaben und Einnahmen durch:	88
a)	die Bewegungsbilanz	88
b)	die funktionale Kontorechnung	89
c)	den Finanzplan	90
2.	Zur Bestimmung der Höhe der Liquiditätsreserve	91

B)	Der volkswirtschaftliche Liquiditätsbegriff	93
I.	Problemstellung	93
II.	Die Verwendung des Begriffes Liquidität in der neueren volkswirtschaftlichen Literatur	95
1.	Der binnenwirtschaftliche Begriff	96
a)	Liquidität der Vermögensgüter	96
b)	Liquidität als Bezeichnung für Zahlungsmittelmengen	98
c)	Liquidität der Banken als Reprä- sentant volkswirtschaftlicher Liquidität	100
d)	Liquiditätspräferenz als Faktor wirtschaftlicher Entscheidungs- freiheit	103
2.	Der außenwirtschaftliche Liquiditäts- begriff	108
III.	Kritische Würdigung	111
1.	Zur Frage der Liquidierbarkeit der Wirtschaftsgüter	111
2.	Zum Problem einer gesamtwirtschaft- lichen Liquiditätsgröße	114
3.	Beziehungen zwischen der Banken- liquidität und der Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer	124
4.	Die Bedeutung der finanziellen Ent- scheidungsfreiheit der Wirtschafts- teilnehmer für eine gesamtwirtschaft- liche Begriffsdefinition der Liquidität	132
5.	Abgrenzung des außenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes	135

IV.	Versuch einer Begriffsbestimmung	138
1.	Begriffskomponenten	139
a)	Festlegung des Begriffsgeltungsbereiches	139
b)	Die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer als Bestimmungsgründe der volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge	141
c)	Die Geldschöpfungselastizität des Banksystems	148
d)	Die wirtschaftliche Zielsetzung des Staates als Einflußgröße der Einkommensbildung	154
2.	Zusammenfassende Definition eines volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes	158
	Schlußbemerkungen	163

Einleitung

1. Begriff und Begriffsbildung

Das Ziel aller wissenschaftlichen Bestrebungen ist Erkenntnis der Wirklichkeit. Der Begriff ist eines der wichtigsten Instrumente des Erkennens und der Darstellung des Erkannten¹⁾. Die Klärung und Verfeinerung von Begriffen ist unabdingbare Voraussetzung für jede wissenschaftliche Tätigkeit. Da mit der Präzisierung von Begriffen die Exaktheit der mit ihrer Hilfe erarbeiteten Ergebnisse wächst, ist die fortwährende Revision des Begriffssystems ein Indiz des Erkenntnisfortschritts²⁾.

Gegenstand des Begriffs können Dinge, Eigenschaften und Relationen sein³⁾. Mit Hilfe einer mündlichen oder schriftlichen Sprache, die aus Worten oder ähnlichen Symbolen besteht, sucht man den Begriff zu kennzeichnen, damit Begriffsvorstellungen übermittelt werden können⁴⁾. Allerdings schaffen die Zeichen, Namen und Worte nie ein Abbild des Begriffs; sie geben nur einen Hinweis auf ihn⁵⁾.

In der wissenschaftlichen Forschung sind insbesondere drei Begriffsarten von Bedeutung: der klassifikatorische, der komparative und der quantitative Begriff⁶⁾. Der klassifika-

-
- 1) Szyperski, N., Zur Problematik der quantitativen Terminologie in der Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1962, S. 17
 - 2) Geiger, Th., Ideologie und Wahrheit, Stuttgart, Wien 1953, S. 143
 - 3) Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, 3. Aufl., Bern und München 1965, S. 11
 - 4) Bocheński, I.M., a.a.O. S. 12
 - 5) Szyperski, N., a.a.O. S. 24
 - 6) Carnap, R., Induktive Logik und Wahrscheinlichkeit, Wien 1958, S. 15

torische Begriff, mit dessen Hilfe Dinge auf Grund gemeinsamer Merkmale zusammengefaßt werden, stellt die einfachste Form des Begriffes dar. Der komparative Begriff bezieht Relationen ein und ermöglicht durch die vergleichende Darstellung eine präzisere Aussage als der klassifikatorische Begriff. Eine besondere Gruppe bilden die sogenannten typologischen Begriffe, die durch Max Weber¹⁾ großen Einfluß in den Sozialwissenschaften gewannen. Der Begriff des Idealtypus charakterisiert nach ihm ein theoretisches Modell, das aus den durch einseitige Steigerung bestimmter Gesichtspunkte oder Einflußgrößen eines konkreten Phänomens eliminierten Einzelerstheinungen konstruiert ist. Idealtypen sind in der Wirklichkeit nicht verifizierbar. Die konkrete Wirklichkeit, die als Mischsystem Komponenten einer ganzen Reihe von Idealtypen enthalten kann, soll durch ihre Abweichungen von diesen Idealtypen wissenschaftlich erfaßt werden. Der Begriff des Idealtypus ist, wenn man ihn von gewissen, irreführenden Nebenbedeutungen, wie beispielsweise der Vorstellung, Idealtypen seien in der Wirklichkeit nicht verifizierbar, befreit, eine in den Sozialwissenschaften und in der Psychologie bereits mit Erfolg angewendete Methode der Klassifikation, des Ordnen, der Messung als Grundlage der Theoriebildung²⁾. Da Idealtypen nicht durch Genus proximum und Differentia specifica definiert werden können, sondern die Spezifikation einer Reihe von Eigenschaften und eines Satzes von Hypothesen, die diese Eigenschaften untereinander verbinden, darstellen, haben sie nicht den Charakter von Begriffen im engeren Sinne sondern von theoretischen Systemen³⁾.

1) Weber, M., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Aufl., Tübingen 1951, S. 191-194, ders. Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Aufl. Tübingen 1956, S. 9-10

2) Hempel, C.G., Typologische Methoden in den Sozialwissenschaften, in: Logik der Sozialwissenschaften, 4. Aufl., Köln, Berlin 1967, S. 101

3) Hempel, C.G., a.a.O. S. 97

Die exakteste Begriffsformulierung ist die quantitativ gefaßte Definition. Sie legt Dinge, Eigenschaften oder Relationen durch numerische Werte fest. Klassifikatorische und komparative Begriffe kennzeichnen vielfach Vor- und Zwischenstadien wissenschaftlicher Forschungsarbeit, dort wo Quantifizierung angebracht und erreichbar ist. "Der Fortschritt in einem bestimmten Wissenschaftsgebiet ist häufig verknüpft mit einem Übergang von klassifikatorischen zu quantitativen Begriffen; denn die letzteren gehören zu den wirksamsten gedanklichen Instrumenten, über die ein Wissenschaftler verfügt"¹⁾. Erstrebenswertestes Ziel einer für die Wissenschaft fruchtbaren Begriffsbildung ist daher die Erarbeitung quantitativer Begriffe.

Begriffe werden durch Definitionen in ein wissenschaftliches System eingeführt. "Nach der traditionellen Logik unterscheidet man zwischen Nominaldefinitionen und Realdefinitionen"²⁾. Nominaldefinitionen stellen sprachliche Festsetzungen dar. Für einen bereits bekannten, längeren, sprachlichen Ausdruck (Definiens) wird ein neuer, kürzerer Ausdruck (Definiendum) eingeführt. Durch die Definition wird festgesetzt, daß das Definiendum mit dem Definiens synonym sein soll. Zweck der Nominaldefinitionen ist also die sprachliche Abkürzung. Nominaldefinitionen sind eines der wichtigsten Werkzeuge der Mathematik und Logik.

Dagegen kommt in den Natur- und Geisteswissenschaften den Realdefinitionen, die eine Aussage über das "Wesen" bestimmter Gegenstände darstellen, eine wesentliche Bedeutung zu³⁾.

1) Carnap, R., a.a.O. S. 16

2) Vergl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen:
Stegmüller, W., Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie,
2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 368

3) Bocheński, I.M., a.a.O. S. 95

Die Realdefinitionen umfassen drei verschiedene Klassen von Fällen: die Bedeutungsanalyse, die empirische Analyse und die Begriffsexplikation.

Durch die Bedeutungsanalyse wird ein bereits bekannter Begriff in seine Komponenten zerlegt. Da die analysierte Bedeutung eines Ausdrucks, der bereits im Gebrauch ist, zutreffend oder unzutreffend sein kann, besteht die Möglichkeit, daß eine Bedeutungsanalyse richtig oder unrichtig ist.

Bei der empirischen Analyse werden die notwendigen und hinreichenden Bedingungen für den Gebrauch eines Begriffes im Rahmen empirisch überprüfbarer Zusammenhänge festgelegt.

Die wissenschaftlich bedeutendste Gruppe der Realdefinitionen ist die Begriffsexplikation. Diese versucht, einen vagen und mehrdeutigen Ausdruck zu präzisieren und als wissenschaftlichen Begriff aufzubereiten. Der zu präzisierende Ausdruck wird als Explikandum bezeichnet; der exakte Ausdruck ist das Explikat.

Die Besonderheit der Begriffsexplikation besteht darin, daß im Gegensatz zu anderen wissenschaftlichen Problemen das Explikandum sowie auch das Problem selbst nicht exakt formulierbar ist¹⁾. Eine Explikation wäre ja nicht erforderlich, wenn das Explikandum exakt gefaßt werden könnte. Aus diesem Grunde kann man niemals eindeutig entscheiden, ob eine Explikation richtig oder falsch ist. Eine vorgeschlagene Begriffsexplikation kann nur daraufhin überprüft werden, ob sie adäquat ist oder nicht. Die Adäquatheit einer Begriffsexplikation ist nach Carnap an Hand folgender Kriterien zu beurteilen:

1) Carnap, R., a.a.O. S. 12

- " 1. Das Explikat muß dem Explikandum so weit ähnlich sein, daß in den meisten Fällen, in denen bisher das Explikandum benutzt wurde, statt dessen das Explikat verwendet werden kann. Eine vollständige Ähnlichkeit wird jedoch nicht gefordert; es werden sogar beträchtliche Unterschiede zugelassen.
2. Die Regeln für den Gebrauch des Explikates müssen in exakter Weise gegeben werden, so daß das Explikat in ein wohlfundiertes System wissenschaftlicher Begriffe eingebaut wird.
3. Das Explikat soll fruchtbar sein, d.h. die Formulierung möglichst vieler genereller Aussagen gestatten. Diese generellen Aussagen sind entweder empirische Gesetze, sofern es sich nämlich um einen nichtlogischen Begriff handelt, oder logische bzw. mathematische Lehrsätze im Falle logisch-mathematischer Begriffe.
4. Das Explikat soll so einfach als möglich sein, d.h. so einfach, als dies die wichtigeren Forderungen 1 bis 3 gestatten. Die Einfachheit ist hier in den beiden oben angegebenen Bedeutungen zu verstehen¹⁾.

Eine Begriffsexplikation besteht aus sehr komplexen, wissenschaftlichen Tätigkeiten. Die damit verbundenen Schwierigkeiten können oft gar nicht groß genug eingeschätzt werden. Hypothesen, Bedeutungsanalysen, empirische Analysen etc. können für die Begriffsexplikation eine wichtige Rolle spielen.

Eine Vorarbeit der Begriffsexplikation besteht in der Unterscheidung der verschiedenen Bedeutungen des Explikandums und

1) Carnap, R., a.a.O. S. 15

der Angabe jener Bedeutung, die man explizieren will¹⁾. Die eigentliche, theoretische Hauptarbeit, die den wissenschaftlichen Sachprozeß ausmacht²⁾, das Erarbeiten des Explikats, kommt in der Aufgabe zum Ausdruck, den betreffenden Begriff in ein ganzes System exakter, wissenschaftlicher Begriffe einzuordnen, so daß seine Anwendung durch präzise Regeln beherrscht wird³⁾. Es ist daher oft erforderlich, sowohl die angrenzenden und korrespondierenden als auch die als Merkmale verwendeten Begriffe genau zu untersuchen⁴⁾.

2. Gegenstand der Arbeit

Der Liquiditätsbegriff gehört zu den Begriffen der Wirtschaftswissenschaften, die in den unterschiedlichsten Versionen definiert werden. Weder im Sprachgebrauch der Wirtschaftspraxis noch in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bildete sich eine einhellige Meinung heraus, welcher Sachverhalt als Liquidität zu kennzeichnen und wie der Begriff eindeutig und wissenschaftlich präzise zu formulieren sei.

Gegenstand der Arbeit ist der Versuch, den mehrdeutigen Begriff der Liquidität als brauchbares, wissenschaftliches Erkenntnisinstrument zu definieren. Dieses Ziel soll durch eine Explikation des Liquiditätsbegriffes erreicht werden.

Voraussetzung dieser Begriffsexplikation ist die Analyse der verschiedenen Bedeutungen des Liquiditätsbegriffes im Sprachgebrauch der Wirtschaftspraxis und in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur. Dabei soll im Interesse der Klarheit einer systematisch gegliederten Übersicht vor einer vollständigen, ins Detail gehenden Darstellung der historischen Entwicklung des Liquiditätsbegriffes der Vorzug gegeben werden.

1) Stegmüller, W., a.a.O. S. 374

2) Szyperski, N., a.a.O. S. 19

3) Stegmüller, W., a.a.O. S. 374

4) Szyperski, N., a.a.O. S. 20

Die Begriffsexplikation erstreckt sich auf die Herausarbeitung der konstituierenden Komponenten des Liquiditätsbegriffes und die Abgrenzung tangierender Begriffe unter betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher, sachorientierter Blickrichtung. Um den unterschiedlichen wissenschaftlichen Fragestellungen der Betriebswirtschaftslehre und der Volkswirtschaftslehre Rechnung zu tragen, ist es notwendig sowohl ein betriebswirtschaftliches als auch ein volkswirtschaftliches Explikat des Liquiditätsbegriffes zu definieren. Die Brauchbarkeit der explizierten Liquiditätsbegriffe ist an den Adäquatheitskriterien, die Carnap der Beurteilung von Begriffen zugrundelegt, zu messen.

A) Der betriebswirtschaftliche Liquiditätsbegriff

I. Problemstellung

Das Phänomen der betriebswirtschaftlichen Liquidität wurde in der älteren Literatur vorwiegend mit den Augen außerhalb der betrachteten Unternehmung stehender Personenkreise, der Banken, anderer Geldgeber, der Lieferanten, der Wirtschaftsprüfer und der Fachpresse gesehen. Das Liquiditätsproblem verband sich mit der Frage der Kreditwürdigkeit, die im Interesse des Gläubigerschutzes aufgeworfen wurde.

Zur Erarbeitung von Liquiditätskennzahlen diente die Bilanz. Aus Relationen der Bilanzzahlen suchte man Gesetzmäßigkeiten des Unternehmensgeschehens abzuleiten, um Maßstäbe für die Beurteilung der finanziellen Lage einer Unternehmung zu gewinnen. Zwei Argumente sprachen gegen diese Methode der Liquiditätsbeurteilung. Die Bilanz ist einmal eine Stichtagsrechnung und als solche nicht in der Lage, zuverlässige Anhaltspunkte über die Liquidität einer Periode zu geben. Zum anderen dient die Bilanz den Unternehmungen in erster Linie als Schau-bühne guten Finanzgebarens. Berühmt ist die Methode des window dressing der englischen Banken¹⁾. Die mehr oder weniger geschickten Zahlenoperationen im Rahmen der gesetzlich erlaubten Bewertung tragen nicht dazu bei, die Aussagekraft der Bilanzkennzahlen zur Beurteilung der Liquidität einer Unternehmung zu heben.

Man begann daher, genauere Liquiditätsrechnungen in Form von Liquiditätsbilanzen aufzustellen, die auch die zukünftigen Kreditmöglichkeiten berücksichtigten. Damit wurde in die Liquiditätsbetrachtung der Fragenkomplex der Finanzierung einbezogen. Trotz dieser Erweiterung des Liquiditätsgesichtskreises blieb der Gedanke des Gläubigerinteresses jedoch für den Inhalt des Liquiditätsbegriffes dominierend. Überlegungen der Unternehmensführung traten immer noch in den Hintergrund.

1) Linhardt, H., Bankbetriebslehre, Bd. II: Bankbilanzen, Köln und Opladen, 1960, S. 175, vergl. auch

Weber, A., Depositenbanken und Spekulationsbanken, 4. Aufl. München und Leipzig 1938, S. 332 ff.

Die Liquidität einer Unternehmung ist jedoch auf Jahre hinaus von Entscheidungen innerhalb der einzelnen Teilbereiche der Unternehmung, Produktion, Vertrieb, Organisation und Finanzierung abhängig, die zur Anpassung des Unternehmens an die Dynamik des Wirtschaftslebens¹⁾ getroffen werden. Die Finanzstruktur der Unternehmung ist daher "nicht die naturgemäße Folge volkswirtschaftlicher Daten", sondern "das Ergebnis finanzieller Maßnahmen und Operationen"²⁾. Die Liquidität stellt ein unternehmerisches Gestaltungsproblem dar³⁾.

Um die zukünftigen Entscheidungen, die die zukünftige Liquidität bestimmen, mit dem gegenwärtigen Liquiditätsstatus abstimmen zu können, muß der Unternehmer den gegenwärtigen Liquiditätsstatus, wie er zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes notwendig ist, kennen. Der auf dem Gedanken des Gläubigerschutzes aufgebaute Liquiditätsbegriff erfüllt die Aufgabe, den Liquiditätsstatus nach diesen Erfordernissen zu erfassen, nicht. Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, daß es dem Gläubiger gleichgültig ist, ob die Rückzahlung seiner Darlehen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb oder aus der Ver Silberung von Vermögensgegenständen aufgebracht wird. Dieser Gedanke ist nicht das geeignete Kriterium eines Liquiditätsbegriffes, den der Unternehmer braucht, um ein exaktes Bild über den Liquiditätsstatus seines Unternehmens zu gewinnen.

Forschungsgegenstand der Betriebswirtschaftslehre ist die Unternehmung. Ein Begriff, der dem Begriffssystem der Betriebswirtschaftslehre angehört, muß daher zur Untersuchung von Unternehmungsproblemen geeignet sein. Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre ist es nicht, Kennzahlen und Faustregeln zu erarbeiten, die den außerhalb der Unternehmung stehenden Personenkreisen, überwiegend auch Unternehmungen, die Möglichkeit geben, Unternehmenszusammenhänge zu beurteilen.

-
- 1) Rieger, Wilh., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. unveränd. Aufl., Erlangen 1959, S. 261
 - 2) Linhardt, H., Liquiditätsprobleme bei der Unternehmensführung, BfuP, 13. Jg. 1961, S. 616/617
 - 3) Witte, E., Liquiditätspolitik der Unternehmung, Tübingen 1963, S. 1

Das Liquiditätsproblem wird daher in dieser Arbeit vom Standpunkt des Unternehmers und seiner Stellung zum Markt erörtert werden. Unter mikroökonomischer Betrachtung werden die Liquidität charakterisierende Phänomene des Unternehmensgeschehens als Begriffsmerkmale der Liquidität festgelegt werden. Dieser Weg soll zu einer Begriffsdefinition der Liquidität führen, die für den Unternehmer ein Instrument darstellt, seine Liquidität so zu erkennen, wie er sie im Interesse der Zielsetzung seiner Unternehmung in die unternehmenspolitischen Entscheidungen einbezieht.

II. Die Verwendung des Begriffes Liquidität

1. Der Sprachgebrauch der Praxis

Der Liquiditätsbegriff des alltäglichen Sprachgebrauches der Wirtschaft ist nach Inhalt und Umfang für wissenschaftliche Untersuchungen nicht geeignet, da sich sehr unterschiedliche Vorstellungen mit ihm verknüpfen. Da jedoch den Definitionen der betriebswirtschaftlichen Literatur der Liquiditätsbegriff der Praxis als Explikandum zugrundeliegt, soll kurz auf die Vorstellungen der Wirtschaftspraxis über den Liquiditätsbegriff eingegangen werden.

Der Ausdruck Liquidität leitet sich von dem lateinischen Wort liquidum ab und bedeutet Flüssigkeit. Er stammt wie andere Benennungen des Vokabulariums der Wirtschaft aus dem Wortschatz der Naturwissenschaften. "Die verschiedenen Versuche, wirtschaftliche Probleme exakt zu behandeln und mit naturwissenschaftlichen Methoden zu lösen, mögen als Begleitscheinung jenes Siegeszuges der Naturwissenschaften und der Technik verstanden werden, wie er die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts prägt und noch den Anfang des 20. Jahrhunderts kennzeichnet"¹⁾. Der Ausdruck charakterisiert die Vorstellung von einem die Einzelwirtschaft durchfließenden Geldstrom²⁾.

1) Linhardt, H., Die historische Komponente der funktionalen Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1964, S. 9

2) Floss, E., Anlage- und Liquiditätsrichtlinien im Sparkassenwesen, Diss. Tübingen 1956, S. 12

"Geld und Gut sind sonach innerhalb der Betriebswirtschaftslehre niemals Endstationen im Denken und Handeln des wirtschaftenden Menschen, es sind immer nur Durchgangsstadien, vorübergehender Aufenthalt im immerwährenden Prozeß der Umwandlung (Umsetzung, Umsatz)"¹⁾.

Der Wirtschaftspraktiker gebraucht den Ausdruck vielfach auch als Bezeichnung für den reibungslosen Ablauf von Arbeitsvorgängen in Produktion, Organisation und Absatz²⁾.

Besondere Bedeutung gewann jedoch die Verwendung des Begriffes in der finanziellen Sphäre der Unternehmung.

Ursprünglich ein Ausdruck der Bankpraxis für die Möglichkeit, Zahlungsmittel bereitstellen zu können, wird das Wort heute in allen kaufmännischen Verwaltungen auch der öffentlichen Unternehmen und Körperschaften zur Charakterisierung der Verfügbarkeit über Zahlungsmittel gebraucht. Zahlungsmittel werden als liquide Güter angesehen.

Der Inhalt des Liquiditätsbegriffes der Praxis ist weder nach der Höhe und der Art der Zahlungsmittel, noch nach dem Geltungsbereich des Begriffes und seiner Verknüpfung im Begriffssystem der Betriebswirtschaftslehre konkretisiert. Die betriebswirtschaftliche Forschung suchte, den Begriffsinhalt der Liquidität nach diesen Gesichtspunkten präziser zu fassen und in das bestehende Begriffssystem einzuordnen.

2. Der Begriff in der betriebswirtschaftlichen Literatur

Zur schärferen Fassung des Liquiditätsbegriffes zogen die Autoren der betriebswirtschaftlichen Literatur die unterschiedlichsten Gesichtspunkte heran, wodurch eine systematische Dar-

1) Linhardt, H., Die historische Komponente, a.a.O. S. 11

2) Vogt, A., Die Entwicklung des Liquiditätsbegriffes bis Veit, Diss. Tübingen, 1949, S. 8

stellung der Begriffsdefinitionen sehr erschwert wird. Einzelne Betriebswirtschaftler trennten die güterwirtschaftlichen und die geldwirtschaftlichen Begriffsmerkmale. Diese Abgrenzung nimmt beispielsweise le Coutre¹⁾ vor, der Liquidität in finanzwirtschaftlicher Fassung als Unternehmungsliquidität, in produktionswirtschaftlicher Betrachtung als Betriebsliquidität definiert. Auch Lehmann²⁾ spricht in früheren Darstellungen im Bereich der rechtlich konstituierten Unternehmung von finanzwirtschaftlicher Liquidität, zur Kennzeichnung der für den Betrieb erforderlichen Liquidität führt er den Begriff produktionswirtschaftliche Liquidität ein. Linhardt³⁾ spricht in diesem Sinne von der güterlichen Liquidität.

Da jedoch einerseits im produktionswirtschaftlichen Sektor finanzwirtschaftliche Einflußgrößen berücksichtigt werden müssen, andererseits im Bereich der finanzwirtschaftlichen Liquidität Einflüsse aus dem Gütersektor eine Rolle spielen, führte diese Abgrenzung nach Institutionen der Unternehmungsorganisation nicht zu zwei unterschiedlichen Liquiditätsbegriffen. Es setzte sich vielmehr die Auffassung durch, daß der finanzwirtschaftliche Liquiditätsbegriff nur unter Einbeziehung der Einflüsse aus dem Gütersektor definiert werden kann. Der Liquiditätsbegriff der Betriebswirtschaftslehre, der zunächst im Zusammenhang mit den Problemen der Banken geprägt wurde⁴⁾, umfaßt daher neben dem rein finanzwirtschaftlichen Inhalt auch produktionswirtschaftlich bedingte Begriffsmerkmale.

1) le Coutre, W., Praxis der Bilanzkritik, Berlin, Wien, 1926, 2. Bd. S. 284 f.

2) Lehmann, M.R., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl., Meisenheim am Glan 1949, S. 34 f.

3) Linhardt, H., Kritik der Währungs- und Bankpolitik, Köln und Opladen, 1963, S. 170

4) Gestrich, H., Kredit und Sparen, Jena 1944, S. 63

Das durch den Liquiditätsbegriff charakterisierte Problem besteht darin, daß eine Unternehmung den fälligen Verbindlichkeiten termingerecht nachkommen kann¹⁾. Gemeint sind die geldlichen Verpflichtungen, die nur durch Zahlungsmittel erfüllt werden können²⁾. Eine Reihe von Autoren bezeichnet diesen Tatbestand als Zahlungsfähigkeit³⁾. Linhardt⁴⁾ sieht in der Bankenliquidität den Zustand der Zahlungsbereitschaft einer Bank. Auch andere Autoren ziehen das Wort Zahlungsbereitschaft zur Definition des Liquiditätsbegriffes heran⁵⁾.

1) Wöhe, G., Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Berlin, Frankfurt/M. 1960, S. 197

Langen, H., Bemerkungen zum Liquiditätsbegriff in: ZfB, 29. Jg. Wiesbaden 1959, S. 87

Hahn, L.A., Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1930, 3. Aufl., S. 11

2) Fettel, J., Liquidität, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, Stuttgart 1960, Sp. 3806

3) Kalveram, W., Bankbetriebslehre, in Schriftenreihe: die Handelshochschule, die Wirtschaftshochschule, Bd. 8, Wiesbaden 1950, S. 260

Sayers, K.S. Modern Banking, 4th ed. Oxford 1958, p. 23

Strobel, A., Die Liquidität, Stuttgart 1953, S. 47

Witte, E., Liquiditätspolitik, a.a.O. S. 15

4) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 142

5) Lautenbach, W., Kreditvolumen und Bankenliquidität, in: Bankarchiv, Heft 5, Jg. 1939, S. 105

Worret, F., Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955, S. 77

Hansen, N., Das Problem der Liquidität im deutschen Kreditbankwesen, Stuttgart 1910, S. 6

Floss, E., a.a.O. S. 11

Hobbensiefken, G., Artikel Kreditpolitik und Teilzahlungsbanken, in: Handbuch der Teilzahlungswirtschaft, Frankfurt/M., 1959, S. 372

Nothdurft, K., Liquiditätsprobleme des Importhandels, in: BFuP, 10. Jg. Heft 1, S. 49

Während jedoch die Ausdrücke Zahlungsbereitschaft, Zahlungsfähigkeit vielfach alternativ für den Begriff der Liquidität gesetzt werden¹⁾, vertreten Nicklisch, Schweitzer und Rieger hinsichtlich der Bedeutung dieser Ausdrücke unterschiedliche Auffassungen. Rieger sieht in der Zahlungsfähigkeit einer Unternehmung deren Zahlungsvermögen, wie es die Bilanz spiegelt. Ist diese Zahlungsfähigkeit im Bedarfsfalle vorhanden, spricht er von Zahlungsbereitschaft²⁾. Nicklisch deutet die Zahlungsbereitschaft im gleichen Sinne. Sie stellt für ihn die Zuspitzung der Zahlungsfähigkeit auf die Bezahlung bestimmter Verpflichtungen dar³⁾. Die Auffassung Schweitzers, der Unterschied zwischen Liquidität und Zahlungsbereitschaft bestehe darin, daß dem letzteren Begriff die Beziehung zu den Schulden wesenseigentümlich sei, dem ersteren nicht⁴⁾, entspricht nicht den in der Literatur allgemein herrschenden Vorstellungen über den Liquiditätsbegriff.

Die betriebswirtschaftliche Forschung engte diese Begriffsformulierungen weiter ein, indem sie Merkmale des Unternehmensgeschehens als Kriterien der Liquiditätsbestimmung heranzog. Die folgenden Kapitel geben einen Überblick über charakteristische, betriebswirtschaftliche Begriffsdefinitionen der Liquidität, die aus den nach der Auffassung der einzelnen Forscher wichtigsten Einflußgrößen der Liquidität gebildet wurden. Die Darstellung wurde nach den die Definitionen bestimmenden Betrachtungsweisen systematisiert. Es wird daher

1) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Bd., 11. Aufl. Berlin 1963, S. 23

2) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 262

3) Nicklisch, H., Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl. Stuttgart, 1932, S. 457

4) Schweitzer, R., Liquidität, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. 3, Stuttgart 1927, Sp. 1181 f.

unterschieden zwischen der in der betriebswirtschaftlichen Literatur bekannten statischen Betrachtung, die sich auf Bestandsgrößen, wie sie die Bilanz bietet, stützt und der dynamischen Betrachtungsweise auf Grund von Erfolgsgrößen, die eine Bewegung aufzeigen sollen.

a) Die statische Betrachtung der Kapital- und Vermögensrechnung

aa) Liquidität der Vermögensgüter

Das Vermögen bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Potenz eines Unternehmens. Je günstiger die Vermögensverhältnisse nach Umfang und Zusammensetzung im Hinblick auf die Marktstellung eines Unternehmens angesehen werden, desto größer ist das Vertrauen der Geschäftswelt in die Unternehmensführung. Das Vermögen bietet im Konkursfalle die letzte Möglichkeit für den Gläubiger, mindestens einen Teil der gewährten Darlehen zurückzuerhalten. Kreditzusagen werden daher im wesentlichen vom Vorhandensein entsprechender Vermögenswerte abhängig gemacht. Langfristige Kredite, wie Hypotheken, Grundschulden etc. werden durch das Anlagevermögen gesichert. Kurzfristige Darlehen wie Kontokorrentkredite werden, obwohl sie als Personalkredite auf Grund eines besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen Gläubiger und Schuldner eingeräumt werden, größtenteils nicht ohne Schätzung des Umlaufvermögens zugesagt.

Die Vermögensgüter erscheinen als Bestandgrößen in der Bilanz. Da diese als Informationsquelle am leichtesten zugänglich ist und hinsichtlich ihrer Wertansätze gewissen Normen unterliegt, bilden die in der Bilanz dargestellten Vermögensgüter für den Gläubiger die wichtigsten Indizien für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit einer Unternehmung.

In der betriebswirtschaftlichen Literatur wurde teilweise die Vermögensstruktur als repräsentativ für die Liquiditätsverhältnisse einer Unternehmung angesehen. Aus der Analyse

dieser wichtigen Einflußgröße auf die Liquidität suchte man daher Daten zu gewinnen, die als Grundlage zur Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse einer Unternehmung zu verwenden waren. Ausgangspunkt der Betrachtungen war die Beziehung der Vermögensgüter zum Geld. Rieger bezeichnet sie als "Affinität zum Geld"¹⁾. Diese Beziehung wurde teilweise unter dem Gesichtspunkt der Produktionsreife der Güter, teils im Hinblick auf die für die einzelnen Güter auf dem Markt bestehenden Realisierungsmöglichkeiten analysiert. Zur Kennzeichnung dieser Beziehungen ist auch der Ausdruck graduelle Liquidität gebräuchlich²⁾.

Die erste Auffassung geht von dem Gedanken aus, daß die Unternehmung fortgeführt wird. Die Vermögensgüter bilden eine notwendige Voraussetzung zur Verwirklichung des Unternehmenszweckes. Sie werden im Produktionsverlauf sukzessive verbraucht; sie gehen dadurch in die Umsatzeleistungen des Unternehmens ein.

Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (Umlaufgüter) werden zu ihrem vollen Wert von den Fertigprodukten assimiliert. Anlagegüter dagegen setzen sich quasi durch die von ihrer Nutzungsdauer bestimmten Abschreibungsbeträge sukzessive über die Fertigprodukte auf dem Markt um. Von Produktionsstufe zu Produktionsstufe werden diese Vermögensgüter in dem entsprechenden Fertigprodukt den Bedürfnissen des Marktes **mehr** angepaßt; d.h. alle Vermögensgüter erlangen im Zeitablauf zu einem bestimmten, in der Zukunft liegenden, Zeitpunkt die Marktreife.

Da das Entgelt für die marktreifen Leistungen der Unternehmung in Form von Geldeinnahmen zufließt, steht das Vermögen in einem Prozeß der Geldwerdung³⁾, dessen Rhythmus von

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 263

2) Vormbaum, H., Das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht des Betriebes, in: ZfB, 32. Jg. 1962, Wiesbaden, 1962, S. 65

3) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 211

Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig variiert. Der Gedanke der Geldwerdung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, der operating cycle, spielt auch in USA als Grundlage der Bewertung der Vermögensgüter eine entscheidende Rolle¹⁾.

Der Grad der erlangten Marktreife bestimmt die Nähe zum Geldstadium²⁾ und damit die Liquiditätsstufe eines Vermögensgutes. Geld ist das liquideste Vermögensgut.

Rieger³⁾ entwickelte unter diesen Voraussetzungen folgende Liquiditätsskala der Vermögensgüter:

Vermögensart	noch zu durch- laufender Produktionsprozeß	Grad der Liquidität
Geld, Giro, Bank Wechsel	nichts Laufzeit ganz oder teilweise in der Regel höchstens 3 Monate	1. Ranges 2. Ranges
Debitoren	Ziel, genau wie Wechsel	2. Ranges
Fabrikate, Waren	Lagerzeit, dann Ziel	3. Ranges
Halbfabrikate	Teil des Produktions- prozesses, dann Lager- zeit, endlich Ziel	4. Ranges
Rohstoffe usw.	Produktionsprozeß ganz, Lagerzeit, Ziel	5. Ranges

Schäfer schließt sich dieser Auffassung, die einzelnen Vermögensgüter nach ihrer "absoluten Liquidität" zu klassifizieren, an⁴⁾.

1) Maus, G., Rentabilität und Liquidität im amerikanischen Jahresabschluß, in: ZfB, 30. Jg. 1960, S. 115

2) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 261

3) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 263

4) Schäfer, E., Die Unternehmung, 5. Aufl. Köln und Opladen, 1963, S. 149

Der im Bankwesen traditionelle Begriff der Selbstliquidierung (self liquidating)¹⁾ als Beurteilungsgrundlage für Bankaktiva entspringt ähnlichen Gedankengängen. Stucken macht die Vorstellung von der Selbstliquidierung eines Kredits zur Grundlage der Unterscheidung zwischen echter und künstlicher Liquidität. Echte Liquidität einer Forderung liegt bei ihm vor, wenn der Gläubiger durch den Schulner befriedigt wird. Unter künstlicher Liquidität versteht er dagegen die Liquidität, die sich im Zusammenhang mit der Möglichkeit des Verkaufs oder der Beleihung der Forderung ergibt²⁾. Mellerowicz steht diesen Gedankengängen sehr nahe. Ursprüngliche (eigene) Liquidität kennzeichnet die Fähigkeit eines Vermögensgutes, im Markt verwertet werden zu können, ohne administrative Einflüsse notwendig zu machen, während die abgeleitete Liquidität eines Vermögensgutes durch staatliche Organe, beispielsweise die Notenbank, konstituiert wird³⁾. Diese Vorstellungen verbinden sich mit der Abtretbarkeit (shiftability) einer Forderung⁴⁾.

Die letztgenannten Darstellungen des Liquiditätsbegriffes leiten über zu den Begriffsdefinitionen der Autorengruppe, die das Schwergewicht ihrer Beobachtungen auf die Realisierungsmöglichkeiten der Vermögensgüter im Markt legte. Der Gedanke der Fortführung der Unternehmung spielt bei dieser Betrachtung keine Rolle. Es wird angenommen, daß die einzelnen Vermögensgüter im Betrachtungszeitpunkt einen bestimmten Gelderlös erbringen können, wenn ihre Versilberung zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit einer Unternehmung notwendig werden sollte. Diese Überlegungen kennzeichnen die Haltung des Gläubigers, der unter diesen Gesichtspunkten die Bilanz des Schuldners beurteilt. Kriterien der Vermögenseinschätzung nach der Verwertbarkeit im Markt sind einmal die Dauer des Umwandlungsprozesses in Geld und die Höhe der zu erzielenden Geldein-

1) Thomas, K., Ausleihungen, Diskontierungen und Wertpapieranlagen der Kreditbanken, Berlin 1956, Vorwort
Hahn, O., Bankbetriebslehre, Düsseldorf 1967, S. 95

2) Stucken, R., a.a.O. S. 13

3) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre a.a.O. S. 23

4) Stützel, W., Liquidität, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Göttingen 1959, S. 622

nahmen. Eine Gruppe von Autoren, angeführt von Nicklisch¹⁾ betrachtet die Nachfrage nach den einzelnen Vermögensgütern auf dem Markt als so festgefügt, daß die Liquidität geradezu als Eigenschaft der Vermögensgüter erkannt wird. Auch Rittershausen verweist darauf, daß die Abstufung der Güter nach ihrer Verwertbarkeit im Markt als natürliche Eigenschaft der Güter, und zwar in bezug auf ihre Stellung im Wirtschaftsablauf anzusehen ist²⁾.

Es wurde ferner versucht, die Eignung der Vermögensgüter als Zahlungsmittel zu dienen, zur Grundlage der Liquiditätsbetrachtung zu machen³⁾. le Coutre spricht von der absoluten Liquidität der Vermögensgüter⁴⁾. Er verwendet diesen Begriff jedoch nicht im Sinne Schäfers, der im Rahmen des Geldwertungsprozesses den Marktreifegrad der Vermögensgüter mit diesem Ausdruck charakterisiert, sondern bezeichnet damit die effektive Ausstattung einer Unternehmung mit Zahlungsmitteln.

Die Vertreter der Gruppe, die das Vermögen in bezug auf die Verwertbarkeit im Markte sehen, stufen die einzelnen Vermögensteile einer Unternehmung nach folgenden Liquiditätsgraden ein⁵⁾:

1) Nicklisch, H., a.a.O. S. 456

Fischer, G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl. Stuttgart 1947, S. 136

Schweitzer, R., a.a.O. Sp. 1180 f.

Auler, W., Flüssigkeit, in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, 2. Aufl. Stuttgart 1955, Sp. 1012

Stützel, w., a.a.O. S. 622

2) Rittershausen, H., Die kurzfristigen Finanzdispositionen in: Handbuch der wirtschaftswissenschaften, Bd.1, Betriebswirtschaft, Köln und Opladen, 1958, S. 389

3) Strobel, Arno, a.a.O. S. 40

4) le Coutre, w., a.a.O. S. 284/5

5) Rittershausen, H., a.a.O. S. 388

Vermögensart

Liquiditätsgrad

Kasse, fällige Bankguthaben,
Postscheckguthaben, harte
Devisen, d.h. fällige Bankgut-
haben im Auslande, unter Umstän-
den Münz- und Barrengold

liquide Mittel 1. Grades

erstklassige Wechsel (bis 3
Monate Laufzeit), fällige
oder kurzfristige und gute
Debitoren, leicht verkäufliche
oder leicht beleihbare Effekten
(führende Geldmarkt- und Staats-
papiere, Pfandbriefe, Aktien
des variablen Marktes),
schließlich bei gegebenem, großen
Umfang an einer Warenbörse
börsenmäßig gehandelte Waren
(Kupfer, Baumwolle usw.)

liquide Mittel 2. Grades

Fertigwaren, evtl. auch über-
mäßige, gängige Rohstofflager
der verarbeitenden Industrie,
sonstige, gute Debitoren,
Wertpapiere des amtlichen
Marktes

liquide Mittel 3. Grades

Grundstücke, Gebäude, Wohn-
siedlungen, Maschinen, Apparate,
Anzahlungen, Beteiligungen der
Rest der Debitoren, Halbfabrikate,
eiserne Bestände an Rohware,
Hypotheken

liquide Mittel 4. Grades
(illiquide Mittel)

Lehmann wendet sich im Interesse einer einheitlichen und
klaren Begriffsdefinition und -verwendung dagegen, diese
Klassifizierung des Vermögens als Liquidität zu kennzeichnen.
Er führt an Stelle dieses Ausdrucks den Begriff Liquidierbar-
keit ein¹⁾.

1) Lehmann, M.R., Liquidität und Liquiditätsbilanz, in:
Annalen der Betriebswirtschaft, 1. Bd., Berlin, Leipzig,
Wien, 1927, S. 332

Dieser Ausdruck ist jedoch nach Meinung Schäfers mit der Vorstellung der Liquidation einer Unternehmung verbunden. Das Vermögen wird unter dem Versilberungs- bzw. Zerschlagungsgedanken beurteilt. Bei dieser Betrachtung entfällt die Voraussetzung der Fortführung des Unternehmens. Schäfer unterscheidet daher bei der Klassifizierung des Vermögens zwischen dem Liquidations- oder Zerschlagungsgedanken und dem Liquiditätsdenken¹⁾.

bb) Liquidität - eine Relation des Vermögens zum Kapital

Die Liquidität einer Unternehmung kann nicht allein aus der Analyse der Vermögensstruktur in bezug auf die Geldumwandlungsfähigkeit ohne Berücksichtigung der zu leistenden Zahlungsverpflichtungen erkannt werden. Man suchte daher, den Begriff Liquidität schärfer zu fassen, indem man das Vermögen zu den Verbindlichkeiten in Beziehung setzte. Die folgenden Definitionen, die das Vermögen oder einzelne Vermögensteile den Verbindlichkeiten gegenüberstellen, ohne eine konkrete Beziehung zur Fälligkeit zu nennen, stützen sich auf die Bilanz. Im wesentlichen lassen sich drei Definitionsgruppen erkennen, die auf Grund dieser gemeinsamen Ausgangsposition nur geringfügig voneinander abweichen.

Das Liquiditätsproblem wird einerseits als Verhältnis eines Aktivpostens der Bilanz zu den Gesamtverbindlichkeiten gesehen. Auf der anderen Seite werden Liquiditätskennzahlen aus der Relation eines Passivpostens der Bilanz zu bestimmten Vermögensteilen erarbeitet. Eine dritte Gruppe von Betriebswirtschaftlern stellt Aktiva und Passiva einander gegenüber,

1) Schäfer, E., a.a.O. S. 148

und zwar die Vermögensgüter gegliedert nach der Dauer ihrer Realisierungszeit im Markt, die Verbindlichkeiten gestaffelt nach Fälligkeitsterminen. Diese Relationen werden der Festlegung des Begriffsinhaltes und damit der Ableitung von Liquiditätsgraden des Vermögens zugrundegelegt.

Die erstgenannte Auffassung betrachtet die Liquidität als ein Verhältnis der vorhandenen Zahlungsmittel zu den Gesamtverbindlichkeiten. Nicklisch¹⁾, der den Liquiditätsbegriff einerseits zur Kennzeichnung einer Eigenschaft des Vermögens verwendet, sieht andererseits den Liquiditätsgrad einer Unternehmung als das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Zahlungsverpflichtungen. Gestrich hat diesen Fragenkomplex zwar nur für den Bereich der Banken untersucht. Seine Definition, daß Liquidität immer als Verhältnis des Besitzes an liquiden Titeln zu den Gesamtverpflichtungen anzusehen sei, darf jedoch für die Unternehmung allgemein gültig sein. Gestrich spricht in diesem Sinne von rechnungsmäßiger Liquidität²⁾. Kalveram³⁾ bezeichnet ebenfalls speziell für das Bankwesen dieses Verhältnis als Barliquidität, nimmt jedoch aus den Gesamtverpflichtungen die Spareinlagen heraus. Thomas⁴⁾, Rink⁵⁾ und Langen⁶⁾ haben den Begriff der Liquidität einer Unternehmung im gleichen Sinne definiert.

1) Nicklisch, H., a.a.O. S. 456

2) Gestrich, H., a.a.O. S. 63

3) Kalveram, W., a.a.O. S. 263

4) Thomas, K., a.a.O. S. 18

5) Rink, W., Liquidität und Risiko, Diss. Wien 1934, S. 23/24

6) Langen, H., a.a.O. S. 92 f.

Obwohl Fettel zur Liquiditätsbeurteilung die Bilanz an Hand der Vorstellungen der goldenen Finanzierungsregel gliedert, weist er jedoch ausdrücklich darauf hin, daß ausschlaggebend für die Liquidität einzig und allein das Verhältnis

Zahlungsmittelbestand
fällige Zahlungsverpflichtungen

sei. Liegt dieser Quotient bei 1 oder darüber, dann ist die Unternehmung liquide, bewegt sich diese Relation unter 1, ist die Unternehmung als illiquid anzusehen.¹⁾ Der Begriff Schneiders, daß ein Unternehmen in einer bestimmten Periode liquide ist, wenn der Kassenbestand in der Periode nicht negativ ist²⁾, erweist sich schon deshalb als unhaltbar, da ein Kassenbestand niemals negativ sein kann³⁾.

Eine zweite Autorengruppe nimmt aus der Passivseite der Bilanz die kurzfristigen Verbindlichkeiten heraus und untersucht, ob das auf der Bilanzaktivseite ausgewiesene Vermögen zur Deckung dieser kurzfristigen Verbindlichkeiten ausreicht. Definitionen, die in diese Gruppe einzureihen wären, geben Schmaltz⁴⁾, Mellerowicz⁵⁾, Wöhe⁶⁾, Balmes⁷⁾ und Gleske⁸⁾. Zur Errechnung der Liquidität zieht Mellerowicz⁹⁾ folgende Beziehungen heran, die als Ausdruck der Liquiditätsgrade den Begriffsinhalt auch der Definitionen der übrigen

1) Fettel, J., Liquidität, a.a.O. Sp. 3812/13

2) Schneider, E., Wirtschaftlichkeitsrechnung, Tübingen 1951, S. 131

3) Stützel, W., a.a.O. S. 625

4) Schmaltz, K., Betriebsanalyse, Stuttgart, 1929, S. 222

5) Mellerowicz, K., Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 2. Aufl. Freiburg/BrsG. 1957, S. 107

6) Wöhe, G., a.a.O. S. 350

7) Balmes, R., Rationelle Liquiditätsprüfung in: BFuP, 10. Jg. 1958, S. 533

8) Gleske, L., Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt/M., o.J. S. 5

9) Mellerowicz, K., a.a.O. S. 107

Braun, H., Zum Liquiditätsproblem in: BFuP, 8. Jg. Wolfenbüttel 1956, S. 483

genannten Autoren kennzeichnen:

a) Deckungsgrad: kurzfristige Umlaufmittel
kurzfristige Verbindlichkeiten

b) gestaffelter
Deckungsgrad:

1. Geldwerte + kurzfristige Forderungen
kurzfristige Verbindlichkeiten
2. Geldwerte + gesamte Forderungen
kurzfristige Verbindlichkeiten
3. Geldwerte + gesamte Forderungen +
Warenbestand
kurzfristige Verbindlichkeiten

Schäfer¹⁾ definiert in diesem Zusammenhang die Liquidität als Begriff, der zur Kennzeichnung der kurzfristigen Dispositionen der Unternehmung herangezogen wird:

$$\text{Liquidität} = \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$$

und verweist auf Schmaltz²⁾, der dieses Verhältnis als "bankers ratio" bezeichnet. Es gilt in Bankkreisen die Faustregel, daß das Umlaufvermögen die kurzfristigen Schulden um das Doppelte übersteigen sollte. Langfristig wird die Liquidität von ihm durch die Beziehung

$$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$$

oder

$$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$$

charakterisiert. Er bezeichnet diese Beziehung als

1) Schäfer, E., a.a.O. S. 157

2) Schmaltz, K., a.a.O. S. 228
zitiert bei Schäfer, E., a.a.O. S. 158

Deckungsgrad oder strukturelle Liquidität. Mellerowicz¹⁾ verwendet diesen Ausdruck in ähnlichem Sinne. Lehmann²⁾ kennzeichnet in früheren Untersuchungen den gleichen Sachverhalt durch den Begriff konstitutive Liquidität, während er im Bereich der kurzfristigen Liquiditätsprobleme mit dem Begriff dispositive Liquidität operiert.

Die Abgrenzung dieser Definitionen zeigt die Orientierung Schäfers am Geldwerdungsprozeß, der das aufgenommene kurzfristige Fremdkapital erbringen muß. Schäfer nimmt jedoch eine Staffelung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach der Fristigkeit vor, die eine Grundlage der 3. Gruppe der Definitionen des Liquiditätsbegriffes darstellt.

Die Gliederung der Aktiva und Passiva der Bilanz nach diesen Gesichtspunkten leitet sich aus den Vorstellungen der goldenen Finanzierungsregel, nach der alle langfristig gebundenen Vermögensteile mit langfristigem Kapital und nur die kurzfristig festgelegten Güter mit kurzfristigem Kapital zu finanzieren sind, ab. Diese Definition des Liquiditätsbegriffes führt zur Darstellung von Deckungspaaren, die auf der Vermögensseite nach der Bindung der Güter im Unternehmensprozeß, auf der Kapitalseite nach der Fälligkeit der Finanzierungsmittel abgestuft und der Ableitung von Liquiditätsgraden zugrundegelegt werden. Dieser Begriffsinhalt der Liquidität tangiert die Vorstellung vom finanziellen Gleichgewicht einer Unternehmung.

1) Mellerowicz, K., a.a.O. S. 24

2) Lehmann, M.R., Betriebswirtschaftslehre a.a.O. S. 198 ff.

Die Abstufung der Liquiditätsgrade nach der Bindung des Vermögens und den Fälligkeiten der Verbindlichkeiten wird zwar nicht bei allen Begriffsdefinitionen konsequent durchgeführt. Trotzdem lassen sich die Ansatzpunkte dieser Betrachtung beispielsweise bei Leitner¹⁾, der das Wesen der Liquidität in der Deckung der täglichen oder binnen kurzem fällig werdenden Verpflichtungen durch bereits vorhandene oder in entsprechend kurzer Zeit zu beschaffende Mittel sieht, ferner bei Lehrer²⁾, Floss³⁾, Rittershausen⁴⁾, Hansen⁵⁾, Hertlein-Meisner⁶⁾ erkennen. Auch Strobel⁷⁾ bewegt sich im Rahmen dieser Auffassungen, wenn er die Unternehmungsliquidität als die durch Geldmittel repräsentierte Verfügungsmacht einer Unternehmung über Güter und Dienstleistungen charakterisiert, die durch die Menge, den Flüssigkeitsgrad und die Umschlagsdauer der in der Unternehmung investierten Vermögensgüter, sowie durch die Höhe und Dringlichkeit der Zahlungsverpflichtungen bestimmt wird.

Der Liquiditätsbegriff dieser Fassung wird bei einigen Autoren weiter differenziert.

-
- 1) Leitner, F., Bilanztechnik und Bilanzkritik, 9. Aufl., Berlin und Leipzig 1932, S. 256
 - 2) Lehrer, K., Der Bilanzvergleich, Berlin 1935, S. 204 ff.
 - 3) Floss, E., a.a.O. S. 11
 - 4) Rittershausen, H., a.a.O. S. 391
 - 5) Hansen, N., a.a.O. S. 6
 - 6) Hertlein, A., Meisner, K., Abschluß und Prüfung der Unternehmungen, 4. Aufl. Wiesbaden 1956, S. 282
 - 7) Strobel, A., a.a.O. S. 52

le Coutre¹⁾ verwendet den Liquiditätsbegriff zur Kennzeichnung zweier Problemkreise, der unter II/2 a) aa) erwähnten Verwertbarkeit der Vermögensgüter im Markt, die für ihn absolute Liquidität verkörpert und der relativen Unternehmungsliquidität, die er als das Verhältnis zwischen Schulden und den dafür in Betracht kommenden Deckungsmitteln sieht. Ferner wird die Unterscheidung zwischen quantitativer und qualitativer Liquidität²⁾ je nach der Höhe der rediskontfähigen Aktiva bzw. der Fälligkeitstermine von Aktiva und Passiva verwendet. Zur Charakterisierung des Inhaltes dieser Definitionen wird die von Fettel³⁾ dargestellte Liquiditätsabstufung wiedergegeben:

1. Liquiditätsstufe:	sofort verfügbare Zahlungsmittel	-	sofort fällige Ausgaben
2. Liquiditätsstufe:	innerhalb von 3 Monaten eingehende Zahlungsmittel	-	innerhalb von 3 Monaten fällige Ausgaben
3. Liquiditätsstufe:	nach 3 Monaten eingehende Zahlungsmittel	-	nach 3 Monaten fällige Ausgaben
4. Liquiditätsstufe:	nach 1 Jahr verfügbare Zahlungsmittel	-	nach 1 Jahr zu leistende Ausgaben

Den einzelnen Liquiditätsstufen werden folgende Vermögensteile und Verbindlichkeiten zugerechnet:

1) le Coutre, a.a.O. S. 284 f.

2) Floss, E., a.a.O. S. 11

3) Fettel, J., Liquidität a.a.O. Sp. 3809/10/11

Liquiditätsstufe	Vermögensseite	Kapitalseite
1	Bargeld, Postscheckkonten und Bankkonten, soweit es sich um täglich fälliges Geld handelt, diskontfähige Wechsel bis zu einem bestimmten Betrag - sofort abrufbarer Bankkredit	aus der Bilanz nicht ersichtlich
2	die voraussichtlich eingehenden Forderungen, Barverkäufe, Wertpapiere, ein Teil der aktiven Rechnungsabgrenzung, soweit es sich um Einnahmen handelt	die innerhalb von drei Monaten fälligen Verbindlichkeiten aus Wechseln, Lieferungen und Leistungen, aus Rückstellungs- und Rechnungsabgrenzungsposten und aus Steuerschulden
3	Waren und Fertigfabrikate, die erst nach 3 Monaten zu Geld werden, ein Teil der Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe, sofern sie nicht einer anderen Stufe zuzurechnen sind, nicht bankfähige Wechsel, nicht marktfähige Wertpapiere und dgl.	Warenschulden mit einer längeren Frist als 3 Monate, Akzepte, Dividendenzahlungen und dgl.
4	alle übrigen Vermögens- teile	alle übrigen Fremdkapitalteile

Durch diese Aufgliederungen führt Pettel die Liquidität praktisch auf die von Rittershausen abgestufte Liquidität der Vermögensgüter zurück.

Eine ähnliche Differenzierung der Liquidität nach den Zahlen der Bilanz bringt Hendrikson¹⁾.

1) Hendrikson, K.H., Zur Auswertung der Liquiditätsbilanz von Industrieunternehmen, in: Die Wirtschaftsprüfung, 6. Jg., Nr. 19, Stuttgart 1953, S. 437 f.

Fettel weist jedoch ausdrücklich daraufhin, daß diese Bilanzbetrachtung nur im statischen Sinne für die Beurteilung der Liquidität aussagefähig ist. Aus dieser nominellen¹⁾ Liquiditätsanalyse gehen auf Grund der Stichtagsbetrachtung der Bilanz weder die fristgerechte Abdeckung der Zahlungsverpflichtungen noch, wie Schäfer²⁾, Lehmann³⁾, Rieger⁴⁾ u.a. betonen, die liquiditätswirksamen Ausgaben der Erfolgsrechnung oder die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse hervor. Diese Nachteile der statischen Betrachtung suchte man durch eine dynamische Analyse aller Liquiditätseinflüsse auszuschalten.

b) Die dynamische Betrachtung der Erfolgsrechnung

Unter dem Einfluß Schmalenbachs bürgerte sich teilweise in der betriebswirtschaftlichen Literatur die Methode ein, die Dynamik der Umsatzvorgänge einer Unternehmung durch die Beobachtung von Bewegungsgrößen eines Zeitraumes zu erfassen⁵⁾. Gegenstand dieser Betrachtungsweise ist die Erfolgsrechnung. Zur Ermittlung des Erfolges einer Unternehmung bildeten sich im wesentlichen zwei Verfahren heraus:

- aa) die Darstellung des Erfolges aus den Bestandsveränderungen des Vermögens und des Kapitals in der Bilanz⁶⁾,
- bb) die Darstellung des Erfolges aus den Einnahmen und Ausgaben einer Unternehmung.

1) Nicklisch, H., a.a.O. S. 456

2) Schäfer, E., a.a.O. S. 161

3) Lehmann, M.R., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3.Aufl. Wiesbaden, 1956, S. 243

4) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 267/68

5) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 13. Aufl. Köln und Opladen 1962, S. 44

6) Bauer, W., Die Bewegungsbilanz und ihre Anwendbarkeit insbesondere als Konzernbilanz in: ZfhF. 1926, S. 485 f.

Diese Zeitraumbetrachtungen suchte eine Reihe von Autoren nicht ausschließlich auf die Erfolgsermittlung zu beschränken, sondern auch zur Analyse der Liquiditätsverhältnisse einer Unternehmung heranzuziehen. Sie prägten daher den Begriff der Zeitraum- oder Periodenliquidität. Gleichzeitig sprengte man die Enge der Stichtagsbetrachtung der Bilanz, um aus den Geldbewegungsgrößen Rückschlüsse auf die zukünftige Liquidität einer Unternehmung zu gewinnen¹⁾. Die Zielsetzung erfordert eine Erweiterung des Begriffsumfanges der Liquidität. Die Begriffsvorstellung aus der Bewegungsbilanz unterscheidet sich dabei nicht von dem in der Erfolgsrechnung verwendeten Liquiditätsbegriff, da letztlich die Bewegungsbilanz auf eine Erfolgsrechnung hinausläuft²⁾. Die Bewegungsbilanz liefert nur zusätzlich zur Gewinnermittlung ein Bild der Vermögensumschichtungen einer Unternehmung³⁾ und gibt damit einen "relativ guten Einblick in den tatsächlichen, finanziellen Ablauf"⁴⁾.

Zur Charakterisierung des Liquiditätsproblems ist für Linhardt das Denken in Umsatzgrößen entscheidend⁵⁾. In diesem Sinne spricht er von den Bewegungsziffern der Geld- und Kreditkonten, die als Grundlage der Schätzungszahlen der Finanzpläne im Dienst einer wirksamen Finanz- und Liquiditätskontrolle gewonnen werden⁶⁾.

Dieses Denken in Umsatzgrößen, das immer einen Zeitraum vor

1) Rittershausen, H., a.a.O. S. 393/394

2) Ruchti, H., Erfolgsermittlung und Bewegungsbilanz, ZfhF, 7. Jg. Köln und Opladen 1955, S. 499

3) Bauer, W., a.a.O. S. 486

4) Braun, H., a.a.O. S. 486

5) Linhardt, H., Liquiditätsprobleme a.a.O. S. 615

6) Linhardt, H., Liquiditätsprobleme a.a.O. S. 628

ders. Wegweiser für die Prüfung von Finanzierung und Sanierung, Berlin 1964

Augen hat, wird auch von le Coutre¹⁾, der im Begriff der relativen Unternehmungsliquidität Bestandsgrößen festlegt, durch den Begriff der relativen Betriebsliquidität kurz umrissen. Eindeutig umsatzorientiert sind jedoch die Begriffsdefinitionen von Gebhardt²⁾ und Zentner³⁾.

Die Umsatzbetrachtung erfaßt zwar die Dynamik des Wirtschaftslebens, auf Grund deren "mit der ausreichenden Finanzierung der Unternehmung bei der Gründung die Frage der Liquidität nicht zugleich dauernd gelöst ist"⁴⁾. Sie bleibt jedoch retrospektiv, da sie die Zahlen der Vergangenheit als Grundlage der Analyse verwendet. Eine Autorengruppe sucht daher die künftigen Entwicklungen der Unternehmung und deren Auswirkungen auf die Finanzverhältnisse zur Grundlage ihrer Liquiditätsbegriffsdefinitionen zu machen. Zu dieser Gruppe zählen Keller⁵⁾, der unter Liquidität "das Verhältnis der greifbaren Mittel und der Geldeingangserwartungen einerseits zu den Geldausgangserwartungen andererseits" versteht, und Marchand⁶⁾, der Liquidität als "ein Verhältnis der flüssigen Mittel und der bis zu einem bestimmten zukünftigen Termin fälligen Geldeingänge zu den bis zum gleichen Termin zu erwartenden Geldausgängen" charakterisiert.

Bolza⁷⁾ geht von einer Differenz der Geldmittel aus, der die Mengenfunktion Einnahmen und Ausgaben zugrundeliegt.

1) le Coutre, W., a.a.O. S. 284 f.

2) Gebhardt, G., Liquidität und ihre Messung in der Bilanz einer industriellen Unternehmung, Diss. Frankfurt/M., 1946, S. 30

3) Zentner, G., Das Liquiditätsproblem in der industriellen Unternehmung, Berlin, Wien 1932, S. 17

4) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 261

5) Keller, J., Die Liquidität der industriellen Unternehmung, Diss. Zürich 1946, S. 27

6) Marchand, J.P., Die Überprüfung der Konzernliquidität in: Die Unternehmung, Bern, Aug. 1954, 8. Jg. Nr. 4 S. 114

7) Bolza, H., Grundriß einer systematischen Wirtschaftslehre, 1. Bd. 2. Aufl. Stuttgart 1947, S. 55, 186, 200

Diese Faktoren bilden das Mengenpaar. Da beide Größen als Funktionen der Zeit verstanden werden, sollen sie auch die Beurteilung der künftigen Liquiditätsentwicklung ermöglichen.

Diese Einnahmen- und Ausgabenbetrachtungen, die als tragende Einflußgrößen der Liquidität angesehen werden, sind Abhängige der Struktur des Vermögens und Kapitals. Als Voraussetzungen der Produktion einer Unternehmung bestimmen sie zusammen mit der brancheneigentümlichen Umsatzgeschwindigkeit der Vermögens- und Kapitalgüter und der Reaktionsfähigkeit der Unternehmung auf Datenänderungen im Marktgeschehen den Geldwerdungsprozeß.

Alle in den vorangegangenen Kapiteln besprochenen Definitionen greifen eine oder mehrere Größen des Unternehmensgeschehens heraus, um sie zur Grundlage des Liquiditätsbegriffes zu machen. Die dynamische Betrachtung, die die Größen in ihrer zeitlichen Abhängigkeit erfassen will, stößt zwangsläufig auf die Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Die Relation Einnahmen und Ausgaben bringt primär die Liquiditätsverhältnisse einer Unternehmung zum Ausdruck¹⁾. Speziell für das Bankwesen wird dieser Sachverhalt durch den Begriff aktuelle Liquidität charakterisiert²⁾. Gutenberg sieht diesen Tatbestand als finanzielles Gleichgewicht. Eine Unternehmung ist liquide, wenn sie sich im finanziellen Gleichgewicht befindet³⁾.

Die verschiedenen Entwicklungsstadien des Begriffes der betriebswirtschaftlichen Liquidität spiegeln die fortschreitende, wissenschaftlich-systematische Erfassung des Problems. Heute wird die Liquidität einer Unternehmung als ein Deckungsproblem gekennzeichnet⁴⁾.

1) Gebhardt, G., a.a.O. S. 221

2) Lautenbach, W., Zins, Kredit, Produktion, herausgegeben von Wolfgang Stützel, Tübingen 1952, S. 60

3) Gutenberg, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958, S. 110

Albach, H., Rentabilität und Sicherheit als Kriterien betrieblicher Investitionsentscheidungen, in: ZfB 30. Jg., Wiesbaden 1960, S. 587

4) Witte, E., Zur Bestimmung der Liquiditätsreserve in: ZfB, 34. Jg. 1964, Nr. 12, S. 765

c) Unterbegriffe der Liquidität

Eine Präzisierung des Begriffsinhaltes der betriebswirtschaftlichen Liquidität wollte man auch vielfach gemäß dem Reziprozitätsgesetz¹⁾ durch eine entsprechende Einengung des Begriffsumfanges der Liquidität erreichen. Die Betrachtung des Umfanges einer Reihe von Liquiditätsbegriffen unterscheidet nach ihrer Verknüpfung im Begriffssystem der Betriebswirtschaftslehre Riegerscher Prägung zwei Gruppen logischer Unterbegriffe. Es handelt sich einmal um die Gruppe der am Rentabilitätsprinzip der Unternehmung orientierten Unterbegriffe, zum anderen um die unter dem Blickwinkel der Sicherheit der Unternehmung festgelegten Definitionen. Das Streben nach Sicherheit steht mit der Liquidität einer Unternehmung in unmittelbarem Zusammenhang. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit unterwirft sich die Unternehmensführung in ihrem Streben nach Rentabilität dort Beschränkungen, wo der Chance, den Finanzerfolg besonders groß werden zu lassen, Risiken gegenüberstehen, die unverhältnismäßig hohe Verluste des Unternehmens zur Folge haben können²⁾.

Alle Begriffe, die zur Charakterisierung einer günstigen finanziellen Situation geprägt worden sind, orientieren sich am Rentabilitätsprinzip, auch wenn dies nicht wörtlich zum Ausdruck kommt. Die Skala der Unterbegriffe reicht in gradueller Abstufung von der Illiquidität, der Zahlungseinstellung, über die Unter- und Optimalliquidität bis zur Überliquidität, der überreichlichen Versorgung mit Zahlungsmitteln. Die Ausrichtung am Rentabilitätsprinzip bürgt jedoch nicht für eine einheitliche Festlegung und Interpretation der durch die Begriffe zu charakterisierenden Problemkreise. Ein eklatantes Beispiel gibt der Begriff der Überliquidität.

1) Hoffmeister, J., Wörterbuch der philosophischen Begriffe, 7. Aufl. Hamburg, 1955, S. 108

2) Fischer, O., Bankbilanzanalyse, Meisenheim/Glan, 1956, S. 45

Gunkel¹⁾ sieht die Voraussetzungen für das Vorliegen von Überliquidität bereits als gegeben an, wenn die Deckungsmittel die Schulden überwiegen, während Strobel²⁾ erst dann von Überliquidität spricht, wenn sich "erhebliche Geldmittel angesammelt haben, die mangels zweckentsprechender Verwendung die Rentabilität beeinträchtigen". Im gleichen Sinne äußert sich Mellerowicz³⁾. Auch Ottel⁴⁾ spricht von Überliquidität der Banken, ohne die Kriterien dieses Begriffes festzulegen.

Einmütigkeit herrscht jedoch im wesentlichen über die Begriffsvorstellungen der "idealen" Liquidität, "als dem höchsten Ziel der Unternehmerpolitik. Bei ihr ist kein Pfennig zu viel, aber auch keiner überflüssig"⁵⁾. Mellerowicz sieht diesen Finanzzustand der Unternehmung als Optimalliquidität⁶⁾. Kosiol⁷⁾ verwendet ebenfalls diesen Begriff.

Während jedoch Rieger die Beziehung zur Rentabilität nicht quantitativ festlegt, weisen Keller und andere Autoren daraufhin, "daß letztlich allein das Streben nach optimaler Liquidität mit demjenigen nach dauernder Rentabilität zu korrespondieren vermag"⁸⁾.

1) Gunkel, W., Liquidität und Wirtschaftsbewegung, Diss. Frankfurt /M., 1948, S. 7

2) Strobel, A., a.a.O. S. 18

3) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, a.a.O. S. 24

4) Ottel, F., Eigenkapital und Liquidität im Kreditwesen, in: ZfB, 32. Jg. 1962, S. 93

5) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 264

6) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, a.a.O. S. 30

7) Kosiol, E., Finanzplanung und Liquidität, in: ZfhF, 7. Jg., 1955, S. 271

8) Keller, J., Die Liquidität der industriellen Unternehmung, Diss. Zürich, 1946, S. 129

Strobel, A., a.a.O. S. 27

Gebhardt, G., a.a.O. S. 4

Trotzdem geben die genannten Autoren zu, daß der Punkt der optimalen Liquidität nicht exakt bestimmt werden kann¹⁾. Teilweise wird der Liquiditätsbegriff auch ohne den einschränkenden Hinweis der Quantifizierbarkeit zur Kennzeichnung einer idealen Relation zwischen Vermögen und Zahlungsverpflichtungen herangezogen²⁾.

Am Sicherheitsdenken ausgerichtet sind die Liquiditätsbegriffe, die eine ungünstige finanzielle Lage der Unternehmung, insbesondere im Hinblick auf Fälligkeiten definieren. Bekannt sind die Begriffe Illiquidität, Unterliquidität und Grenzliquidität. Während jedoch über den Tatbestand der Illiquidität, der Zahlungseinstellung, keine Zweifel bestehen, sind die Grenzen zur Festlegung des Begriffes Unterliquidität fließend. Der Begriff Grenzliquidität wird von Strobel als "jene Mindestliquidität" definiert, "die den Fortbestand der Unternehmung gerade noch ermöglicht, bei der sie aber in ständiger Gefahr schwebt, bei der geringsten Stockung oder infolge unvorhergesehener Ausgaben zahlungsunfähig zu werden"³⁾.

1) Strobel, A., a.a.O. S. 48

2) Rink, E., a.a.O. S. 23/24

3) Strobel, A., a.a.O. S. 53

d) Liquidität als Finanzierungsproblem

Der Finanzierungsbegriff, der ursprünglich nur die Beschaffung langfristigen Kapitals in erster Linie zur Geschäftsgründung umfaßte, wurde durch die wirtschaftswissenschaftliche Forschung sukzessive ausgebaut¹⁾.

Schmalenbach²⁾ dehnte den Geltungsbereich des Finanzierungs-
begriffes auch auf die kurzfristige Kreditbeschaffung aus.
In dieser Fassung tangiert der Finanzierungsbegriff den
Begriff der Liquidität, der nach Hax³⁾ die kurzfristigen
Finanzdispositionen umfaßt.

Nach der heute herrschenden Lehre schließt der Finanzierungs-
begriff sowohl die Mittelbeschaffung als auch die Mittel-
dispositionen ein, "umfaßt also alle Fragen, die die finanzielle
Führung einer Betriebswirtschaft mit sich bringt, ungeachtet
in welchem Lebensabschnitt die Betriebswirtschaft steht, in
welchem Geschäftszweig sie sich betätigt und in welcher
Größe und Rechtsform sie auftritt"⁴⁾.

Der Einfluß der Finanzierung auf die Liquidität ist durch die
Verknüpfung beider Problemkreise mit dem Vermögens- und
Kapitalaufbau einer Unternehmung so stark, daß Finanzierungs-
fragen vielfach und seit Jahrzehnten zunehmend als Teil des
Liquiditätsproblems betrachtet werden. Mellerowicz⁵⁾ sieht
beispielsweise die Liquidität als reines Finanzierungsproblem
der Kapitalbeschaffung und der Kapitalverwendung. Strobel⁶⁾
stellt sich das Liquiditätsproblem durch zwei entgegengesetzt
ausgerichtete Prinzipien charakterisiert dar.

1) Beckmann, L., Finanzierung, in: Handwörterbuch der Betriebs-
wirtschaft, 3. Aufl. Bd. II, Stuttgart 1958, Sp. 1930

2) Schmalenbach, E., Die Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl.,
Köln und Opladen 1954, S. 9/10

3) Hax, K., Die langfristigen Finanzdispositionen, in:
Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. I, Köln und
Opladen, 1958, S. 456

4) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
a.a.O. S. 67

5) ders. ebenda S. 24

6) Strobel, A., a.a.O. S. 18

Einmal sei es notwendig, die sich aus der Geschäftstätigkeit ergebenden Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen, andererseits gehe es darum, die über das erforderliche Maß vorhandenen Geldmittel ertragbringend anzulegen. Diese aus den bankwirtschaftlichen Erfordernissen erwachsenen Vorstellungen über das Liquiditätsproblem und seine Verknüpfung mit Finanzierungsfragen sind auch in einer Definition von Floss¹⁾ lebendig, der unter Liquidität im quantitativen Sinne, die Fähigkeit der Bank, neue Kredite gewähren zu können, versteht, während er auf der anderen Seite eine Liquidität im qualitativen Sinne unterscheidet, die die Fähigkeit der Bank, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen zu können, charakterisiert. Fettel betrachtet die Zahlungsfähigkeit der Unternehmung dagegen als Konsequenz der "für sie typischen Art und Weise, wie sie sich finanziert"²⁾.

Insbesondere führte das Bestreben, den Liquiditätsbegriff aus der Enge vergangenheitsorientierter Betrachtung herauszulösen, um zukunftsbezogene Kennzahlen ermitteln zu können, zu den Definitionen des Liquiditätsbegriffes, die Gesichtspunkte der Finanzierung einbeziehen. In erster Linie geht es dabei um die Frage des Kapitalbedarfs, der den zukünftigen Liquiditätsstatus entscheidend beeinflusst. Für Lehmann³⁾ ist daher die Liquidität ein Bedarfsdeckungsproblem, das in dem Verhältnis von Kapitaldeckung und Kapitalbedarf zum Ausdruck kommt und in dieser Fassung als Kapitalauskömmlichkeit bezeichnet wird. Die Differenz beider Größen stellt die Kapitalreserven dar. Beide Ausdrücke werden zur Definition des Begriffes Liquidität verwendet.

1) Floss, E., a.a.O. S. 13

2) Fettel, J., Liquidität a.a.O. Sp. 3807

3) Lehmann, M.R., Betriebswirtschaftslehre a.a.O. S. 242

Muschweck¹⁾ greift diese Gedanken auf und definiert Liquidität als Problem des Kapitalbedarfs und der materiellen Reserven, und zwar betrachtet er beide Größen in Abhängigkeit von der Zeit. In der Wirtschaftsprüfungspraxis wird die Frage des Kapitalbedarfs insbesondere als Ergänzung der Deckungsliquidität aus Vermögen und Kapital herangezogen²⁾.

Eine Reihe von Autoren berücksichtigt als weiteren Teilaspekt des Liquiditätsproblems die Möglichkeit der Kreditaufnahme. Strobel³⁾ weist daraufhin, daß Kreditreserven die Liquidität einer Unternehmung erhöhen. Stützel⁴⁾ geht noch weiter; er sieht die Aufgabe der Liquiditätserhaltung darin, "das Unternehmen im ganzen möglichst kreditwürdig und sein Gesamtvermögen möglichst beleihungswürdig zu halten". Liquidität wird unter diesen Aspekten zum Finanzierungsproblem⁵⁾.

-
- 1) Muschweck, M., Über die Liquidität der industriellen Unternehmung, Diss. Nürnberg, 1935, S. 18 ff.
 - 2) Dürhammer, W., Finanzplan und Liquiditätsgestaltung, in: Die Wirtschaftsprüfung, 2. Jg., Stuttgart 1949, Nr. 3, S. 108
 - 3) Strobel, A., a.a.O. S. 26
 - 4) Stützel, W., a.a.O. S. 628
 - 5) Walz, E., Liquiditätssorgen, München 1966

III. Kritische Würdigung

1. Die Abgrenzung des Begriffes Liquidierbarkeit

In den Mittelpunkt der Liquiditätsbeurteilung stellt die betriebswirtschaftliche Literatur teilweise nur das Vermögen nach der Geldumwandlungsfähigkeit, teilweise die finanzielle Kraft eines Unternehmens, die neben den Vermögensgütern auch durch die Verbindlichkeiten bestimmt wird. Zieht man den Begriff der Liquidität zur Charakterisierung der Vermögensgüter einerseits und der Finanzstruktur einer Unternehmung andererseits heran, so begründet man damit zwei Begriffsinhalte der Liquidität, die zwar miteinander verwandt, jedoch keineswegs identisch sind. Dieser Zweideutigkeit des Liquiditätsbegriffes entspringt das Bedürfnis nach Präzisierung des Begriffsinhaltes, dem durch die Bildung einer Reihe von Unterbegriffen, wie absolute Liquidität, strukturelle Liquidität, dispositive Liquidität, statische Liquidität, dynamische Liquidität etc. Rechnung getragen werden soll.

Mit Hilfe dieser Abgrenzungen erreicht man jedoch keineswegs eine eindeutige Bestimmung des Begriffsinhaltes der Liquidität, da der Ausdruck auch in diesen Definitionen die Eignung der Vermögensgüter in Geld umgewandelt zu werden und die Finanzsituation einer Unternehmung kennzeichnet. Diese Abgrenzungsdefinitionen können daher weder als empirischer Umfang (Klasse der unter einen Begriff fallenden Individuen) noch als logischer Umfang (Unterbegriffe) eines eindeutigen Liquiditätsbegriffes verstanden werden, da die Geldumwandlungsfähigkeit der Vermögensgüter sich nicht aus dem finanziellen Zustand der Unternehmung ableitet und umgekehrt die Vermögensstruktur nur einen Teilbereich¹⁾ im Rahmen der Liquiditätsbeurteilung darstellt. Diese Abgrenzungsbegriffe sind daher zwei unterschiedlichen Begriffspyramiden zuzuordnen.

Die wissenschaftliche Forschung kann nur mit eindeutig umgrenzten Begriffen arbeiten, wenn die Klarheit der Ergebnisse gewährleistet sein soll. Im Interesse einer eindeutigen Bestimmung des

1) Witte, E., a.a.O. S. 9

Begriffsinhaltes der Liquidität führte daher Lehmann¹⁾ zur Kennzeichnung der Geldumwandlungsfähigkeit der Vermögensgüter den Begriff Liquidierbarkeit ein. Er distanziert sich damit insbesondere von Nicklischs Begriffsdefinition der Liquidität, die er als geradezu irreführend bezeichnet. Lehmann ermöglicht durch diese Begriffsbildung die Ausschaltung des Ausdruckes Liquidität zur Charakterisierung der Vermögensgüter in bezug auf das Geld.

Der Begriff Liquidierbarkeit hängt zusammen mit dem Begriff Liquidation. Dieser ist gebräuchlich für die Beendigung, die Auflösung, einer Unternehmung, die einen Totalverkauf der einzelnen Vermögensgüter mit sich bringt. Die Bilanz am Ende einer Periode stellt eine Fiktion der Totalbilanz²⁾, die bei der Liquidation einer Unternehmung erarbeitet wird, dar. Aus dieser Konstruktion läßt sich die Liquidierung der Vermögensgüter ableiten. Entscheidend für die Einstufung der Vermögensgüter nach Liquidierbarkeitsgraden sind ihre Absatzbarkeit im Markt, die Zeitdauer, die die Verwertung in Anspruch nimmt und die Höhe der zu erzielenden Preise. Bei diesen Überlegungen spielt es keine Rolle, ob die einzelnen Vermögensteile dem Markt unter dem Gesichtspunkt der Fortführung des Betriebes oder im Rahmen einer Liquidation angeboten werden. Nur für die Zusammensetzung des Güterangebotes ist diese Unterscheidung ausschlaggebend. Der Zusammenhang des Begriffes Liquidierbarkeit mit dem Begriff Liquidation führt daher für die Beurteilung und Einstufung der einzelnen Vermögensteile nicht zu verschiedenen Begriffsinhalten.

Durch die Einführung des Begriffes Liquidierbarkeit wird es möglich, den Geltungsbereich der Liquidität einzuengen, um den Begriffsinhalt zu erweitern. Da durch diese

1) Lehmann, M.R., Liquidität a.a.O. S. 329 und 480 ff.

2) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 203 ff.

Beschränkung des Liquiditätsbegriffes auf die Charakterisierung des finanziellen Zustandes einer Unternehmung als Ganzes dessen Aussagefähigkeit erhöht wird, ferner die dadurch gewonnene Eindeutigkeit des Begriffes einen einheitlichen Gebrauch erleichtert, soll der Begriff Liquidierbarkeit in dieser Arbeit zur Kennzeichnung der Geldumwandlungsfähigkeit der Vermögensgüter im Sinne Lehmanns gebraucht und von dem Begriff Liquidität einer Unternehmung abgegrenzt werden.

In der betriebswirtschaftlichen Literatur setzte sich diese Begriffsabgrenzung teilweise bereits durch. Linhardt¹⁾ verwendet den Begriff zur Analyse der Aktivpositionen einer Bank. Kosiol²⁾ spricht von einer Liquidationsfunktion der Debitoren, die im Gedanken der Selbstliquidierung (self liquidating) wurzelt. Besonders treffend stellt Thomas³⁾ die unterschiedlichen Inhalte der Begriffe Liquidität und Liquidierbarkeit heraus, wenn er für den Bereich der Banken sagt, daß "das Liquiditätsproblem der Ausleihungen, Diskontierungen und Wertpapieranlagen sich auf ihre Liquidationsfähigkeit" bezieht.

2. Die Abgrenzung des Begriffes Finanzierung

Die Darlegungen aus der betriebswirtschaftlichen Literatur zeigten, daß die Begriffe Finanzierung und Liquidität zum Teil nicht eindeutig getrennt werden. Die Ausweitung des Finanzierungsbegriffes, der ursprünglich die Beschaffung langfristigen Kapitals umfaßte, auf die Beschaffung und Verwendung kurzfristigen Kapitals sowohl von Dritten als auch durch betriebsinterne Maßnahmen ergriff Geltungsbereiche, die auch der Liquiditätsbegriff charakterisiert.

-
- 1) Linhardt, H., Die gesetzlichen Mindestreserven der Geschäftsbanken, in: Die Sparkasse, 73. Jg. Heft 8, 1956, S. 117
 - 2) Kosiol, E., Anlagenrechnung, Theorie und Praxis der Abschreibungen, Wiesbaden 1955, S. 109 ff.
 - 3) Thomas, K., a.a.O. S. 19

Ein Beispiel für eine Überlagerung der Merkmale beider Begriffe bietet die Unternehmungsfunktion der Mittelverwendung. Einerseits bezieht man die Mittelverwendung in den Finanzierungsbegriff ein, andererseits wird die Liquidität als ein Problem der Kapitalverwendung¹⁾ betrachtet. Mellerowicz will damit offensichtlich den Einfluß der Finanzierungsmaßnahmen auf die Liquidität kennzeichnen. Er leitet damit den Liquiditätsbegriff ähnlich wie Fettel²⁾ aus Finanzierungsgesichtspunkten ab. Diese spielen zwar für die Liquidität einer Unternehmung eine Rolle, sie sind jedoch nicht begriffskonstituierend. "Man findet Unternehmen mit stark überwiegendem Fremdkapital und andere mit überwiegendem Eigenkapital"³⁾. Starke Differenzierungen der Finanzstruktur müssen nicht unweigerlich günstige oder ungünstige Liquiditätsverhältnisse bedingen. Linhardt⁴⁾ erklärt die "oftmals überraschenden und drastischen Unterschiede in der Finanzstruktur" durch den Hinweis auf das "Leitungselement der unternehmerischen Führungskräfte". Der Investment Trust ist ein eindrucksvolles Beispiel für Unternehmungen, deren Erfolg in ganz besonders starkem Maße von der Gestaltungskraft der leitenden Persönlichkeiten abhängig ist. Das Unternehmensziel des Investment Trusts, "die Bewirtschaftung von Effekten auf Ertrag"⁵⁾ setzt eine ständige Umwälzung des Wertpapierportefeuilles voraus, die hohe Anforderungen an Beweglichkeit, Wagemut und Wissen des Managements stellt⁶⁾.

Auch die Darstellung der Liquiditätsgrade aus dem Verhältnis Vermögen und Kapital, gestaffelt nach Fristigkeiten, zeigt, wie stark Finanzierungsgesichtspunkte durch die Vorstellungen

1) Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, a.a.O. S. 24

2) Fettel, J., Liquidität, a.a.O.: Sp. 3807

3) Linhardt, H., Liquiditätsprobleme, a.a.O. S. 616

4) ders. ebenda S. 616

5) Linhardt, H., Die Britischen Investment Trusts, Berlin, Wien 1935, S. 17

6) ders. ebenda S. 254 ff.

von der finanzwirtschaftlichen Entsprechung, der "goldenen Finanzierungsregel", im Liquiditätsdenken verhaftet sind. Gemessen an diesen Kriterien müßten alle Unternehmen, deren Finanzpolitik nicht an dieser Regel ausgerichtet ist, als nicht liquid angesehen werden. Das läßt sich von Finanzierungsunternehmen und Banken, die nach dem Revolving System kurzfristige Gelder aufnehmen, um aus diesem Fond auch langfristige Kredite zu vergeben, nicht behaupten.

Diese Überschneidung von Finanzierungs- und Liquiditätsmerkmalen in den Begriffsdefinitionen der betriebswirtschaftlichen Literatur erhöht nach dem Reziprozitätsgesetz den Umfang beider Begriffe, verwässert jedoch den Inhalt sowohl des Finanzierungs- als auch des Liquiditätsbegriffes. Beide Begriffe verlieren so an Eindeutigkeit und Aussagekraft, so daß sie für wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen durch Zusatzdefinitionen aufbereitet werden müssen.

Hax¹⁾ sucht durch die Einführung der Begriffe Zahlungsmittelbewirtschaftung und Kapitalbewirtschaftung den ursprünglichen Geltungsbereich des Begriffes Finanzierung, die Beschaffung langfristigen Kapitals, aufrechtzuerhalten und eine Trennung vom Liquiditätsdenken zu erreichen, indem er die Zeit als Unterscheidungskriterium der Begriffe Liquidität und Finanzierung heranzieht. Der Begriff Zahlungsmittelbewirtschaftung umfaßt nach ihm kurzfristige Finanzdispositionen, schließt also Liquiditätsprobleme ein, während er unter Kapitalbewirtschaftung langfristig angelegte Kapitalbeschaffung und -verwendung versteht.

Hahn übernimmt diese Zweiteilung der finanziellen Sphäre einer Unternehmung jedoch nicht im Sinne der von Hax vorgenommenen Abgrenzung nach der Fristigkeit, sondern nach

1) Hax, K., a.a.O. S. 456/457

Gesichtspunkten, die auch die Bilanz bestimmen¹⁾. Er stützt sich dabei auf den Begriff Fischers²⁾, der Kapital als "die Größe der Verpflichtungen, die der Betrieb gegenüber dem Eigentümer und gegenüber Dritten besitzt, als Gegenleistung für die Hergabe von Geld oder Sachwerten", definiert. Die beiden Begriffe Kapitalwirtschaft und Zahlungsmittelwirtschaft charakterisieren nach Hahn³⁾ die Finanzwirtschaft einer Unternehmung, wobei im Gegensatz zu Hax der Kreditbereich dem Kapitalbereich zugeordnet wird. Der Zahlungsmittelbereich wird als Teil des Vermögens betrachtet.

Weder die Fristigkeit noch Bilanzgesichtspunkte können im Interesse der Zielsetzung dieser Arbeit als Kriterien der Begriffsabgrenzung zwischen Finanzierung und Liquidität herangezogen werden. Das Kriterium der Fristigkeit ist insofern äußerst problematisch als die Finanzsituation einer Unternehmung sowohl von den kurzfristig, den mittelfristig als auch den langfristig wirkenden Dispositionen der Unternehmensleitung beeinflusst wird. Zudem wird die Verbindung kurz-mittel- bzw. langfristiger Dispositionen von der Eigenart der Unternehmung, ihrer Produktionsstruktur und Marktbezogenheit bestimmt. Es wird sogar die Meinung vertreten, daß die Begriffe lang- und kurzfristig sowohl beim interindustriellen als auch beim internationalen Vergleich höchst relativ sind⁴⁾.

Eine Abgrenzung der Begriffe Finanzierung und Liquidität unter Bilanzgesichtspunkten wird aus den gleichen Gründen als unzureichend erachtet, die für die unter III 4) begründete Ablehnung einer Definition der Liquidität ausschließlich aus der Kapital/Vermögensrechnung gelten.

1) Hahn, O., Zahlungsmittelverkehr der Unternehmung, Wiesbaden 1962, S. 63-65

2) Fischer, G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl. Heidelberg 1957, S. 202 zitiert bei:

Hahn, O., Zahlungsmittelverkehr a.a.O. S. 65

3) ders. ebenda a.a.O. S. 65-77

4) Kau, W., Kuhn, I., Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die kreditpolitischen Probleme ihrer Kontrolle, Tübingen 1966, S. 6

Ausschlaggebend für eine Begriffsabgrenzung zwischen Finanzierung und Liquidität ist allein die Trennung nach Funktionen der Unternehmensleitung. Unter diesem Gesichtspunkt sollen alle Begriffsmerkmale, die sowohl Bereiche des Finanzierungs- als auch des Liquiditätsbegriffes repräsentieren, ausschließlich dem Begriff zugeordnet werden, der auf Grund seines von der Konvention geprägten, ursprünglichen Begriffsinhaltes dafür am geeignetsten erscheint.

Die herrschende Lehre versteht unter Finanzierung die Mittelbeschaffung und Mittelverwendung im weitesten Sinne. Der Begriff charakterisiert eine Tätigkeit, die auf Grund ihrer zentralen Bedeutung für die Unternehmung von der Unternehmensführung selbst ausgeübt oder von ihr an eine dafür verantwortliche Finanzierungsabteilung delegiert wird.

In USA trägt man der engen Verknüpfung der Funktionen dieser Abteilung mit den Aufgaben der Unternehmensführung durch die Berufung des für die Finanzabteilung einer Unternehmung verantwortlichen Managers in den Vorstand Rechnung¹⁾. Diesem obersten Finanzleiter, dem Controller, unterstehen die für die Ausgaben und Einnahmen jeder wichtigen Abteilung verantwortlichen Abteilungscontroller²⁾. Dagegen nimmt der Leiter der Finanzabteilung in deutschen, industriellen Großunternehmen in der Regel den Rang eines Direktors ein, der nicht der Führungsspitze des Unternehmens angehört³⁾. Beurteilt man diese unterschiedliche Einstufung des Finanzleiters in die Unternehmenshierarchie nach der vielfach vertretenen Begriffsabgrenzung zwischen Führungsaufgaben (die geistig-schöpferische Leistungen im Hinblick auf das Unternehmensziel erfordern) und Leitungsaufgaben, die stärker dem Routinedenken innerhalb

-
- 1) Huisinga, H., Die Stellung des Finanzleiters in größeren Unternehmen, in: BFuP, 11. Jg., Herne, Berlin 1959, S. 699
 - 2) Batzner, L., Über den Controller in den USA, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilh. Rieger, Stuttgart 1963, S. 176
 - 3) Friemauth, F., Struktur und Eingliederung der Finanzabteilung in deutschen und amerikanischen Großunternehmen in: BFuP, 18. Jg. Herne, Berlin 1966, S. 521

einer festgefügten Organisation verhaftet sind¹⁾, so muß man folgern, daß im Gegensatz zu der Auffassung in USA die Verwaltung der Finanzen in deutschen Unternehmungen vielfach noch unter dem Gesichtspunkt des Stereotypen, der Routine des Rechnungswesens gesehen wird²⁾. Ähnlichen Gedankengängen entspringt Kochs³⁾ Charakterisierung der Finanzierung als Hilfsbereich im Rahmen der Unternehmensplanung. Diese Einstufung wird nach Ansicht Webers⁴⁾ der wahren Bedeutung der Finanzierung nicht gerecht.

Die Tätigkeit der Finanzabteilung, die für die Unternehmung von der Unternehmensführung als dem Macht- und Entscheidungszentrum⁵⁾ selbst ausgeübt wird, erstreckt sich auf Zahlungsmittelbereitstellung und Mittelverwendung, sei es kurz- oder langfristig. insbesondere das Problem, überschüssige Mittel, die später für Finanzierungszwecke wieder gebraucht werden, in der Zwischenzeit ertragbringend anzulegen. In den Aufgabenbereich der Finanzabteilung fällt daher sowohl die Bereitstellung von Mitteln für Investitionen als auch für den laufenden Geschäftsbetrieb. Dabei ist es gleichgültig, ob die Mittel

-
- 1) Schumpeter, J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952, S. 122 ff., außerdem ders. Artikel Unternehmer, in: HdSt, 4. Aufl. Bd. 8 Jena 1928, S. 483 f., Linhardt, H., Das Betriebssystem als organisatorisches Führungsmittel, in: BPuP 1956, S. 631
Hartmann, H., Authority and Organization in German Management, Princeton 1959, S. 54 ff.
Pöhlmann, G., Der Prozeß der Unternehmensführung, Berlin 1964 S. 26
 - 2) Priemauth, F., a.a.O. S. 524
 - 3) Koch, H., Betriebliche Planung, in: Die Wirtschaftswissenschaften, hersg. v. E. Gutenberg, Wiesbaden 1961, S. 27 f.
 - 4) Weber, H., Die Planung in der Unternehmung, Berlin 1963, S. 43
 - 5) Linhardt, H., Der Betrieb als Kapitalanlage oder als lebende Einheit, in: ZfB, 1954, S. 268 f.

aus den Umsatzerlösen der Unternehmung durch Selbstfinanzierung oder durch Aufnahme von Krediten beschafft werden. Die Rückzahlung von Krediten stellt daher auch einen Teilbereich der Finanzierung dar. Diese dem Finanzierungsbegriff zugeordneten Merkmale müssen im Interesse eines klaren Begriffsinhaltes aus dem Begriff der Liquidität ausgeklammert werden.

Nach dieser Abgrenzung erfaßt der Begriffsinhalt der Liquidität ausschließlich einen Zustand, und zwar die finanzielle Lage einer Unternehmung. Diese grundlegende Unterscheidung zwischen dem Finanzierungsbegriff, der eine Tätigkeit der Unternehmensführung umfaßt, und dem Liquiditätsbegriff, der einen Zustand, die finanzielle Situation einer Unternehmung darstellt, bietet auch die Lösung für die Frage, ob der Liquiditätsbegriff vorhandene Kreditmöglichkeiten einschließen soll. Das Problem wurde u.a. von Stützel¹⁾ aufgeworfen, der die Erhaltung der Kreditwürdigkeit als ausschlaggebend für die Liquidität einer Unternehmung ansieht.

Dieser Auffassung kann im Sinne der vorgetragenen Abgrenzung zwischen Finanzierung und Liquidität, die der Praxis der Unternehmensführung Rechnung trägt, nicht zugestimmt werden.

Zur Begründung dieser Ansicht ist grundlegend zwischen dem Standpunkt des Gläubigers und dem des Unternehmensführers zu unterscheiden. Vom Standpunkt des Gläubigers mag eine Unternehmung solange als liquide gelten, solange ihr Kreditmöglichkeiten eingeräumt werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn vorübergehende Zahlungsstockungen auftreten, die der Geschäftsbetrieb mit sich bringt und die, ohne das Mißtrauen der Gläubiger zu erregen, durch Kredite behoben werden können. Sollte das Vertrauen, das die Geschäftspartner dem Unternehmen entgegenbringen, das die Grundlage jeder Kreditgewährung bildet²⁾, in irgendeiner Weise getrübt sein,

1) Stützel, W., a.a.O. S. 622 ff.

Palyi, M., Liquidität in: Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933, S. 348

2) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 11

so genügt vielfach schon das Wort eines einzigen, einflußreichen Gläubigers oder befreundeten Finanzmagnaten, um die Kreditfähigkeit gegenüber allen anderen Gläubigern zu wahren.

Für die Zwecke der Unternehmensführung ist dieser Liquiditätsbegriff jedoch zu weit gefaßt. Den Unternehmer kann nur die Frage interessieren, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt Liquidität gegeben ist oder nicht, und zwar muß die Frage in Ansehung der eigenen Mittel einer Unternehmung gestellt werden. Kreditmöglichkeiten werden dann in Anspruch genommen, wenn die Liquidität zu irgendeinem Zeitpunkt als nicht gesichert erscheint, d.h., wenn keine Mittel beispielsweise aus Reserven bereitgestellt werden können. Bereits abgeschlossene, einkalkulierte Kreditverträge rechnen in diesem Fall zu den Reserven.

Die Unternehmensführung muß daher einen Liquiditätsbegriff anwenden, der es ihr ermöglicht, den Zeitpunkt einer vorübergehenden Liquiditätskrise zu erkennen, um rechtzeitig geeignete Schritte unternehmen oder ihre Finanzabteilung beauftragen zu können, diese Liquiditätslücke - sei es durch Auflösung von Reserven, sei es durch Aufnahme von Krediten - zu schließen. Die Pflege und Inanspruchnahme von Kreditmöglichkeiten ist eine Aufgabe der Finanzabteilung; sie ist dem Finanzierungsbegriff zuzuordnen.

Der Liquiditätsbegriff kennzeichnet nach dieser weiteren Einschränkung die Finanzsituation, wie sie sich aus dem Unternehmensgeschehen, dem Geldwertungsprozeß, der die Finanzkraft einer Unternehmung begründet, ergibt. Fettel¹⁾ spricht in ähnlichem Sinne von "echter Liquidität", wenn die Umsatzerlöse dauernd zur Finanzierung des laufenden Betriebsprozesses ausreichen. Bei Inanspruchnahme von Zwischenkrediten liegt nach ihm "unechte Liquidität" vor. Mit Hilfe

1) Fettel, J., Liquidität und Illiquidität, in: BFuP, 2. Jg. 1950, Heft 1, S. 459

dieses Begriffes werden Liquiditätskrisen frühzeitig erkannt und der Gefahr der Selbsttäuschung der Unternehmensleitung über die wahren Liquiditätsverhältnisse vorgebeugt, allerdings nicht derjenigen, die auf Fehlschätzungen des Absatzes und auf Fehlbewertungen des Vermögens beruht. In der neueren Literatur tritt diese Abgrenzung der Liquiditätsfragen von Finanzierungsproblemen immer stärker hervor. Mey¹⁾ betrachtet den Produktionsprozeß als Träger der Liquidität und schließt Rückgriffe auf den Geld- und Kapitalmarkt zur Definition des Liquiditätsbegriffes aus. Auch Wöhe²⁾ stützt Liquiditätsüberlegungen auf den Umsatzprozeß.

Im Interesse der Sicherheit der Unternehmung ist dem Liquiditätsbegriff in dieser engeren Fassung der Vorzug zu geben. Er markiert den Orientierungspunkt für alle finanzpolitischen Entscheidungen der Unternehmensführung; denn das Ziel der Finanzierung ist die Aufrechterhaltung des Zustandes der Liquidität. Welche Maßnahmen die Unternehmensführung bzw. die Finanzabteilung zur Wahrung der Liquidität unternimmt, richtet sich - soweit es im Rahmen dieser Zwecksetzung möglich ist - nach Erwägungen der Wirtschaftlichkeit. Sie bilden die Kriterien der Güte finanzpolitischer Entscheidungen.

3. Die statische und die dynamische Betrachtungsweise

Die Begriffe Statik und Dynamik waren in der Betriebswirtschaftslehre vielfach der Gegenstand wissenschaftlicher Diskussionen. Das Erscheinen der Schmalenbachschen "Dynamischen Bilanz" im Jahre 1919 löste eine Welle wissenschaftlicher Auseinandersetzungen aus, die so weite Kreise zog, daß sich einzelne Forschergruppen, Statiker und Dynamiker bildeten³⁾.

1) Mey, J., Kritische Bemerkungen zur Finanzierungslehre, in: ZfhF, 9. Jg. NF 1957, S. 521 ff.

2) Wöhe, G., a.a.O. S. 197

3) Rieger, W., Schmalenbachs dynamische Bilanz, 2. Aufl., Stuttgart und Köln 1954, S. 23

Die unterschiedlichen Auffassungen entzündeten sich am Bilanzbegriff. Während die Statiker, angeführt von Nicklisch in der Bilanz eine Vermögensrechnung sahen, die jeweils zu einem Stichtag den Vermögens- und Kapitalaufbau einer Unternehmung spiegelt, dient die Bilanz dem Dynamiker Schmalenbach primär zur Erfolgsermittlung, indem sie am Anfang und Ende einer Periode "auf die innerhalb der Periode stattgefundenen Bewegungen"¹⁾ schließt.

Diese Bilanzauffassung stieß auf die heftige Kritik Riegers²⁾, der die Schmalenbachsche Konzeption als zu unklar und wenig fundiert ablehnt. In der Tat ist nicht einzusehen, wodurch sich eine statische von einer dynamischen Bilanz unterscheidet, da beide als Stichtagsrechnungen "einen Status, einen Zustand"³⁾ darstellen. Eine Bilanz kann überhaupt nichts anderes sein als etwas Zuständliches, ein Haltepunkt innerhalb der Bewegung, ein Gleichgewichtszustand zweier Waagschalen, eine fiktive Statik zur Erkenntnis der realen Dynamik"⁴⁾. Übrigens verwendete auch der Statiker Nicklisch den Begriff Dynamik jedoch nicht im Hinblick auf eine Bilanztheorie, sondern zur Kennzeichnung des "Flusses des Geschäftslebens"⁵⁾, Trotz dieser fundierten, kritischen Auseinandersetzungen wurden die beiden Ausdrücke in der Betriebswirtschaftslehre zur Kennzeichnung der Rechnungslegung der Unternehmung weiterentwickelt.

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, a.a.O. S. 44

2) Rieger, W., Schmalenbachs dynamische Bilanz, a.a.O. S. 23

3) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, a.a.O. S. 44

4) Linhardt, H., Die Begriffe Statik und Dynamik, in: ZfB 3. Jg. 1926, S. 348 ders.

Statik und Dynamik in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Stuttgart 1926, S. 510 ff.

5) Nicklisch, H., a.a.O. S. 3

Die statische Betrachtung schließt danach die Vermögens- und Kapitalstruktur einer Unternehmung in der Darstellung der Bilanz ein, dagegen wird der Umsatzprozeß, der die Grundlage der Erfolgsrechnung bildet, als dynamisches Problem gekennzeichnet. Die statische Betrachtung an Hand der Bilanz und die dynamische Auffassung auf Grund der Erfolgsrechnung unterscheiden sich durch ihre Beziehung zur Zeit. Die Bilanz präsentiert als Stichtagsrechnung die Bestandsverhältnisse zu einem Zeitpunkt. Gegenstand der Erfolgsrechnung sind dagegen die kumulierten Aufwendungen und Erträge, die das Ergebnis von Bewegungen darstellen. Die Erfolgsrechnung bietet daher Werte für einen Zeitraum.

Eine exakte Erfassung des Liquiditätsproblems ist jedoch mit Hilfe dieser Begriffsabgrenzung ebenso wenig zu erreichen, wie eine richtige Abgrenzung Bewertung und Gewinnermittlung. Weder die Zeitpunktkennzahlen der Bilanz noch die Zeitraumgrößen der Erfolgsrechnung, die nur Durchschnittswerte darstellen, können das Liquiditätsproblem voll erfassen, das sowohl durch zeitpunktbezogene als auch zeitraumbezogene Merkmale gekennzeichnet ist. Für den Unternehmer sind so gewonnene Kennzahlen nur in bezug auf Dritte, wie Banken Finanzierungsgesellschaften etc. zur Demonstration der Kreditwürdigkeit von Bedeutung. Zur Lösung der täglich an den Unternehmer herangetragenen finanzwirtschaftlichen Probleme können derartige Kennzahlen wenig beitragen. Der Wert von Kennzahlen liegt in ihrer Brauchbarkeit als Grundlage von Unternehmungsentscheidungen.

An dieser Stelle muß die Frage aufgeworfen werden, wie die Begriffe Statik und Dynamik definiert werden sollten, um zur Charakterisierung und Erfassung des Liquiditätsproblems entscheidend beizutragen. Um dieser Frage nachgehen zu können, sollen daher die Begriffe Statik und Dynamik in ihrer

ursprünglichen, von der Konvention weitergetragenen Bedeutung betrachtet werden. Die Erörterungen werden auf eine Analyse der Begriffe Statik und Dynamik von Linhardt¹⁾ gestützt.

Die Begriffe Statik und Dynamik entstammen dem Bereich der Physik. Die Statik umreißt einmal die Lehre von den ruhenden Körpern, zum anderen wird der Begriff zur Charakterisierung des Gleichgewichts zwischen beweglichen Körpern verwendet. Dynamik dagegen ist die Lehre von der Bewegungsenergie. Die beiden Begriffe wurden von August Comte auf Grund der naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise in den Bereich der Soziologie eingeführt und von Franz Oppenheimer im Anschluß an Giddings (USA) präzisiert und weiter ausgebaut. Während jedoch Comte die Statik als einen Zustand der Ruhe mit einer Theorie der sozialen Ordnung und Dynamik als einen Zustand der Bewegung mit einer Theorie des Fortschritts gleichsetzt, stellt für Oppenheimer der Begriff Dynamik den Gesamtprozeß dar, der erfaßt wird mit Hilfe der Statik und der Kinetik. Statisch ist für ihn jedes System, dessen Kräfte sich nicht ändern bzw. während der Dauer der Beobachtungszeit als unveränderlich angenommen werden. Der Begriff der Kinetik wird herangezogen einmal zur Untersuchung unveränderlicher Systeme, bei denen alle Datenänderungen als Störungen empfunden werden, zum anderen zur Untersuchung veränderlicher Systeme, die Datenänderungen im Sinne von Störungen oder im Sinne einer Entwicklung durchmachen können. Zur Charakterisierung des Tatbestandes eines sich "entwickelnden" Systems, das durch Vergleich zweier Zustände erkannt wird, führt er den Begriff der komparativen Statik ein.

Verschiedene Merkmale der beiden Begriffe Statik und Dynamik wurden bei der Einführung in die Betriebswirtschaftslehre übernommen, ohne die Begriffsabgrenzung zwischen Kinetik und komparativer Statik bei Franz Oppenheimer zu berücksichtigen. Es handelt sich hier insbesondere um den Gedanken,

den Begriff Dynamik zur Kennzeichnung des Gesamtprozesses zu gebrauchen und den Begriff der Statik zur Analyse des Gesamtprozesses heranzuziehen.

Linhardt geht über diese Gedankengänge hinaus und kommt zu Definitionen der Begriffe Statik und Dynamik, die vom rein institutionellen Bilanz- und Erfolgsrechnungsdenken der Betriebswirtschaftslehre gelöst sind.

Statik ist "nicht wie bei Oppenheimer real vorhandene oder nur angenommene Unveränderlichkeit der Daten (einschl. Bewegung), sondern der angenommene Zustand der Ruhe",

Dynamik dagegen ist "nicht wie bei Oppenheimer der Gesamtprozeß, sondern jede Art der Bewegung. Nach der Art der Bewegung sind die Unterarten der Dynamik zu scheiden. Als solche ergibt sich dann hauptsächlich

- a) eine Dynamik der gleichbleibenden Bewegungen,
- b) eine Dynamik der Störungen,
- c) eine Dynamik der Entwicklung".

Mit Hilfe dieser beiden Definitionen läßt sich die Wirtschaftswirklichkeit stufenweise erforschen. Der dynamische Wirtschaftsprozess in seiner wechselnden Vielgestaltigkeit kann nur durch eine Momentaufnahme in einem eingetretenen oder angenommenen Zustand der Ruhe erkannt werden. Dieser Zustand der Ruhe wird zur Erkenntnis eines Bewegungssystems durch die statische Betrachtung in einem Zeitpunkt angenommen. Die Dynamik ist jedoch durch den Zeitverlauf, den Zeitraum gekennzeichnet¹⁾. Da der Zeitraum durch eine unendliche Zahl von Zeitpunkten gebildet gesehen werden kann, ist die Erfassung der Dynamik durch eine Erfassung der innerhalb eines bestimmten Zeitraumes liegenden Zeitpunkte möglich. Alle

1) Frisch, R., Statikk og dynamikk i den økonomiske teori, Nationaløkonomisk Tidsskrift 1929,

ders. Propagation Problems and Impulse Problems in Dynamic Economics, Economic Essays in Honor of Gustav Cassel, London 1933, zitiert bei

Ott, A.E. Einführung in die dynamische Wirtschaftstheorie, Göttingen 1963, S. 9 ff.

einen Zeitraum bildenden Zeitpunkte sind zwar theoretisch denkbar, praktisch jedoch nicht erfaßbar. Daher kann die statische Betrachtung als eine Methode zu einer freilich nur näherungsweise Erkenntnis der Wirklichkeit verwendet werden. Die Genauigkeit der Ergebnisse wächst mit der Zahl der beobachteten Zeitpunkte.

Dieses Vorgehen eignet sich insbesondere zur Erfassung des Liquiditätsproblems, das der Dynamik des Wirtschaftslebens entspringt¹⁾.

Begriffsdefinitionen, die die Liquidität als statisches Problem kennzeichnen²⁾, bleiben in der Zeitpunktbetrachtung stehen und liefern daher nur einen Ausschnitt der Liquidität einer Unternehmung. Auch der Versuch das dynamische Liquiditätsproblem nur aus der Erfolgsrechnung zu ermitteln, muß scheitern, da am Ende einer Periode alle liquiditätswirksamen Bewegungen in einer saldierten Größe erscheinen. Das dynamische Liquiditätsproblem kann vielmehr durch eine Aneinanderreihung von statisch erarbeiteten Zeitpunktbetrachtungen innerhalb eines Betrachtungszeitraumes näherungsweise erfaßt werden.

Unter geeigneten Prämissen, die durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die eigene Unternehmungspotenz bestimmt werden, können durch diese Methoden auch Prognosen künftiger Liquiditätsentwicklungen gewonnen werden.

Ähnliche Betrachtungen sind auch in der neueren Literatur zu finden, die die Liquidität als Funktion der Zeit auffassen. Langen³⁾ spricht in diesem Sinne von einer Zeitraumliquidität, die die Liquidität aller Zeitpunkte eines begrenzten Zeitabschnittes beinhaltet. Welche Größen des Unternehmungsgeschehens aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung oder anderen Unterlagen zur Liquiditätserfassung

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 278

2) Bickel, G.E., Die Liquiditätspreisuntergrenze, Diss. Mannheim 1961, S. 37

Rink, E., a.a.O. S. 24

3) Langen, H., a.a.O. S. 92 und 95

durch die statische Methode am geeignetsten erscheinen, ist eine Frage, die an anderer Stelle geklärt werden wird. Diese Ausführungen bilden die Basis, das Liquiditätsproblem einer Unternehmung in seiner ganzen Tragweite zu erkennen und zu charakterisieren. Dadurch wird vermieden, das Problem mit den zu seiner Erfassung geeigneten Untersuchungsmethoden zu verwechseln.

4. Die Relation zwischen Vermögen und Kapital und die Erfolgsgrößen als Grundlage des Liquiditätsbegriffes

Die betriebswirtschaftliche Literatur zog größtenteils entweder die Bilanz oder die Erfolgsrechnung als Grundlage von Liquiditätsbegriffsdefinitionen heran. Dieses Basis-material soll im folgenden näher untersucht werden. Ausgangspunkt ist die Liquidität als dynamisches Problem, das sowohl von Markttendenzen als auch von der Unternehmensführung maßgebend beeinflusst wird. Liquiditätsmerkmale schlagen sich sowohl in der Bilanz als auch in der Erfolgsrechnung nieder. Es stellt sich nun die Frage, inwieweit diese Merkmale so eklatant sind, daß sie ausreichen, den Begriffsinhalt der Liquidität zu formen.

Die Bilanz erfaßt als Zeitpunktrechnung durch eine Momentaufnahme alle Bestandswerte der Unternehmung. Die aus der Bilanz errechneten Liquiditätskennzahlen stützen sich auf die Finanzbestandskonten. Zwar werden die Bestände dieser Konten von den der Unternehmensführung eigenen Finanzierungsgewohnheiten, dem vorhandenen Vermögen, der Art der Produktion und der damit verbundenen Lager- und Umsatzrhythmen laufend beeinflusst, so daß ein Teil des finanziellen Geschehens der Unternehmung sich in der Zusammensetzung der Finanzbestandskonten spiegelt. Durch Vergleiche mit Unternehmen derselben Branche wird der geübte Bilanzkritiker daraus zuverlässige Anhaltspunkte zur Liquiditätsbeurteilung ableiten können. Kennzahlen der Vermögensstruktur wie

Anlagevermögen

oder

Bargeld + kurzfristige Forderungen

Eigenkapital

kurzfristige Verbindlichkeiten

lassen jedoch selbst innerhalb einer Branche keine Gesetzmäßigkeiten des mit dem Güterumlauf verbundenen Finanzgeschehens der Unternehmung erkennen. Man findet in derselben Branche und bei gleicher Unternehmensgröße oft erhebliche Unterschiede in der Finanzstruktur. Unterschiede treten noch stärker hervor bei Unternehmungen, die verschiedenen Branchen angehören. Den Begriffsinhalt der Liquidität allein auf Kennzahlen aus der Bilanz zu stützen, ist daher äußerst problematisch. Schmaltz¹⁾ zeigte an einem einleuchtenden Beispiel die Unzulänglichkeit dieser Kennzahlen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung demonstrieren, daß Unternehmen anlageintensiver und durch eine lange Umschlagsdauer gekennzeichnete Wirtschaftszweige, die im allgemeinen hinsichtlich ihrer Anpassung an veränderte Marktverhältnisse relativ unelastisch reagieren, nach diesen Berechnungen am liquidesten erscheinen, während die elastischen Branchen eine relativ niedrige Liquidität aufweisen:

Liquidität =
Umlaufvermögen in % der
kurzfristigen Schulden

I.	<u>Betriebe mit hoher Liquidität:</u>	
	Lederindustrie	794
	Tabakindustrie	483
	Maschinenindustrie	425
II.	<u>Betriebe mit mittlerer Liquidität:</u>	
	Holzindustrie	381
	Eisen- und Stahlindustrie	322
	Papierindustrie	308
III.	<u>Betriebe mit niedriger Liquidität:</u>	
	Großhandel	267
	Autobedarfsartikel	262
	Schlacht- und Fleischindustrie	200
	Konservenindustrie	127

1) Schmaltz, K., a.a.O. S. 226,
zitiert bei:

Schäfer, E, a.a.O. S. 161

Wie dieses Beispiel zeigt, lassen sich mit Hilfe der Kennzahlen, die auf Grund derartiger Bilanzrelationen zustandekommen, keine allgemeingültigen Regeln für die Beurteilung der Liquidität einer Unternehmung aufstellen. Sie können sogar vielmehr, wie Zoll¹⁾ nachwies, zu Irrtümern über die Liquiditätslage führen. Wächst beispielsweise infolge schlechten Mahnwesens einer Unternehmung der Forderungsbestand an, dann kann sich ein günstiges Bild ergeben. Umgekehrt würde bei einer Finanzpolitik, die darauf gerichtet ist, alle Zahlungsmittel, die über das notwendige Maß hinausgehen, zu investieren, die Liquidität an Hand derartiger Kennzahlen ungünstig beurteilt werden müssen. Die tatsächlichen Liquiditätsverhältnisse dürften jedoch im ersten Fall ungünstiger liegen als im zweiten.

Da ferner eine Reihe liquiditätswirksamer Aufwendungen und Erträge, wie Löhne, Gehälter, etc. nur in der verarbeiteten Form des Gewinns erscheinen, die keinen Schluß auf die Höhe der einzelnen Aufwendungen und Ertragsposten in der Beobachtungsperiode ermöglicht, sind diese Kennzahlen aus der Bilanz nicht geeignet, den Inhalt des Liquiditätsbegriffes zu definieren. Eine Erfassung des dynamischen Liquiditätsproblems mit Hilfe der statischen Methode auf der Basis der Bilanz muß daher auf Grund der Unzulänglichkeit des Zahlenmaterials unvollständig bleiben.

Inwieweit ist die Erfolgsrechnung geeignet, als Anhalt einer Definition des Liquiditätsbegriffes zu dienen?

Die Erfolgsrechnung erfaßt alle Aufwendungen und Erträge in kumulierter Form für einen Erhebungszeitraum. Da diese Rechnung auch Abschreibungswerte aufnimmt, ist insofern eine Vermögensänderung rechnerisch einbezogen. Gleiches gilt für die Bildung und Auflösung von Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen und Posten der Rechnungsabgrenzung.

1) Zoll, W., Liquidität im Lichte von Wissenschaft und Praxis, in: ZfB, Jg. 28, 1958, S. 475 ff.

Da jedoch die Erfolgsrechnung nur die Bewegungen auf den Konten festhält, die für einen Zeitraum saldiert werden, repräsentiert sie nur Restgrößen. Zeitpunktueller Liquiditätsüber- und -unterdeckungen gleichen sich in dieser Periodenrechnung aus.

Die aus der Erfolgsrechnung gewonnenen Liquiditätskennziffern sind zwar zur Beurteilung der Liquiditätsentwicklung für eine bestimmte Periode durchaus wertvoll; sie geben jedoch wenig Hinweise für die täglichen Finanzdispositionen. Mit Hilfe der statischen Methode könnten diese Perioden in entsprechende Zeitpunkte zerlegt werden, um Analysen als Grundlage der Finanzdispositionen zu erarbeiten. In der Erfolgsrechnung werden jedoch nicht alle liquiditätswirksamen Bestandsveränderungen sichtbar, ferner ergeben sich Verschiebungen durch Posten der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzung, Bildung und Auflösung von Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen. Definitionen des Liquiditätsbegriffes, die allein auf die Erfolgsrechnung gestützt werden, bleiben daher ebenfalls unzureichend.

Zu überlegen wäre, inwieweit die Bestandszahlen der Bilanz mit den Zahlen der Erfolgsrechnung kombiniert werden können, um den Begriffsinhalt der Liquidität zu definieren. Zur Lösung dieses Problems ist es notwendig, die Zeitpunktrechnung der Bilanz mit der Zeitraumbetrachtung der Erfolgsrechnung in Einklang zu bringen.

Dies ist nur möglich, wenn Größen gefunden werden, die sich sowohl in der Bilanz als auch der Erfolgsrechnung niederschlagen. Ein Mangel haftet jedoch auch dieser Berechnungsmethode an; die Zahlen sowohl der Bilanz als auch der Erfolgsrechnung sind vergangenheitsorientiert und enthalten durch ihre Zweckbestimmung, Darstellung der Vermögens- und Kapitalverhältnisse, bzw. des Unternehmungserfolges, Abgrenzungen, die Verschiebungen im Liquiditätsbild der Unternehmung hervorrufen können.

Ob die Einnahmen und Ausgaben einer Unternehmung die geeigneten Größen sind, durch die das dynamische Liquiditätsproblem, das Schäfer¹⁾ als das Verhältnis der voraussichtlichen Zahlungseingänge einschl. vorhandener Barbestände zu den voraussichtlichen Zahlungsverpflichtungen sieht, mit Hilfe der Zeitpunktanalyse erfaßt werden kann, soll an anderer Stelle eingehend erörtert werden.

5. Zur Problematik der rentabilitätsorientierten Liquiditätsunterbegriffe

Aus der Vielzahl der Liquiditätsunterbegriffe in der betriebswirtschaftlichen Literatur, die teilweise nach Fristigkeiten, nach Wirtschaftsbereichen oder Finanzierungsgesichtspunkten abgegrenzt wurden, bedarf die Gruppe der rentabilitätsorientierten Liquiditätsunterbegriffe, wie sie insbesondere Strobel, Rink, Zentner und Keller gebrauchen, einer näheren Betrachtung, da sie einen Hinweis auf die Verknüpfung des Liquiditätsbegriffes im Begriffssystem der Betriebswirtschaftslehre liefern.

Die in Wirtschaftsforschung und -praxis bekannte Tatsache, daß zu hoher Zahlungsmittelbestand, der aus Gründen der Sicherheit gehalten wird und damit dem Unternehmungsgeschehen bzw. anderen Ertragsquellen entzogen bleibt, den Gewinn schmälert, war vielfach der Ausgangspunkt differenzierter, wirtschaftswissenschaftlicher Liquiditätsanalysen. Die Rentabilität einer Unternehmung wurde hierbei zum Angelpunkt der Liquiditätsbemessung. Wie bereits in Kapitel II 2c dargestellt, prägte man die Begriffe Überliquidität, Mindestliquidität, Unterliquidität, Grenzliquidität (was etwa das Gleiche bedeuten dürfte wie Mindestliquidität) und kam zu dem Ergebnis, daß in dieser Skala der quantitativen Bestimmung der Liquidität die Unternehmung stets die Optimalliquidität als das Bestverhältnis zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Unternehmung und dem Ziel der Rentabilität anzustreben habe.

1) Schäfer, E., a.a.O. S. 161

Den Begriffsdefinitionen liegt der Gedanke zugrunde, daß steigende Verfügbarkeit über Zahlungsmittel im Interesse eines übersteigerten Sicherheitsdenkens dem Unternehmer Mittel vorenthält, deren Einsatz seinem Rentabilitätsstreben Rechnung tragen würde und damit den Gewinn erhöhen könne. Andererseits steigt bei entsprechenden Marktvoraussetzungen in gleichem Maße mit sinkender Liquidität die Rentabilität.

Man sieht das Verhältnis als eine mathematisch formulierbare Spannungsreihe zweier voneinander abhängiger Größen. Die obengenannten Liquiditätsunterbegriffe kennzeichnen die einzelnen Phasen dieses Abhängigkeitsverhältnisses. Die Liquidität erscheint in dieser Sicht als ein dem Rentabilitätsziel der Unternehmung entgegengesetztes Streben der Unternehmensführung. Daraus ergibt sich einerseits eine Ausrichtung des Liquiditätsverhältnisses nach der Rentabilität, andererseits eine Orientierung des Rentabilitätsstrebens an dem Streben nach Liquidität. Insofern werden die Liquidität wie die Rentabilität als Ziele der Unternehmensführung angesehen.

Dieser Auffassung kann nicht zugestimmt werden. Liquidität und Rentabilität sind nicht zwei konkurrierende Führungsmaximen einer Wirtschaftseinheit. Im Bereich der rein bedarfsdeckenden Betriebe, der daseinsvorsorgenden Betriebe im Sinne Forsthoffs¹⁾, die sich meist in öffentlicher Hand befinden, mag die Aufrechterhaltung der Liquidität die oberste Führungsmaxime im finanziellen Bereich darstellen. Sie ist dort anders gegeben, nämlich durch Hoheitsakte, Haushaltsbeschlüsse, Dienstanweisungen und Dienstvorschriften, politische Entscheidungen. Diese Betriebe streben nicht nach Rentabilität. Der private Unternehmer jedoch gründet eine Unternehmung nicht, um die Liquidität zu sichern, sondern um Gewinn zu erzielen.

1) Forsthoff, E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Bd., München und Berlin 1958, S. 14

Das oberste Leitmotiv der Unternehmensführung ist daher, den Gewinn im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital zu steigern, d.h. die Rentabilität einer Unternehmung zu erhöhen. Im Bereich der privaten Unternehmung scheidet die Liquidität als konkurrierendes Führungsprinzip aus; denn "der Ehrgeiz einer Unternehmung hat sich nicht darauf zu erstrecken, liquide zu sein um jeden Preis, sondern sie hat das Ziel rentabel zu sein und diesem letzten und obersten Ziel hat sich auch die Liquidität unterzuordnen¹⁾". Diese Darstellung Riegers darf jedoch nicht so aufgefaßt werden, als ob das Rentabilitätsstreben auch dann noch ausschlaggebend sei, wenn die Liquidität gefährdet erscheint. Die Unternehmung ist nur lebensfähig, wenn die Liquidität gewahrt ist, und zwar muß sie zu jeder Zeit gewahrt sein. Langen²⁾ erkennt daher das Streben nach Gewinnmaximierung nur unter der strengen Nebenbedingung der Aufrechterhaltung der Liquidität an. Diese Bedingung gilt für Unternehmungen aller Wirtschaftszweige, die sich nicht in der Art der ihnen zugrundeliegenden Faktoren, sondern durch die Art der Verknüpfung dieser Faktoren unterscheiden³⁾.

Diese Darstellung entspricht den Verhältnissen in der Wirtschaftspraxis. Der Unternehmer wird solange nach höchster Rentabilität streben, solange die Liquidität nicht gefährdet wird. Ist jedoch zu erwarten, daß durch das Rentabilitätsstreben die Liquidität nicht mehr aufrechterhalten werden kann, dann wird er die Gewinnmaximierung so einschränken, daß die Liquidität unangetastet bleibt. Die Aufrechterhaltung der Liquidität wirkt daher vielfach als Bremse für allzu gewagte rentabilitätsorientierte Expansionsbestrebungen, insbesondere auf dem Sektor der Investitionen zur Kapazitätserweiterung.

1) Rieger, W., Einführung, a.a.O. S. 264

2) Langen, H., a.a.O. S. 95

3) Linhardt, H., Historische Komponente a.a.O. S. 98

Die Liquidität einer Unternehmung unterliegt anderen Voraussetzungen als die Rentabilität. Während es vom Willen des Unternehmers abhängt, höhere oder niedrigere Rentabilitätsquoten anzustreben, steht der gleiche Unternehmer bei Liquiditätserwägungen vor der Frage, ob die Liquidität gegeben ist oder nicht. Der Unternehmer kann zu Gunsten der Ausschöpfung von Rentabilitätsmöglichkeiten nicht auf Liquidität verzichten. Die Liquidität kann nicht nach Bedarf höher oder niedriger gesteckt werden. Sie ist die Grenze der Selbsterhaltungsfähigkeit der Unternehmung. Daher kann eine Unternehmung auch nicht mehr und nicht weniger als liquid sein¹⁾. Dagegen kann die auf Grund der Dynamik des Wirtschaftslebens notwendige Liquiditätsreserve, wie unter V/2 ausgeführt, Schwankungen unterliegen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß eine Beziehung zwischen Rentabilität und Liquidität, nach der steigende Rentabilität sich negativ auf die Liquidität auswirkt, während steigende Liquidität die Rentabilität vermindert, nicht besteht. Ein Zusammenhang ergibt sich wohl insofern als bei gefährdeter Liquiditätssituation das Rentabilitätsstreben zu Gunsten der Liquidität eingeschränkt wird. Da die Liquidität eine Bedingung, kein Führungsziel der Unternehmung ist, die zu jedem Zeitpunkt erfüllt sein muß, kommt eine Ausrichtung der Liquidität nach Rentabilitätsgesichtspunkten umgekehrt nicht in Frage. Die Liquidität kann daher am Rentabilitätsstreben einer Unternehmung nicht gemessen werden.

Eine Bildung von quantitativ bestimmten Unterbegriffen der Liquidität kann aus dem Rentabilitätsprinzip nicht abgeleitet werden. Zur Kennzeichnung der Liquiditätssituation einer Unternehmung können nur zwei Begriffe dieser Reihe sinnvoll sein, der Begriff Liquidität als Ausdruck einer gesunden Finanzlage und der Begriff Illiquidität als Ausdruck

1) Witte, E., Liquiditätspolitik a.a.O. S. 15

ders. Zur Bestimmung der Liquiditätsreserve, in: ZfB, Wiesbaden 34. Jg. 1964, Nr. 12 S. 765 vergl. auch

Lücke, W., Die Liquidität im Entscheidungsmodell, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilh. Hasenack, Herne, Berlin 1966, S. 323

dafür, daß der Tatbestand der Liquidität nicht gegeben ist. Das trifft auch für eine Finanzsituation zu, die durch den Begriff Unterliquidität charakterisiert werden soll. Der Begriff Unterliquidität ist sinnlos, ebenso wie die Begriffe Mindestliquidität und Grenzliquidität. Die Liquidität einer Unternehmung ist entweder gegeben oder nicht. Auch der Begriff Überliquidität entbehrt jeder sinnvollen Grundlage wie der Begriff Optimalliquidität. Beide Begriffe vermögen nicht mehr auszusagen, als daß eine Unternehmung liquid ist.

Aus der Bildung dieser rentabilitätsorientierten Liquiditätsunterbegriffe ist die in der betriebswirtschaftlichen Literatur stark verbreitete Überschneidung von Begriffsmerkmalen der Liquidität mit Finanzierungsgesichtspunkten weitgehend zu verstehen. Der durch den Begriff Überliquidität gekennzeichnete Tatbestand beispielsweise soll charakterisieren, daß über das für die Aufrechterhaltung der Liquidität notwendige Maß hinaus Zahlungsmittel gehalten werden. Da es Aufgabe der Finanzabteilung ist, überschüssige Mittel ertragbringend anzulegen, wird durch den Begriff Überliquidität nicht der Begriffsinhalt der Liquidität differenziert, sondern der des Finanzierungsbegriffes.

Auch die übrigen rentabilitätsorientierten Unterbegriffe der Liquidität in der betriebswirtschaftlichen Literatur beinhalten eine Mittelverwendungs- oder Mittelerwerbungsnotwendigkeit und fallen daher in den Bereich der Finanzierung. Es wird vorgeschlagen, für diese vorgenannten Begriffe die Ausdrücke Über- Unter- Mindest- Grenz- bzw. Optimalfinanzierung zu gebrauchen, um die sachliche Zugehörigkeit dieser Begriffe zum Geltungsbereich des Finanzierungsbegriffes zu demonstrieren und vom Liquiditätsbegriff im Sinne der Ausführungen des Kapitels II/2 abzugrenzen.

IV. Versuch einer Begriffsbestimmung

Die bisherigen Ausführungen über die betriebswirtschaftliche Liquidität zeigen, daß dieser Begriff in der Literatur überwiegend sehr weit gefaßt wurde. Sein Geltungsbereich reicht von Problemen der Finanzierung bis zur Charakterisierung des Vermögensaufbaus einer Unternehmung. Ein Grund dafür kann in der Tatsache erblickt werden, daß zur Kennzeichnung der Liquidität vielfach Größen herangezogen wurden, die die Liquidität zwar beeinflussen, jedoch das Liquiditätsproblem nicht hinreichend genau fixieren.

Durch die Ausdehnung des Geltungsbereichs des Begriffes wurde der Begriffsumfang erheblich vergrößert; die Aussagefähigkeit des Begriffes für den Unternehmer, der nur auf Grund präzise gefaßter Begriffe gezielte Untersuchungen zur Erarbeitung von Entscheidungsunterlagen ansetzen kann, nahm jedoch gleichzeitig ab.

Zudem wird die Kennzeichnung des Liquiditätsproblems durch die Vielzahl existierender, voneinander abweichender Begriffe erschwert und damit die Möglichkeit unterbunden, den Liquiditätsbegriff in Unternehmungen aller Wirtschaftszweige allgemein anzuwenden.

In den folgenden Kapiteln soll der Versuch unternommen werden, Einflußgrößen und Geltungsbereich der Liquidität als Begriffsmerkmale herauszuarbeiten, die eine möglichst enge Begriffsfassung zulassen. Die Aussagefähigkeit und damit die Brauchbarkeit des Begriffes zur Erkennung des Liquiditätsproblems soll durch diese Begriffsdefinition erhöht werden.

1. Begriffskomponenten

a) Beschränkung des Begriffes auf den Bereich der Unternehmung

Der Charakter des Begriffes, als Instrument im Erkenntnisprozeß zu dienen, bringt ihn in engen Zusammenhang mit dem Erkenntnisobjekt einer wissenschaftlichen Disziplin.

Das Erkenntnisobjekt bestimmt den Geltungsbereich der zu seiner Erforschung dienenden Begriffe.

Ein betriebswirtschaftlicher Liquiditätsbegriff kann daher nur dann in der betriebswirtschaftlichen Forschung Anwendung finden, wenn sein Geltungsbereich im Hinblick auf das Erkenntnisobjekt dieser Disziplin festgelegt wird. Die Kennzeichnung des Erkenntnisobjektes der Betriebswirtschaftslehre muß daher der Bestimmung des Geltungsbereiches des Liquiditätsbegriffes vorangestellt werden.

Das Wirtschaftsleben der menschlichen Gesellschaft dient der Gewinnung, Erzeugung und Verwendung von Gütern und Diensten. Es ist organisiert in Wirtschaftseinheiten, deren Verknüpfung im Staat und in der menschlichen Gesellschaft nicht nur wirtschaftliche, sondern auch rechtliche, soziologische, technische Probleme etc. aufwirft, die jeweils Gegenstand einer wissenschaftlichen Disziplin sind. Die rechtlichen Probleme sind Gegenstand der Rechtswissenschaft, die soziologische Seite der Wirtschaftseinheiten untersucht die Soziologie, psychologische Tatbestände sucht die Psychologie zu erkennen, während die Technik ihr Augenmerk einzig und allein auf den sachgerechten Ablauf der Produktions- und Dienstleistungsvorgänge richtet. Untersuchungsgegenstand der Wirtschaftswissenschaft sind die Wirtschaftszusammenhänge. Die Untersuchung dieser Probleme gliedert sich in zwei Richtungen: die Erfassung der Gesamtzusammenhänge durch die Volkswirtschaftslehre und die Analyse jeder einzelnen Wirtschaftseinheit durch die Betriebswirtschaftslehre. Untersuchungsgegenstand der Betriebswirtschaftslehre ist nach allgemeiner Auffassung die Einzelwirtschaft der Produktion und Leistungs-

erstellungsferner die Verteilung der Güter. Die Haushalte als die Stätten der Verwendung von Produkten und Leistungen bleiben außer Betracht, da bei ihnen Kapitaleinsatz, Marktrisiko, Gewinnerzielung, Rechenhaftigkeit fehlen.

Die wissenschaftliche Fragestellung der Betriebswirtschaftslehre zur Erforschung der produzierenden und leistungserstellenden Einzelwirtschaft stand jahrzehntelang im Mittelpunkt reger wissenschaftlicher Diskussionen.

Nicklisch¹⁾ sieht den Betrieb als letzte Organisationseinheit der Wirtschaft an, die dadurch gekennzeichnet ist, daß sie "die Elemente der Wirtschaft in sich vereinigt, und zwar zu einem gesetzten Zweck". Er versteht darunter auch die Büros, Werkstätten und Abteilungen innerhalb dieser Einheit. Da diesen jedoch im Gegensatz zu den Betrieben die Selbständigkeit fehlt, bezeichnet er sie als Gliedbetriebe. Die Unternehmung ist für ihn ein selbständiger Betrieb. Auch Schmalenbach²⁾ und Gutenberg³⁾ verwenden die Begriffe Unternehmung und Betrieb alternativ.

In dieser Betrachtungsweise Nicklischs ist völlig außer acht gelassen, welchem Wirtschaftssystem das Erkenntnisobjekt Betrieb eingegliedert ist. Sowohl in der Planwirtschaft als auch in der Marktwirtschaft gibt es nach dieser Auffassung Betriebe, die alle mehr oder weniger nach gleichen Prinzipien, insbesondere dem der Wirtschaftlichkeit arbeiten, wobei der Betrieb in der Marktwirtschaft die Daten, an denen er sich orientiert, vom Markt empfängt, während der Betrieb in der Planwirtschaft das vorgeschriebene Produktions- bzw. Leistungssoll erfüllen muß. Gutenberg⁴⁾ sucht die für das Gebaren der Betriebsführung entscheidenden Faktoren, die

1) Nicklisch H., a.a.O. S. 167

2) Schmalenbach E., Kostenrechnung und Preispolitik, 8. Aufl. Köln und Opladen 1963, S. 146/147

3) Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 12. Aufl. 1. Bd. Berlin, Heidelberg, New York, 1966, S. 493

4) ders. a.a.O. S. 445 ff.

sich aus dem Wirtschaftssystem, dem der Betrieb angehört, herleiten, als systembezogene und die Daten, die unabhängig vom herrschenden Wirtschaftssystem gültig sind, als system-indifferente Faktoren begrifflich zu trennen, ohne zu erklären, wie sich beide Arten von Faktoren vertragen und verbinden.

Diese Abgrenzung leitet sich ab aus der Auffassung, daß die Betriebswirtschaftslehre eine Wirtschaftslehre sowohl der Planwirtschaft als auch der Marktwirtschaft ist, die je nach den Erfordernissen planwirtschaftliche oder marktwirtschaftliche Daten in ihre Untersuchungen einbezieht. Die Unternehmung ist danach nur eine Erscheinungsform des Betriebes in der Marktwirtschaft; sie selbst eine historische Kategorie, die Wirtschaft hingegen gab es zu allen Zeiten und an allen Orten¹⁾.

Dieser wissenschaftliche Ansatzpunkt ist zwar geeignet, Technologien der Betriebswirtschaftslehre zu erarbeiten; er erschwert jedoch die Untersuchung der in einer Marktwirtschaft notwendigen und typischen Verhaltensweisen des selbständigen "Betriebsleiters", des Unternehmers und damit zugleich die Untersuchung der Anpassungsfähigkeit einer Wirtschaftseinheit an wechselnde Markterfordernisse, wenn er nicht die Objektivierung der Unternehmung ausschließt und eine wissenschaftlich haltbare Betriebswirtschaftslehre überhaupt in Frage stellt. Diese Anpassungsfähigkeit des Unternehmers, die über den Erfolg seiner Tätigkeit letzten Endes entscheidet, wird in produktionswirtschaftlich ausgerichteten Analysen teilweise vernachlässigt. Sie kann in ein System mathematisch formulierter Prämissen und Schlußfolgerungen, beispielsweise der Analyse des Kostenverlaufs von Gutenberg²⁾ nicht gut eingepaßt werden. Eine derartige Theorie entbehrt nach Mellerowicz der Wirklichkeitsnähe³⁾.

-
- 1) Linhardt, H., Historische Komponente, a.a.O. S. 26
 - 2) Gutenberg, E., Über den Verlauf von Kostenkurven und seine Begründung, in: ZfhF 1953, S. 1 ff.
 - 3) Mellerowicz, K., Kostenkurven und Ertragsgesetz, zu Gutenbergs These über den Verlauf von Kostenkurven, in: ZfB, Wiesbaden, 23. Jg. 1953, S. 329 ff.

In der heutigen Wirtschaft, deren Leistungserstellung in wachsendem Maße weniger von produktions- als von absatzpolitischen und damit Marktgesichtspunkten beherrscht wird, kann eine Wirtschaftslehre nicht darauf verzichten, ihren Erkenntnisgegenstand gerade im Hinblick auf diese Tatbestände zu definieren. Rieger vertrat diese Auffassung bereits frühzeitig und formulierte als das Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre ausschließlich die Unternehmung. Diese ist ein Geschöpf der Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit, gegründet auf die Freiheit der Unternehmerentscheidung und belastet mit allen marktwirtschaftlichen Risiken. Ihr Ziel ist der Erwerb von Einkommen, das im Gewinn als der Rentabilität des eingesetzten Eigenkapitals zum Ausdruck kommt.

Der Betrieb ist nur die "technische Grundlage, das Substrat, das Vehikel der Unternehmung"¹⁾. Eine Unternehmung kann über beliebig viele Betriebe verfügen, deren Leistungsprogramm sich jederzeit nach den Vorstellungen der Unternehmungsidee richten muß. "Der Unternehmungsgedanke bildet das einigende Band, das alle diese Betriebe zusammenhält"²⁾. Die Erforschung des Betriebes ist daher nur ein Teilbereich der wissenschaftlichen Unternehmensforschung.

Riegers enge Begriffsfassung und Formulierung des Erkenntnisobjektes der Betriebswirtschaftslehre fördert in besonderem Maße die Untersuchung der Einzelwirtschaft im Hinblick auf ihre Marktverknüpfung. Durch die Ausklammerung aller nicht dem Erwerbsprinzip folgenden Einzelwirtschaften werden alle Faktoren, die durch marktwirtschaftliche Prinzipien nicht erklärbar sind, von vornherein aus der wissenschaftlichen Betrachtung ausgeschlossen.

Die Riegersche Definition des Erkenntnisobjektes der Betriebswirtschaftslehre entspricht im Prinzip der Form und Idee

1) Rieger, W., Einführung, a.a.O. S. 40

2) ders. a.a.O. S. 41

der Einzelwirtschaft, wie sie sich in der Praxis des Wirtschaftslebens herausgebildet hat. Die Konzentrationsbewegungen der modernen, kapitalistischen Wirtschaftseinheiten stellen sich dar, daß eine als Holdinggesellschaft bezeichnete Unternehmung in wachsendem Maße Betriebe in Form von Tochtergesellschaften unter ihre Führung zu bringen sucht. Diese Beherrschung erstreckt sich im wesentlichen auf finanzielle Tatbestände. Auch diese Tatsache ist entscheidend für die Riegersche Definition der Unternehmung. Er bezeichnet sie als den "geldlichen Mantel"¹⁾ des Betriebes.

Die Begriffsabgrenzung zwischen der Unternehmung als der rechtlichen und finanziellen Einheit und dem Betrieb als der Produktivseinheit kennzeichnet zwei verschiedene Merkmale eines Erfahrungsgegenstandes. Sie erwies sich als das geeignete Instrument zur Erforschung der erwerbsorientierten Einzelwirtschaft und setzte sich daher, vertreten von namhaften Forschern²⁾ in der neueren Betriebswirtschaftslehre durch, ohne den Begriff der Privatwirtschaftslehre Riegers zur Kennzeichnung der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin zu übernehmen.

Die Riegersche Begriffsdefinition der Unternehmung ist auch geeignet, den Geltungsbereich des Liquiditätsbegriffes eindeutig festzulegen. Die Unternehmung ist in den volkswirtschaftlichen Wirtschaftsablauf so eingegliedert, daß sie Leistungen vom Markt benötigt, um selbst Leistungen an den Markt abgeben zu können. Die Unternehmensführung bestimmt daher den Kapitaleinsatz und errechnet am Ende einer bestimmten Periode, ob sich dieser gelohnt hat. Diese Rentabilitätsrechnung wird in Geld ausgedrückt, das in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft die Funktion eines allgemeinen Tauschmittels hat, auf das die Unternehmung nicht verzichten kann. Außerdem ist das Geld für die Unternehmung primär

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 42

2) Linhardt, H., Weder Begriffsrigorismus noch Begriffsanarchismus in der Objektbestimmung in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart 1963, S. 27 ff.

Organisationsmittel¹⁾. Die Zeitspanne, die im Rahmen des volkswirtschaftlichen Leistungsprozesses zwischen dem Einsatz von Kapital und seinem Rückfluß in Form von Geldeinkommen überbrückt werden muß, stellt die Unternehmung vor das Problem, alle vom Markt zu entnehmenden und in den Betrieben der Unternehmung einzusetzenden Leistungen zu bezahlen. Den Betrieb berührt diese Außenbeziehung zum Markt nur mittelbar. Für ihn ist die Frage entscheidend, wie eine bestimmte Leistung erstellt wird. Was mit welchen finanziellen Mitteln hergestellt wird, entscheidet sich im Bereich der Unternehmung. Der Betrieb empfängt die Befehle zur Produktion eines bestimmten Gutes oder zur Erstellung einer Leistung von der Unternehmung. Da die Unternehmung das Risiko des Kapitaleinsatzes trägt, liegt es auch in ihrer Hand, die finanziellen Probleme unter Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit zu lösen. Die Unternehmensführung ist daher verantwortlich für die Liquidität.

Der Geltungsbereich des Liquiditätsbegriffes wird daher auf den Bereich der Unternehmung als dem Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre begrenzt. Es ist charakterisiert durch das Rentabilitätsstreben und das Unternehmerrisiko, das aus der rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit dieser Wirtschaftseinheit innerhalb einer freiheitlich organisierten Wirtschaft erwächst.

b) Liquidität als Geldmengenproblem

Ein Begriffsmerkmal der Unternehmung ist neben der rechtlichen die finanzielle Unabhängigkeit, bzw. die Selbstverantwortung für die eingegangenen Abhängigkeiten. Sie bilden die Grundlage des Anspruchs und der Eignung der Unternehmung zur Führung von Betrieben.

1) Linhardt, H., Grundlagen der Betriebsorganisation, Essen 1954, S. 19 ff.

Da die Geltung des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes auf den Bereich der Unternehmung beschränkt wurde, leitet sich aus dieser Begriffskomponente der Unternehmung als Merkmal des Liquiditätsbegriffes die Kennzeichnung finanzieller Probleme ab. Diese sind in einer Marktwirtschaft mit dem Phänomen Geld verknüpft. Zur näheren Determinierung des Liquiditätsbegriffes ist aus diesen Gründen seine Beziehung zum Begriff Geld zu klären.

Der Begriff Geld deckt im Sprachgebrauch zwei unterschiedliche Bedeutungen. Einmal charakterisiert er eine Menge von Zahlungsmitteln, zum anderen wird Geld als Recheneinheit benutzt. Es wird daher vielfach die Auffassung vertreten, daß bei Betrachtung des Geldes zwei unterschiedliche Erkenntnisobjekte zu beachten sind¹⁾.

Diese Auffassung erschwert die Untersuchung der Relationen zwischen dem Begriff Geld als Zahlungsmittel und dem Begriff Geld als Recheneinheit. Zudem kann der Begriff Geld weder durch das eine noch durch das andere Begriffsmerkmal allein hinreichend genau festgelegt werden. In diesem Zusammenhang ist die Auffassung Szyperskis²⁾ vorzuziehen. Danach kennzeichnet der Ausdruck Geld mengenmäßig einmal reale Objekte wie Münzen, Noten und Bank- oder Postscheckguthaben, die entgegen einer älteren Auffassung³⁾ als Geld im Sinne von Zahlungsmittel anzusehen sind⁴⁾, zum anderen den Maßausdruck für diese Realobjekte. Die Zahlungsmittelmengen werden mit G , der entsprechende Maßausdruck mit G^+ gekennzeichnet. Durch diese Begriffsdifferenzierung ist es möglich, zwischen dem Sachverhalt Geldzahlungen, die jemand leisten muß, einerseits und der Geldrechnung, die jemand durchzuführen gedenkt, andererseits semantisch klar zu unterscheiden. Diese Begriffsabgrenzung genügt jedoch nicht, alle Abrechnungsvorgänge der Unternehmung gedanklich zu durchdringen.

1) Schilcher, R., Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung, Berlin 1958, S. 91

2) Szyperski, N., a.a.O. S. 85/86

3) Liefmann, R., Geld und Gold, ökonomische Theorie des Geldes, Stuttgart und Berlin 1916, S. 90

4) Schilcher, R., a.a.O. S. 47

Szyperski¹⁾ nimmt daher eine weitere Differenzierung des Geldbegriffes vor. Der Maßausdruck G^+ wird von ihm nicht nur zur Kennzeichnung von Zahlungsmittelmengen (Extensität einer Klasse von Zahlungsmittelseinheiten), sondern auch zur Demonstrierung der ökonomischen Bedeutung eines Tatbestandes oder eines Realobjektes (intensionale Betrachtung) herangezogen. Diese beiden Designate des Maßausdrucks G^+ können weiter unabhängig voneinander extensional oder intensional interpretiert werden.

Die extensionale Betrachtung ist bei der Verwendung des Maßausdrucks G^+ zur Kennzeichnung einer Zahlungsmittelmenge G nach dem Vorschlag Szyperskis²⁾ dem intensitätsmäßigen Ansatz vorzuziehen, da die Zahlungsmittelseinheiten in Klassen (Einnahmen, Ausgaben, Aufwand) zusammengefaßt werden können. Wird der Maßausdruck G^+ zur Charakterisierung der ökonomischen Bedeutung eines Realobjektes herangezogen, soll der intensitätsmäßige Ansatz zugrundegelegt werden.

Der Begriffsumfang der Liquidität kann durch diese beiden Designate des Maßausdrucks G^+ zur Bezeichnung von Geld als dem Mittelpunkt aller Finanzprobleme der Unternehmung weiter eingengt werden. Zur Diskussion steht die Frage, ob für die das Liquiditätsproblem bildenden, in Beziehung zum Geld stehenden, Unternehmensvorgänge der Maßausdruck G^+ in bezug auf Zahlungsmittelmengen extensional oder im Hinblick auf die ökonomische Bedeutung dieser Tatbestände intensional interpretiert werden soll.

Die Verflechtung der Unternehmung im Markt zwingt diese, alle einzusetzenden und alle abzusetzenden Güter und Leistungen in Form von Geldwerten G^+ darzustellen³⁾, um auf dieser Basis Güter und Leistungen vergleichbar und damit für den Umsatz-

1) Szyperski, N., a.a.O. S. 83

2) ders. a.a.O. S. 91

3) Dabei handelt es sich um Geld als Organisationsmittel für Disposition, Finanzierung, Rentabilitätsermittlung in der Bilanz, Rentabilitätsabwägungen in der Kalkulation etc. Linhardt, H., Betriebsorganisation, a.a.O. S. 19 ff.

prozeß berechenbar zu machen. Diese auf der Grundlage der Marktpreise durchzuführende Geldrechnung repräsentiert teils konkrete Zahlungsmittelmengen, teils findet die ökonomische Bedeutung von Tatbeständen oder Realobjekten darin ihren Niederschlag. Rieger¹⁾ weist auf diese Mehrdeutigkeit des Geldausdrucks hin, wenn er sagt: "Das ist das Charakteristische bei der Geldrechnung, daß hinter ihr alles verschwindet an subjektiven Maßstäben und konkreten Gütern". Nur durch die intensionale Betrachtung der in der Geldrechnung erscheinenden Maßausdrücke G^+ läßt sich erkennen, daß diese keineswegs immer konkrete Zahlungsmittel repräsentieren. Alle in die Geldrechnung eingehenden Marktpreise stellen bei intensitätsmäßigem Ansatz den ökonomischen Wert eines Gutes oder einer Leistung dar, bei extensionaler Betrachtung Zahlungsmittelmengen. Die in der Geldrechnung der Unternehmung erscheinenden Geldbeträge müssen je nach dem herauszulösenden Tatbestand teils nach der einen, teils nach der anderen Seite betrachtet werden.

Geldbeträge, die zur Erfassung der innerbetrieblichen Vorgänge des Produktions- und Leistungsprozesses nach Denkmodellen (Grenzkostenrechnung, Plankostenrechnung, Durchschnittskostenrechnung, Verrechnungspreise) aufgeschlüsselt werden, repräsentieren keine konkreten Zahlungsmittelmengen. Auch die im Rahmen der Periodenerfolgsrechnung auftretenden Beträge der Rechnungsabgrenzung, wie transitorische und antizipative Posten sind für die entsprechende Periode nur durch eine intensive Deutung des verwendeten Maßausdrucks G^+ zu erklären. Diese den Verfahren zur Vereinfachung der Unternehmensorganisation, Erleichterung von Entscheidungen und Kontrolle von Führungsstäben dienenden Werte sind zur Erfassung des Liquiditätsproblems ungeeignet. Als Beispiel seien die Zahlenrelationen zwischen Vermögen und Kapital

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 59

aus der Bilanz genannt, die nach Meinung einer Reihe von Autoren das Liquiditätsproblem kennzeichnen. Diese Beträge setzen sich einerseits zusammen aus konkreten Zahlungsmittelmengen, andererseits beinhalten sie auf Grund von Bewertungsmaßstäben ermittelte Beträge im Sinne intensionaler Betrachtung von G^+ , die die Liquidität nur mittelbar beeinflussen. Der Maßausdruck G^+ kann daher zur Definition des Liquiditätsbegriffes nicht intensional interpretiert werden.

Die Liquidität einer Unternehmung wird bestimmt durch die effektiven Zahlungen, die an die Unternehmung geleistet werden und die sie an ihre Geschäftspartner leisten muß. Dabei handelt es sich einerseits um Bestands- andererseits um Bewegungsmengen¹⁾ konkreter Zahlungsmittel. Diese kommen sowohl in der Veränderung der Bargelmenge als auch der Bank- und Postscheckguthaben zum Ausdruck. Angesichts dieser Tatsache ist das Liquiditätsproblem nicht aus Beträgen zu erkennen, die wie die Kostenrechnung Werte im Sinne von G^+ enthalten, die der Produktions- und Leistungsbeurteilung in bezug auf die Rentabilität dienen, während für die Liquidität unabhängig von abrechnungstechnischen Perioden der Grundsatz gilt, im Bedarfsfalle über genügend Zahlungsmittel verfügen zu können.

Das Liquiditätsproblem entsteht durch Veränderungen der konkreten Zahlungsmittelmenge. Diese wird bestimmt durch die Einnahmen und Ausgaben, die das Ergebnis der Unternehmensführung in bezug auf den Markt und die Steuerung der innerbetrieblichen Vorgänge sind.

1) Koch, H., Zur Diskussion über den Kostenbegriff, in: ZfB, NF, 12. Jg. 1958, S. 364

Die nominalistische Rechnungsinterpretation, wie sie von Rieger¹⁾, Linhardt²⁾, Fettel³⁾ und Koch⁴⁾ vertreten wird, ist daher besonders geeignet, das Liquiditätsproblem der Unternehmung zu erfassen.

Der zur Determinierung des Liquiditätsbegriffes in Frage kommende Geldbegriff, der durch den Maßausdruck G^+ benannt wird, muß daher bezogen auf Zahlungsmittelmengen interpretiert werden. In extensionaler Betrachtung des Maßausdruckes G^+ werden die die Zahlungsmittelmenge bildenden Zahlungsmittel-einheiten in den Klassen Einnahmen und Ausgaben zusammengefaßt. Diese Differenzierung der die Liquidität bildenden Geldmengenveränderungen ist als weitere Begriffskomponente Gegenstand des folgenden Abschnitts.

1) Rieger, W., Einführung, a.a.O. S. 179 ff.

2) Linhardt, H., Kosten- und Kostenlehre, in: Aktuelle Betriebswirtschaft, Festschrift zum 60. Geburtstag von Konrad Mellerowicz, Berlin 1952, S. 124-140

ders. Kapitalwirtschaft und Kapitalrechnung, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilh. Rieger, Stuttgart und Köln 1953, S. 39

3) Fettel, J., Ein Beitrag zur Diskussion über den Kostenbegriff, in: ZfB, 29. Jg. 1959, S. 567-569

4) Koch, H., a.a.O. S. 355-399

c) Die Ausgabendeckung als Existenzbedingung der Unternehmung

Die Kennzeichnung der Liquidität als ein Geldmengenproblem zeigt ihre Abhängigkeit vom effektiven Einnahmen- und Ausgabenstrom einer Unternehmung. "Einnahmen und Ausgaben sind der Kerninhalt des Liquiditätsproblems"¹⁾. Alle Entscheidungen der Unternehmensführung - sei es in bezug auf die Leistungserstellung der ihr untergeordneten Betriebe, sei es im Hinblick auf ihre Marktpolitik und der damit verbundenen Vermögens- und Kapitaldispositionen - schlagen sich in diesen beiden Größen nieder²⁾. Auch alle dem Entscheidungsbereich der Unternehmung entzogenen Veränderungen des wirtschaftlichen Gesamtprozesses, welche ihre Liquidität beeinflussen, kommen in dem Einnahmen- und Ausgabenstrom zum Ausdruck. Für die Liquiditätsbetrachtung ist es dabei unerheblich, wie die effektiven Einnahmen und Ausgaben innerbetrieblich weiterverrechnet werden. Rieger³⁾ sucht diesen Sachverhalt in dem Begriff der dynamischen Liquidität, die von Schäfer⁴⁾ als das Verhältnis der voraussichtlichen Zahlungseingänge einschl. vorhandener Barbestände zu den voraussichtlichen Zahlungsverpflichtungen definiert wird, zu fassen, weist jedoch daraufhin, daß die Liquidität auf diese Weise nicht errechnet werden kann, da Höhe und Fälligkeit der Einzelposten nicht berücksichtigt sind.

Die Kenntnis der die Liquidität einer Unternehmung konstituierenden Faktoren und deren Einflußgrößen allein genügt nicht, den Liquiditätsbegriff inhaltlich präzise zu definieren. Der Satz,

1) Thoms, W., Bilanzen der funktionalen Kontorechnung, 1. Aufl. Wiesbaden 1956, S. 12

2) Hirsch, H., Alfred Marshalls Beitrag zur modernen Theorie der Unternehmung, Berlin 1965, S. 97/98

3) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 79

4) Schäfer, E., a.a.O. S. 161

eine Unternehmung sei liquide, wenn ihre Einnahmen die Ausgaben überwiegen, läßt eine Reihe von Auslegungsmöglichkeiten offen, die zur Bildung von branchen- und unternehmungsindividuellen Kennzahlen veranlassen, die ihrerseits auch auf Grund der Erfassungsmethoden verschiedene Deutungen zulassen und eine einheitliche Verwendung des Liquiditätsbegriffes erschweren.

Ausgehend vom Einnahmen- und Ausgabenstrom einer Unternehmung soll daher im Interesse eines präzisen Begriffsinhaltes versucht werden, den Begriffsumfang der Liquidität weiter einzuengen. Die Fragestellung konzentriert sich darauf, ob die Einnahmen durch die Ausgaben, bzw. die Ausgaben durch die Einnahmen im Hinblick auf das Unternehmensziel, die Rentabilität, als Definitionsgrundlage des Liquiditätsbegriffes festgelegt werden können.

Der Unternehmung stehen, um das Ziel der Rentabilität zu verwirklichen, zwei Wege offen. Sie kann einmal die Einnahmen steigern, zum anderen die Ausgaben verringern. Da sie jedoch nach höchstmöglicher Rentabilität strebt, wird sie beide Wege gleichzeitig zu beschreiten suchen.

Die Einnahmen bilden die Existenzgrundlage der Unternehmung. Sie sind die Voraussetzungen, ihr Ziel, die Rentabilität, zu erreichen. Der Maximierungsgedanke des Rationalprinzips ist in bezug auf die Einnahmen die leitende Maxime der Unternehmensführung. Die Marktgegebenheiten setzen diesem Streben die Grenzen. Die verschiedensten, außerhalb der Unternehmung entstehenden Veränderungen, wie Nachfragewandlungen, technischer Fortschritt, allgemeine Einkommensentwicklung etc. beeinflussen entsprechend der Nachfrage- und Angebotselastizität mehr oder weniger stark den Absatz und damit die Einnahmen der Unternehmung. Dem Unternehmer ist im Rahmen seiner Anpassungsfähigkeit ein gewisser Entscheidungsspielraum für Preis- und Angebotsmanipulationen gegeben, der, solange die

Einnahmen steigen, im Sinne des Maximierungsprinzips unbegrenzt ausgenutzt wird. Bei sinkenden Einnahmen verengt sich jedoch dieser Spielraum bis zu dem Punkt, an dem die Einnahmen die Höhe der Ausgaben erreichen. Dabei kommt es auf die Höhe der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben an, die sich aus Ausgaben und Einnahmen aus dem Warenmarkt (Aufwendungen, Erlöse), dem Geld- und Kapitalmarkt (z.B. Kreditvergabe und Kreditrückzahlung) und dem Arbeitsmarkt zusammensetzen. Eine Unternehmung, die sich in der Situation der Ausgabendeckung befindet, wirft keinen Gewinn mehr ab; sie ist nicht mehr rentabel.

Für die Liquidität ist das kein ausschlaggebender Gesichtspunkt; denn die Sicherheit der Unternehmung ist nicht unmittelbar, d.h. auf kurze Sicht von ihrer Rentabilität abhängig. Die Sicherheit der Unternehmung steht erst dann auf dem Spiel, wenn die Ausgaben durch die Einnahmen nicht mehr voll gedeckt werden können. Die Unternehmung ist erst dann nicht mehr liquide. Die Rechtsordnung verpflichtet sie in diesem Falle im Interesse der Gläubiger, den Konkurs anzumelden.

Wenn die Einnahmen jedoch so hoch sind, daß sie die Ausgaben decken, bzw. wenn die Ausgaben, die am Minimierungsgedanken des Rationalprinzips ausgerichtet werden, auf den Stand der Einnahmen herabgedrückt werden können, ist die Unternehmung als liquide und ihre Existenz als gesichert anzusehen. Witte¹⁾ kennzeichnet die Liquidität daher als Bedingungsprinzip. Auch Stützel²⁾, Kosiol³⁾ und Langen⁴⁾ sehen die Liquidität nicht als Führungsmaxime der Unternehmung, jedoch als strenge Nebenbedingung der Rentabilitätsmaxime der Unternehmung an. Die Aufrechterhaltung der Liquidität ist

1) Witte, E., Der Liquiditätsgesichtspunkt in betrieblichen Entscheidungen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1957, S. 79

ders. Liquiditätspolitik a.a.O. S. 19

2) Stützel, W., a.a.O. S. 625

3) Kosiol, E., a.a.O. S. 271

4) Langen, H., a.a.O. S. 95

die Voraussetzung zur Erzielung von Gewinn. Auch Rieger¹⁾ äußert sich in diesem Sinne. Diese Voraussetzung zu erhalten, ist ein Teil der gesamten Disposition der Unternehmungsleitung über die vom Markt entnommenen und an den Markt abgegebenen Leistungen. Die Höhe der Ausgaben im erforderlichen Zeitpunkt kann somit als Bemessungsgrundlage für die vorhandenen Einnahmen im gleichen Zeitpunkt im Hinblick auf die Liquidität genommen werden. Die Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen im Verhältnis 1:1 zeigt sich als die Anforderung, die an den Status der Liquidität gestellt werden muß. Sie bildet den Punkt, an dem die Existenz der Unternehmung noch gesichert ist. Diese festgelegte Ausgabendeckung ist daher ein Bestandteil des Begriffsinhaltes der Liquidität und ausschlaggebend für Liquiditätsbeurteilungen und -maßnahmen.

Durch diese Einengung des Begriffsinhaltes der betriebswirtschaftlichen Liquidität auf die Ausgabendeckung durch Einnahmen ist zwar klargestellt, daß die Liquidität durch die Entwicklung des unternehmerischen Geldwerdungsprozesses auf die Dauer aufrechterhalten werden muß, - Maßnahmen zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten können nur vorübergehender Natur sein - das Problem, die Beziehung der Liquidität zur Zeit zu erfassen, ist damit jedoch noch nicht gelöst.

In der neueren Literatur geht man zwar von der Vermögens- und Kapitalbetrachtung auf der Grundlage der Bilanz ab und betont die Bedeutung der Einnahmen und Ausgaben für die Liquidität einer Unternehmung. Den Begriffsdefinitionen wird jedoch vielfach eine Zeitpunkt Betrachtung zugrundegelegt²⁾, offenbar im Hinblick auf die zu einem Zeitpunkt fälligen Zahlungen. Diese Beschränkung führt nicht dazu, den Begriffsinhalt der betriebswirtschaftlichen Liquidität wiederzugeben. Der Zweck des Liquiditätsbegriffes ist, mit seiner Hilfe den Tatbestand der Liquidität einer Unternehmung erkennen zu können. Da die Existenz der Unternehmung von der Liquidität abhängig ist, ist dieses Erfordernis für sie lebensnotwendig. Die Begriffsdefinition muß daher den Weg, dieses Ziel zu erreichen, vor-

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 264

2) Witte, E., Liquiditätspolitik a.a.O. S. 474

zeichnen, indem sie das Problem vollständig umreißt. Das ist nicht möglich, ohne Einflußgrößen, durch die das Liquiditätsproblem entsteht, in der Definition zu berücksichtigen. Begriffsdefinitionen, die die Liquidität als Fähigkeit der Unternehmung kennzeichnen, die zu einem Zeitpunkt zwingend "fälligen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt erfüllen zu können"¹⁾, lassen diese Notwendigkeit außer Betracht und sind daher zur Erkennung des Tatbestandes Liquidität nicht geeignet. Der Unternehmer kann einen derartigen Liquiditätsbegriff Untersuchungen zur Klärung dieser Frage nicht zugrundelegen, da die Definition keinerlei Hinweise auf die zu untersuchenden Einflußgrößen gibt, sondern lediglich ausspricht, was dem Unternehmer ohnedies als Voraussetzung seiner Tätigkeit bekannt ist. Da Witte auf das Zahlenkönnen zu einem Zeitpunkt abstellt, deutet die Definition die Liquidität eher als Verhaltensmaxime der Unternehmung, eine Betrachtung, die Witte für die Beurteilung der Liquidität im Entscheidungsbereich der Unternehmung ausdrücklich ablehnt²⁾.

Zur weiteren Einengung des Begriffes Liquidität, dessen Inhalt als die Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen mindestens im Verhältnis 1:1 determiniert wurde, reicht eine Beschränkung auf die Zeitpunkt Betrachtung nicht aus. Legt man der Klärung dieses Verhältnisses eine Zeitpunkt Betrachtung zugrunde, dann müßte jede Ausgabe durch eine entsprechende Einnahme gedeckt sein, um die Unternehmung als liquide ansehen zu können. Dies ist jedoch absurd. Die Transponierung der vom Markt entnommenen Güter und Leistungen durch die Unternehmung in dem Unternehmensprogramm entsprechende Güter bzw. Leistungen, die an den Markt abgegeben werden, bringt es mit sich, daß eine große Ausgabe von einer Reihe kleiner Einnahmen gedeckt wird, bzw. von einer großen Einnahme eine Reihe kleiner Ausgaben zu bestreiten sind. Da auf der

1) Witte, E., Liquiditätspolitik a.a.O. S. 15

2) ders. Liquiditätspolitik a.a.O. S. 19

einen Seite die zu bestimmten Zeitpunkten anfallenden Einnahmen gesammelt, auf der anderen Seite Ausgaben auf verschiedene Zeitpunkte verteilt werden, stellen beide Liquiditätsfaktoren Zeitraumgrößen dar. Die Deckung von Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis 1:1 gilt daher für einen Zeitraum. Dabei kann es sich um einen Abrechnungszeitraum (Tag, Quartal, Jahr) oder die ganze Lebensdauer der Unternehmung handeln.

d) Das Unternehmerrisiko aus der Marktverflechtung und dem Rentabilitätsprinzip

Die Determinierung der Liquidität aus den Zeitraumgrößen Einnahmen und Ausgaben der Unternehmung läßt die Frage nach der Liquidität in jedem Zeitpunkt offen. Die folgenden Ausführungen sollen klären, inwieweit dieser Gesichtspunkt für die Definition des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes entscheidend ist.

Die Unternehmung nimmt im volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß eine Mittlerstellung ein, unabhängig davon, ob ihr Angebot investitions- oder konsumgüter- bzw. dienstleistungsorientiert ist. Güter und Dienste können jedoch nur mit Hilfe von Geld und Arbeitskräften umgesetzt werden. Entsprechend ihrer Funktion als Industrie- Handels- oder reines Dienstleistungsunternehmen steht die Unternehmung mit unterschiedlichem Schwergewicht mit dem Warenmarkt, der sich aus der Sicht der Unternehmung in Beschaffungs- und Absatzmarkt gliedert, dem Arbeitsmarkt und dem Geld- und Kapitalmarkt in Verbindung¹. Die Unternehmung wird daher von allen Veränderungen der Struktur und Entwicklung dieser Märkte mehr oder weniger stark beeinflusst. Da sie rechtlich selbständig und wirtschaftlich unabhängig arbeitet, ist es in ihre Entscheidung gestellt, die Veränderungen für sich auszunutzen, oder sich entsprechend anzupassen. Die Höhe des Kapitaleinsatzes, die

1) Linhardt, H., Betriebsorganisation, a.a.O. S. 29
ders. Kapitalwirtschaft, a.a.O. S. 39

Ausbringung der Güter und Leistungen nach Art und Umfang und die Organisation ihrer Durchführungsorgane sind Variable der Veränderungen der Marktgegebenheiten. Da die Unternehmung zudem vor allem im Bereich der Konsumgüter für einen anonymen Abnehmerkreis arbeitet, bringt ihre Entscheidungsfreiheit eine Reihe von Unsicherheiten mit sich, die unter dem umfassenden Begriff Unternehmerrisiko zusammengefaßt werden. Diese erstrecken sich, angefangen bei den Standortbedingungen, auf alle Entscheidungen, die der Unternehmer in bezug auf sein Angebot, die Organisation des Mitarbeiterstabes und den Absatz trifft, einschließlich der Veränderungen, die nur unwesentlich zu beeinflussen sind, wie Saisonschwankungen, allgemeine Wirtschaftsentwicklung, politische Gegebenheiten etc.

Einerseits läßt sich der für die Absatzgüter der Unternehmung in Frage kommende Abnehmerkreis nach Struktur und Umfang, nach Wünschen, Kaufverhalten und Reagibilität auf bestimmte Ereignisse in zunehmendem Maße durch die modernen Methoden der Marktforschung abschätzen und damit Art und Umfang des Angebotes kalkulierbar machen. Auf der anderen Seite helfen moderne Werbemaßnahmen, den Käuferkreis zu beeinflussen, um den Unternehmenserfolg zu sichern. Bei Einengung des Risikospaumes auf der Seite der Angebotsdispositionen und durch Nachfragebeeinflussung bleibt jedoch trotz aller Vorsichtsmaßregeln ein ungelöster Rest von Gefahren¹⁾, die den Kapitaleinsatz riskant machen. Diese bedrohen zunächst die Rentabilität einer Unternehmung. Das Eigenkapital, das der Unternehmer in Erwartung der Rentabilität, d.h. der höchstmöglichen Verzinsung einsetzt, bringt keinen Gewinn. Für den Unternehmer bzw. den Kapitalgeber, falls beide nicht in einer Person vereinigt sind, bedeutet dieses Ergebnis bereits Verlust, denn er würde, hätte er das Geld anderweitig im Markt angelegt, eine Verzinsung erreicht haben, wenn auch nicht in der Höhe, die er bei Einsatz in die Unternehmung erwartet

1) Rieger, W., Einführung, a.a.O. S. 17

hatte. Dieser Teil des Unternehmerrisikos ist für die Liquidität ohne Einfluß. Solange der Unternehmer durch gewagte Investitionen die Rentabilität aufs Spiel setzt, gefährdet er nicht die Sicherheit der Unternehmung. Erst wenn er ein Risiko in der Liquiditätssicherung eingeht, ist die Existenz der Unternehmung bedroht. Das allgemeine Unternehmerrisiko erstreckt sich daher bis zu dem Punkt, an dem die Liquidität die durch die Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen im Verhältnis 1:1 determiniert wurde, noch gesichert ist. Das Risiko der Liquiditätssicherung gebietet dem Wagemut des Unternehmers Einhalt; es setzt allzu gewagten Investitionen, die im Interesse der Rentabilität getätigt werden, Grenzen¹⁾.

Die Ausgabendeckung durch die Einnahmen im Verhältnis 1:1 als Charakteristikum der Liquidität gilt jedoch für einen Zeitraum, innerhalb dessen die Zahlungen an bestimmten Terminen fällig werden. Da die Einnahmen, die aus dem Absatzmarkt fließen, nur über den wirtschaftlichen Gesamtprozeß, die Interdependenz der Preise, Verknüpfung von Kunden- und Lieferantenverhältnissen etc. mit den Ausgaben, die an den Beschaffungs- Arbeits- Geld- und Kapitalmarkt geleistet werden müssen, in Verbindung stehen, können Zahlungen fällig werden, deren Höhe der Unternehmer vielfach nicht selbst bestimmen kann. Eine der Unternehmerleistungen ist es gerade, an dieser Stelle einen Brückenschlag zu bilden. Da ferner die Termine zur Bezahlung von Ausgaben auf Grund dieser Verflechtung nicht mit den Einnahmeterminen zusammenfallen, müssen die Zeitraumgrößen Einnahmen und Ausgaben durch eine Zeitpunkt Betrachtung analysiert werden. Dieses Vorgehen weicht insofern von der im vorangegangenen Kapitel dargelegten Zeitpunkt Betrachtung für die Liquiditätsbegriffsdefinition ab, als nicht von vornherein die Liquidität zu einem Zeitpunkt definiert wird, was den Zeitraumcharakter dieses Problems aus dem Forschungsbereich ausschließt.

1) Witte, E., Liquiditätspolitik a.a.O. S. 19

Vielmehr werden die Zeitraumgrößen durch die statische Betrachtung in Zeitpunktgrößen zerlegt.

Die Liquidität als Zeitraumproblem ist jedoch durch die statische Methode nur näherungsweise zu erfassen, da nicht alle Zeitpunkte eines Zeitraumes erfaßt werden können, so daß unvorhergesehene Fälligkeitstermine im Bereich des Möglichen liegen. Auch Witte¹⁾ räumt ein, daß die Liquidität oft nur näherungsweise bestimmt werden kann, wenn die Einnahmen und Ausgaben nach ihrer Höhe nicht zeitpunktgenau vorhersehbar sind. Dieser Gedanke ist jedoch nicht in seiner Liquiditätsbegriffsdefinition fundiert, da er die Liquidität einer Unternehmung von vornherein als Zeitpunktproblem kennzeichnet.

Durch diese Betrachtung des Liquiditätsproblems wird auch die Frage geklärt, ob die Liquidität ein dynamisches oder ein statisches Problem darstellt. Als Zeitraumproblem ist die Liquidität dynamischer Natur. Diese Dynamik kann zwar mit Hilfe der statischen Methode näherungsweise erfaßt werden. Die Liquidität als statisches Problem zu charakterisieren, würde jedoch die Forschungsmethode zum Erkenntnisgegenstand erheben und damit die vollständige Erfassung des Liquiditätsproblems ausschließen. Angesichts dieser Problematik spricht Rieger²⁾ von der Liquidität als einem Problem der Dynamik des Wirtschaftslebens.

Das Ergebnis der zeitpunktuellen Analyse wird zutage bringen, daß an einzelnen Zeitpunkten die Ausgaben die Einnahmen bzw. die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Die Liquidität der Unternehmung ist im Falle der Ausgabenunterdeckung nicht ge-

1) Witte, E., Liquiditätspolitik, a.a.O. S. 118

2) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 71

wahrt. Da die Liquidität eine Existenzbedingung der Unternehmung darstellt, ist die Sicherheit der Unternehmung bedroht. Dieses Risiko kann der Unternehmer nicht eingehen, um nicht Gefahr zu laufen, in den Augen der übrigen mit ihm in Verbindung stehenden Geschäftswelt an Vertrauenswürdigkeit einzubüßen.

Im Rahmen der Anforderung an den Status der Liquidität, die für einen Zeitraum gültige Ausgabendeckung durch die Einnahmen im Verhältnis 1:1, ist der Unternehmer daher im Interesse einer gesicherten Existenz gezwungen, die im laufenden Geschäftsverkehr auftretenden, unvorhersehbaren Ausgabenunterdeckungen auszugleichen. Er muß aus den Einnahmenüberdeckungen an einzelnen Zeitpunkten innerhalb des Betrachtungszeitraumes, für den das Einnahmen/Ausgaben-Verhältnis gilt, eine Liquiditätsreserve bilden, die ausreicht, die zu einzelnen Zeitpunkten innerhalb dieses Zeitraumes (Steuertermine, Rückzahlungstermine etc.) durch die Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben bezahlen zu können. Linhardt¹⁾ wies zur Beurteilung der Liquidität einer Unternehmung bereits auf diesen Gesichtspunkt hin. Auch Witte²⁾ betont die Notwendigkeit einer Liquiditätsreserve, entwickelt sie jedoch nicht aus der Dynamik des Liquiditätsproblems als Begriffskomponente, sondern führt dieses Erfordernis auf die Unzulänglichkeiten einer Liquiditätsrechnung zurück.

Eine Definition des Liquiditätsbegriffes, dessen Begriffsinhalt durch die Einflußgrößen der Liquidität bestimmt wird, kann daher auf die Einbeziehung der durch die Mittlerstellung der Unternehmung in einer Marktwirtschaft notwendigen Liquiditätsreserve als Begriffskomponente nicht verzichten, wenn sie nicht der Kritik ausgesetzt sein soll, dem entscheidenden Einfluß der Dynamik der wirtschaftlichen Vorgänge nicht Rechnung getragen zu haben.

1) Linhardt, H., Die Liquiditätspolitik der Bankenaufsichtsbehörde, in: ZfB, 31. Jg. 1961, Wiesbaden, S. 449 ff.

2) Witte, E., Liquiditätspolitik, a.a.O. S. 118

2. Zusammenfassende Definition der Liquidität

Die Untersuchung der betriebswirtschaftlichen Liquidität hat ergeben, daß dieses Problem durch folgende Gesichtspunkte gekennzeichnet ist:

1. Liquidität ist ein Problem der Unternehmung,
2. Liquidität ist ein Geldmengenproblem,
3. Liquidität ist eine Existenzbedingung der Unternehmung, die erfüllt ist, wenn die Ausgaben an den Beschaffungs-, Geld-, Kapital- und Arbeitsmarkt etc. durch die Einnahmen aus dem Absatzmarkt, Darlehensrückzahlungen, Kursgewinnen, Steuerrückvergütungen etc. im Verhältnis 1:1 gedeckt werden können,
4. Liquidität ist ein Zeitraumproblem und als solches nur näherungsweise durch die statische, die zeitpunktuelle Analyse erfaßbar,
5. Liquidität kann an unvorhersehbaren Fälligkeitsterminen nur gewahrt werden, wenn eine ausreichende Liquiditätsreserve vorhanden ist.

Aus diesem Begriffs-komponenten läßt sich zusammenfassend der betriebswirtschaftliche Liquiditätsbegriff wie folgt definieren:

"Unter der betriebswirtschaftlichen Liquidität ist eine Existenzbedingung der Unternehmung zu verstehen, die erfordert, daß die als Geldmengen auftretenden Zeitraumgrößen Ausgaben und Einnahmen im Verhältnis 1:1 gedeckt werden können, wobei zur Wahrung der Liquidität in jedem Fälligkeitszeitpunkt eine Liquiditätsreserve vorhanden sein muß, die ausreicht, unvorhergesehene Ausgabenunterdeckungen auszugleichen".

Diese Begriffsdefinition der betriebswirtschaftlichen Liquidität zeigt den Weg, welche Faktoren zur Erkennung des Tatbestandes der Liquidität einer Unternehmung untersucht werden müssen und gibt den Maßstab zur Beurteilung, wann Liquidität gegeben ist oder nicht. Da die auf Grund dieses Untersuchungsinstrumentes erarbeiteten Ergebnisse die tatsächlichen Liquiditätsverhältnisse widerspiegeln, nicht nur auf Faustregeln beruhende Indizien für die Liquidität darstellen, bieten sie nicht nur dem Gläubiger eine Unterlage, sondern können als Daten in die Entscheidungen des Unternehmers einbezogen werden.

V. Möglichkeiten zur näherungsweise Bestimmung der Liquidität

Die Bedeutung der Liquidität als Existenzbedingung der Unternehmung und die Dynamik dieses Problems stellen den Unternehmer vor die Frage, durch welche Verfahren die Liquidität zu jedem Zeitpunkt erkannt und aufrechterhalten werden kann. Die Begriffsdefinition zeigt die Ansatzpunkte für eine Liquiditätsrechnung. Da sich der Zeitraum aus unendlich vielen Zeitpunkten zusammensetzt, ist das Zeitraumproblem Liquidität, wie in Kapitel III/3 dargelegt, nur durch eine Aneinanderreihung von Zeitpunktanalysen näherungsweise zu erfassen. Die Genauigkeit der Rechnung nimmt mit der Zahl der erfaßten Zeitpunkte zu; die rechnerische Durchführbarkeit wird hingegen erschwert. Dieser, in der vorstehenden Begriffsdefinition verankerte Gesichtspunkt ist das entscheidende Kriterium der Brauchbarkeit von Liquiditätsrechnungen und gibt den Anreiz zu ständigen Verbesserungen. Da der Unternehmer jedoch nach Rentabilität strebt, wird er einen Kompromiß suchen, der in einer Liquiditätsrechnung zum Ausdruck kommt, die bei geringstem Aufwand die für seine Zwecke genügende Genauigkeit und Zuverlässigkeit bietet.

In den folgenden Ausführungen soll kurz erörtert werden, welche der vielfach aus den Erfordernissen der Praxis entwickelten Verfahren geeignet sind, die Liquidität einer Unternehmung im Sinne der vorstehenden Begriffsdefinition zu erforschen. Zugleich kann an diesen in der Praxis bewahrten Verfahren demonstriert werden, daß die gegebene Begriffsdefinition ein brauchbares Instrument zur Erkennung der Liquidität in der Wirtschaftspraxis darstellt.

1. Erfassung der berechenbaren Ausgaben und Einnahmen

Kennzahlen zur Liquiditätsmessung, die aus Vermögens- und Kapitalrelationen der Beständebilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung gewonnen werden, waren im Zusammenhang mit der Darstellung des Liquiditätsbegriffes, insbesondere der älteren Literatur bereits Gegenstand der Diskussion. Aus diesem Grunde werden Verfahren, die auf Vermögens- und Kapitalrelationen aus der Bilanz beruhen, aus der Betrachtung ausgeschlossen. Da Vermögens- und Kapitalverschiebungen ohnehin in den Einnahmen- und Ausgabenströmen, die als Begriffskomponenten der Liquidität herausgearbeitet wurden, zum Ausdruck kommen, wird im folgenden nur auf die Verfahren eingegangen, die geeignet sind, den Einnahmen- und Ausgabenstrom zu erfassen. Es handelt sich um die Bewegungsbilanz, die funktionale Kontorechnung und den Finanzplan.

a) Die Bewegungsbilanz

Die Bewegungsbilanz, wie sie von Bauer¹⁾ erstmals entwickelt wurde, stellt eine Saldenbilanz aller Vermögens- und Kapitalveränderungen einer Unternehmung für eine bestimmte Periode dar. Sie formt das Zahlenmaterial der Buchhaltung so um, daß jeweils der Saldo zwischen dem Vermögens- bzw. Kapitalbestand zu Anfang einer Periode und dem Endbestand dieser Positionen in der Bilanz erscheint. Diese Salden repräsentieren jedoch nicht die Bestandsbewegungen innerhalb einer Periode, sondern lediglich die zusammengefaßten Ergebnisse dieser Bewegungen. Das Zahlenmaterial der Bewegungsbilanz kann daher nur für einen vergangenen Zeitraum fixiert werden. Zeitpunktgrößen an Fälligkeits- und Einnahmetermeninen bleiben nach ihrem Umfang unberücksichtigt.

1) Bauer, W., a.a.O. S. 485 ff.

Linhardt, H., Wegweiser a.a.O. S. 61 ff.

Die Definition der Liquidität als Existenzbedingung der Unternehmung erfordert aber die Wahrung der Liquidität in jedem Fälligkeitszeitpunkt.

Die Bewegungsbilanz bietet als Zeitraumrechnung zur Finanzkontrolle und zur Beobachtung von Finanzstrukturveränderungen zwar wertvolles Erfahrungsmaterial¹⁾, zur Untersuchung des Liquiditätsproblems im Sinne der gegebenen Begriffsdefinition, das nur durch eine Zeitpunktrechnung näherungsweise erfaßt werden kann, ist sie jedoch nicht geeignet.

b) Die funktionale Kontorechnung

Die von Thoms²⁾ entwickelte funktionale Kontorechnung ist ein Buchhaltungssystem, das die im "Geldverkehr", in der "Güterbewegung" und im "Arbeitsprozeß" der Unternehmungen entstehenden geldmäßig erfaßten "Mehrungen" und "Minderungen" kontologisch erfaßt und in einer Bewegungsbilanz darstellt. Durch diese Methode wird zwar im Sektor "Geldverkehr" eine Einnah- und Ausgabenrechnung ermöglicht, die in der gegebenen Begriffsdefinition als Einflußgrößen der Liquidität bestimmt wurden. Da jedoch diese Methode Zahlungszeitpunkte erst berücksichtigen kann, wenn der Zahlungsvorgang bereits abgeschlossen ist, ist die funktionale Kontorechnung wie alle anderen Buchhaltungssysteme vergangenheitsorientiert. Änderungen des Finanzstatus können mit ihrer Hilfe im voraus nicht exakt bestimmt werden.

Zur Untersuchung des Liquiditätsproblems einer Unternehmung, wie es in der vorgenannten Begriffsdefinition fixiert wurde, ist sie daher ebensowenig geeignet wie die Bauersche Bewegungsbilanz.

1) Lehmann, M.R., Laufende Liquiditätskontrolle durch systematische Einnahmen- und Ausgabenrechnungen in: ZfB, 1950, S. 724

2) Thoms, W., a.a.O. S. 11 ff.

c) Der Finanzplan

Im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Verfahren, die sich darauf beschränken, auf Grund einer Durchschnittsbetrachtung Zeitraumgrößen zu erfassen, handelt es sich bei dem Finanzplan um eine Rechnung für einen Zeitpunkt, gewöhnlich für mehrere Zeitpunkte. Einnahmen und Ausgaben werden für einen Zeitraum geplant und nach Fälligkeitsterminen innerhalb dieses Zeitraumes gestaffelt, wobei vor allem künftige Ausgaben und Einnahmen Beachtung finden. Diese Merkmale charakterisieren den Finanzplan als das geeignete Verfahren zur näherungsweise Erfassung des Liquiditätsproblems im Sinne der entwickelten Begriffsdefinition.

Wie die Zeiträume abrechnungstechnisch zusammengefaßt werden, ist in das Belieben des Unternehmers gestellt, dessen Zweckmäßigkeitserwägungen davon ausgehen müssen, daß die Genauigkeit des Finanzplanes mit der Zahl der erfaßten Zeitpunkte innerhalb eines Zeitraumes zunimmt. Der Finanzplan kann daher unternehmensindividuell nach Tagen, Monaten oder Jahren gegliedert sein. Immer sind die abrechnungstechnischen Zeiträume wieder Bestandteil größerer Zeiträume, so daß Einnahmen früherer Perioden vielfach in die nächste Periodenrechnung in Form von Kassenbeständen, Bank- oder Postscheckguthaben übernommen werden. Ausschlaggebend für die Liquidität ist jedoch, daß die in einer Periode zu bestreitenden Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt sind.

Um die Präzision der Finanzpläne zu erhöhen, erstellen die Unternehmungen vielfach Teilpläne beispielsweise über die Sektoren Produktion, Absatz, Werbung etc. Ferner werden, um einen gewissen Entscheidungsspielraum zu gewinnen, vielfach Alternativpläne entwickelt, die darauf ausgerichtet sind, rechtzeitig zu erkennen, wann Liquidität gegeben ist oder nicht, um durch geeignete Finanzierungsmaßnahmen, wie Kreditaufnahme oder Absatzforcierung, Investitionsstopp, Sparprogramme, Forderungseintreibung etc. einer Existenzbedrohung der Unternehmung durch fehlende Liquidität vorzubeugen.

Da jedoch die Zeitpunktrechnung in Form des Finanzplanes nur eine näherungsweise Erfassung des dynamischen Problems Liquidität zuläßt, müssen gewisse unvorhersehbare Ausgaben einkalkuliert werden.

2. Zur Bestimmung der Höhe der Liquiditätsreserve

Aus der nur näherungsweise möglichen Untersuchung des Zeitraumbproblems Liquidität durch die Zeitpunktrechnung des Finanzplanes erwächst dem Unternehmer ein Risiko, das zwar ein Teil des Unternehmerrisikos darstellt, gegen das sich der Unternehmer jedoch im Interesse seiner Existenz durch eine Liquiditätsreserve absichern muß. Dieses Risiko ist umso kleiner, je präziser der Plan den Zeitraum erfaßt, und je stärker der Finanzplan nach Fälligkeitsterminen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite aufgegliedert werden kann. Theoretisch könnte das Risiko ganz ausgeschaltet werden, wenn es gelänge, alle Fälligkeitszeitpunkte der Ausgaben und Einnahmen im Finanzplan zu erfassen und in Übereinstimmung zu bringen. Dies ist jedoch selbst im Zuge der wachsenden Präzisierung der Entscheidungsunterlagen der Unternehmung durch den Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungs-maschinen nicht möglich, denn die komplizierteste und präziseste Zeitpunktrechnung bleibt trotzdem ein Näherungsverfahren. Dieses kann zwar nach dem Prinzip der Integralrechnung so verfeinert werden, daß gewisse Unsicherheiten in Kauf genommen werden können; ungelöst bleibt jedoch ein Rest von Gefahren, allein schon wegen der Reaktion auf unvorhersehbare Ereignisse.

Die Höhe der Liquiditätsreserve richtet sich nach dem geschätzten Umfang des Risikos. Da dieses mit zunehmender Präzision des Finanzplanes abnimmt, muß die Höhe dieser Reserve an dem Präzisionsstand des Finanzplanes ausgerichtet werden.

Der auch bei bester Organisation der Erarbeitung von Entscheidungsunterlagen verbleibende, ungelöste Rest des Risikos ist abhängig von den vielgestaltigsten, innerbetrieblichen und außerbetrieblichen Einflüssen. Konjunktumschwünge, plötzliche, kreditpolitische Maßnahmen des Staates, politische Gegebenheiten, technischer Fortschritt etc. können ebenso wie betriebliche Veränderungen unvorhergesehene Einnahmenseinbußen oder Ausgabenveränderungen herbeiführen.

Um die Höhe der im Sinne der genannten Begriffsdefinition erforderlichen Liquiditätsreserve bestimmen zu können, muß der Unternehmer ständig den Warenmarkt, den Arbeitsmarkt und den Geld- und Kapitalmarkt beobachten und seine eigenen Entscheidungen im Hinblick auf die Liquidität abstimmen. Aus Erfahrungswerten, die durch statistische Auswertung der Finanzpläne und der Beziehungen der Finanzdaten zum Markt zu gewinnen sind, wird eine gezielte Marktforschung die Höhe der Liquiditätsreserve so festlegen können, daß keine überflüssigen Mittel brachliegen und andererseits alle Liquiditätsrisiken abgesichert sind. Linhardt¹⁾ weist auf diese Bedeutung der Marktforschung auch im Finanzbereich der Unternehmung hin. Die Liquiditätsreserve muß im entsprechenden Zeitpunkt verfügbar sein. Wie die Liquiditätsreserve unter diesem Gesichtspunkt angelegt werden soll, ferner ob überflüssige Mittel verwendet oder wie fehlende Mittel für die Liquiditätsreserve beschafft werden sollen, sind Fragen der Finanzierung.

1) Linhardt, H., Bankbetriebslehre, Bd. II, Bankbilanzen, Köln und Opladen 1960, S. 279

ders. Historische Komponente a.a.O. S. 94-97

ders. Geldmarktforschung im Dienst von Absatz und Verbrauch, in: Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung, herausgeb. im Auftrag der GfK, Gesellschaft für Konsum- Markt- und Absatzforschung e.V. von G. Bergler und Wilh. Vershofen, 10. Jg. 1964, S. 257-275

B) Der volkswirtschaftliche Liquiditätsbegriff

I. Problemstellung

Die Geld- und Güterströme einer Volkswirtschaft sind mit der Liquidität der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer, der privaten Unternehmer und Verbraucher und der öffentlichen Betriebe und Haushalte aufs engste verknüpft. Die neuere volkswirtschaftliche Literatur übernahm den an dem Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre, der erwerbsorientierten Einzelwirtschaft, ausgerichteten Liquiditätsbegriff, der das Explikandum der Begriffsanalyse des ersten Teils dieser Arbeit darstellt, um die Liquiditätszusammenhänge einer Volkswirtschaft zu erfassen.

Man verwendete den betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff einerseits um unternehmensspezifische Teilaspekte dieser Zusammenhänge zu erarbeiten. Andererseits wurde versucht, den Begriff zur Kennzeichnung eines volkswirtschaftlichen Phänomens heranzuziehen. Im ersten Falle bliebe der Begriffsinhalt der betriebswirtschaftlichen Liquidität unverändert. Dagegen erscheint die Frage interessant, inwieweit der Begriffsinhalt und der Begriffsumfang des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes durch seine Transformierung in das Begriffssystem der Volkswirtschaftslehre verändert wird.

Die Meinungen der Autoren, welche Komponenten für die begriffliche Erfassung der volkswirtschaftlichen Liquidität entscheidend seien, weichen stark voneinander ab. In diesem Teil der Arbeit soll geprüft werden, ob die in die Volkswirtschaftslehre transformierten Begriffsdefinitionen der Liquidität die tatsächlichen Liquiditätsbeziehungen in einer Volkswirtschaft charakterisieren. Maßstab dieser Betrachtungen sind die Tatbestände, die die Liquidität der Wirtschaftsteilnehmer beeinflussen.

Soweit die darzustellenden Begriffe nicht exakt genug erscheinen, um die Liquiditätsbeziehungen der Wirtschaftsteilnehmer untereinander umfassend zu kennzeichnen, wird versucht werden, durch eigene Überlegungen einen volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff zu entwickeln, der alle Begriffskomponenten volkswirtschaftlicher Liquidität erfaßt.

Nach Explikation dieses Begriffes soll entschieden werden, ob der Liquiditätsbegriff auch in der Hand der Volkswirtschaftslehre ein Werkzeug der einzelwirtschaftlichen oder mikroanalytischen Betrachtung bleibt, oder ob er sich unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Begriffskomponenten auch als ein brauchbares Instrument der gesamtwirtschaftlichen oder makroanalytischen Untersuchung erweist.

II. Die Verwendung des Begriffes Liquidität in der neueren volkswirtschaftlichen Literatur

Das Problem volkswirtschaftlicher Liquidität rückte insbesondere nach dem Erscheinen der General Theory von Keynes in den Mittelpunkt neuerer, volkswirtschaftlicher Betrachtungen¹⁾. Diesen lagen unterschiedliche Fragestellungen zugrunde, die zunächst zur Abgrenzung eines außenwirtschaftlichen von den binnenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriffen führte. Während der außenwirtschaftliche Begriff jedoch ausschließlich unter der einzelwirtschaftlichen Fragestellung abgeleitet wurde, entstanden die binnenwirtschaftlich ausgerichteten Liquiditätsbegriffe teils aus gesamtwirtschaftlich, teils aus einzelwirtschaftlich orientierter Betrachtung.

Während die außenwirtschaftliche Liquidität nahezu einheitlich als Problem der Zentralbank einer Volkswirtschaft gesehen wird, weichen die Meinungen über den Gegenstand des binnenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes stark voneinander ab. Die Vorstellungen reichen von einer einzigen, die volkswirtschaftliche Liquidität darstellenden Größe, der Liquidität der Wirtschaftsgüter über die durch das Banksystem repräsentierte, volkswirtschaftliche Liquidität bis zur Betrachtung der Liquidität jedes Wirtschaftsteilnehmers und die Zusammenfassung dieser Einzelliquiditäten.

Die nachstehenden Literaturdarstellungen wurden nach der binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Fragestellung getrennt.

1) Veit, O., Deutsche Geldpolitik, Frankfurt/M., 1950, S. 296

1. Der binnenwirtschaftliche Begriff

a) Liquidität der Vermögensgüter

Der Begriff Liquidität wird zur Charakterisierung des Vermögens in der Volkswirtschaftslehre in zwei Versionen gebraucht. Liquidität sieht eine Reihe von Vertretern der Volkswirtschaftslehre als die Eintauschbarkeit der Vermögensgüter in Geld¹⁾. Diese Betrachtung bleibt im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Fragestellung. Auch die Verwendung des Begriffes Liquidierbarkeit bzw. Liquidisierbarkeit, der im ersten Teil dieser Arbeit unter III/1 abgegrenzt wurde, durch eine andere Gruppe von Vertretern der Volkswirtschaftslehre²⁾ ist eindeutig betriebswirtschaftlich orientiert.

-
- 1) Beckhart, B.H., Business Loans of American Commercial Banks, New York 1959, S. 14, S. 363, S. 383-384
Ehrlicher, W., Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 219
Hansen, A.H., Monetary Theory and Fiscal Policy, New York Toronto, London 1949, S. 33
Lautenbach, W., a.a.O. S. 68
Lipsey, R.S., Introduction to positive Economics, London 1966, S. 684
Martin, P., Real Estate Principles and Practices, New York, 1959, S. 241
Merkel, H.G., Theorie der Kapitalmarktpolitik, Berlin 1955, S. 28
Robertson, D.H. A Memorandum Submitted to the Canadian Royal Commission on Banking and Finance, Princeton, New Jersey 1963, S. 16
Schacht, H., Magie des Geldes, Wien 1966, S. 258
Willis, P.D., The Federal Funds Market, Boston 1964, S. 1
- 2) Dürr, E., Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M., 1966, S. 34
Goldenweiser, E.A., Instruments of Federal Reserve Policy, in: Banking Studies by Members of the Staff Board Governors of the Federal Reserve System Washington 1941, S. 395
Halm, G.N., Economics of Money and Banking, Homewood/Ill. 1961, S. 6
Rodbertus-Jagetzow, C., Briefe und sozialpolitische Aufsätze, hrsg. v. R. Meyer, Berlin 1881, Bd. II, S. 441

Darüberhinaus wird der Begriff Liquidierbarkeit nicht nur zur Charakterisierung der Geldumwandlungsfähigkeit von Vermögensgütern, sondern auch zur Kennzeichnung der Auflösung von Kreditverhältnissen¹⁾ und der Amortisation von Investitionen, insbesondere im Sinne des self-liquidating von Investitionen²⁾ gebraucht.

Diese Begriffe, die durch die Auffassung geprägt werden, daß Geld, wie auch die Quantitätstheorie voraussetzt³⁾, den Gütern als völlig anders geartetes Phänomen gegenübertritt, unterscheiden sich von den Begriffen, die Liquidität als Tauschfähigkeit definieren. Diese Ansicht geht davon aus, daß Geld, d.h. ein Tauschgut, nur durch seine Eignung zum Tausch durch den wirtschaftlichen Verkehr zum Tauschgut erhoben wird. Es kann jederzeit durch den wirtschaftlichen Verkehr, wenn jeder ein anderes Tauschgut bevorzugt, ausgeschaltet werden.⁴⁾ Auch Schilcher⁵⁾ dürfte diese Tauscheignung vor Augen haben, wenn er dem Geld "seine höchste Liquidität" in der idealtypischen, freien Verkehrswirtschaft zuspricht.

-
- 1) Machlup, F., Führer durch die Krisenpolitik, Wien 1934, S. 146
Schumpeter, J., Konjunkturzyklen, 1. Bd. New York und London 1939, deutsch: Göttingen 1961, S. 146
 - 2) Clark, J.M., Financing High Level Employment, in: Financing American Prosperity, New York 1945, S. 92, S. 107
Hansen, A.H., Stability and Expansion in: Financing American Prosperity, New York 1945, S.225/226
 - 3) Botha, D.J., A Study in the Theory of Monetary Equilibrium, Leiden 1959, S. 2
 - 4) Veit, O., Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frankfurt /M., 1948, S. 12
 - 5) Schilcher, R., Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung, Berlin 1958, S. 36

b) Liquidität als Bezeichnung für Zahlungsmittelmengen

Der Inhalt des Liquiditätsbegriffes, der zunächst nur die finanzielle Situation einer Bank bzw. des Banksystems charakterisierte, entwickelte sich angesichts der Zusammenhänge zwischen Bankenliquidität und der Regelung der Geldmenge durch den Staat zu einem Begriff, der die Geld- und Kreditmenge einer Volkswirtschaft definiert. Goldenweiser¹⁾ verwendet den Begriff Liquidität in einem Zusammenhang, der eine Deutung des Entwicklungsverlaufs dieses Ausdrucks in diesem Sinne zuläßt. Diese im Gegensatz zur betriebswirtschaftlichen Definition stehende Fassung des Liquiditätsbegriffs findet sich sowohl in der Wirtschaftspraxis als auch teilweise in der volkswirtschaftlichen Literatur.

Die Deutsche Bundesbank beispielsweise spricht in einer ihrer Veröffentlichungen von "dem Liquiditätszustrom aus dem Ausland"²⁾. Eindeutig bestimmt die Amsterdamsche Bank Liquidität als Begriff zur Charakterisierung von Geld- und Währungsreserven. "The total liquidity circulating in the economy comprises two elements, one is the money supply, or primary liquidity, while the other consists of secondary liquid assets. These include claims on banks, local authorities and the government, which are in the hands of holders other than these entities and which can be converted in large amounts into money at short notice without substantial expense or loss on the rate"³⁾. Auch Jacobsson versteht unter Liquidität "the supply of credit in national currencies as needed to finance and provide the means of payment for trade and production"⁴⁾.

1) Goldenweiser, E.A., American Monetary Policy, New York, Toronto, London, 1951, p. 38

2) Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/M., Jan. 1965, S. 3

3) Amsterdamsche Bank, Quarterly Review, No. 138, Third Quarter 1962, p. 37

4) Jacobsson, P., The Lessons of Experience, Supplement to IMF International Financial News Survey, Vol. XV, 1963 p. 170

Den Begriff Liquidität verwenden auch Dürr¹⁾ und teilweise die Wirtschaftspresse²⁾ im Sinne von Zahlungsmittelmengen bzw. in erweiterter Form zur Kennzeichnung der Möglichkeiten, über Zahlungsmittel in Form von Krediten oder leicht und ohne Verlust veräußerlichen Wertpapieren verfügen zu können.

Den unterschiedlichen Inhalten des volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes suchte Veit³⁾ durch eine Dreiteilung der Begriffsdefinition Rechnung zu tragen, indem er ihn neben der Einstufung als Begriff zur Kennzeichnung einer Eigenschaft der Vermögensgüter als Mengenbegriff kennzeichnet. Da jedoch die Geld- und Kreditmenge einer Volkswirtschaft durch das am Markt in Erscheinung tretende Zentralbankgeld und Kreditgeld und die Umlaufgeschwindigkeit beider Geldarten bestimmt wird, muß der Liquiditätsbegriff, da er zur Bezeichnung von Zahlungsmittelmengen dient, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes einbeziehen. In Anerkennung dieses Merkmals definiert Veit⁴⁾ daher die Liquidität drittens als Bewegungsbegriff. Gestrich⁵⁾ sieht dagegen nur eine Bestimmungsgröße der Geldmenge als Begriffsmerkmal der Liquidität an. Er greift die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes heraus und kennzeichnet sie als "immanente Liquidität". Die immanente Liquidität ist abhängig von der Reagibilität des Bankapparates auf die Dispositionen der Wirtschaftsteilnehmer. Worret⁶⁾ sieht in ihr daher "ein Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung".

1) Dürr, E., a.a.O. S. 64 ff.

2) Röper, H., Internationales Währungssystem unter der Lupe, FAZ vom 30.9.1963

ders. Ausreichende internationale Liquidität für den Welthandel, FAZ vom 1.10.1963

ders. Nicht nur Währungsreserven sind internationale Liquidität, FAZ vom 2.10.1963

3) Veit, O., Theorie a.a.O. S. 12

4) ders. Theorie a.a.O. S. 12

5) Gestrich, H., Kredit a.a.O. S. 118

6) Worret, F., Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955, S. 11

- c) Liquidität der Banken als Repräsentant volkswirtschaftlicher Liquidität.

Die enge Verflechtung der Banken mit den ökonomischen Dispositionen der übrigen Wirtschaftsteilnehmer legte vielfach den Gedanken nahe, die Liquidität der Banken repräsentiere die Liquidität der Volkswirtschaft. Hahn¹⁾ verbindet mit einem volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff, soweit ihm überhaupt ein Sinn abgewonnen werden könne, die Fähigkeit der Banken, sich zu liquidisieren. Darunter versteht er in erster Linie die Fähigkeit der Banken, Zahlungsanspannungen über den Verkauf von Wertpapieren durch Refinanzierung bei der Zentralbank überwinden zu können. Für Sayers ist Liquidität "... the word that the banker uses to describe his ability to satisfy demands for cash in exchange for deposits"²⁾. Ähnlich charakterisieren Willis³⁾, Goldenweiser⁴⁾, Burgess⁵⁾, Hansen⁶⁾, Ender⁷⁾, Dürr⁸⁾ und Beckhart⁹⁾ diesen Zusammenhang. Gregory¹⁰⁾ spricht in entgegengesetztem Sinne von Illiquidität.

1) Hahn, A., Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1930, 3. Aufl. S. 53

2) Sayers, R.S. Modern Banking, 4. Aufl. Oxford 1958, p.189

3) Willis, P.a.a.O. S. 49

4) Goldenweiser, E.A. a.a.S. 117

5) Burgess, W.R., The Reserve Banks and the Money Market, 3. ed. New York, London 1946, S. 144

6) Hansen, A.H., Stability a.a.O. S. 254

7) Ender, R., Die Liquiditätsverhältnisse im schweizerischen Bankwesen besonders in der Zeit von 1955 - 1959, Winterthur 1964, S. 1

8) Dürr, E., a.a.O. S. 44, 52, 61 ff.

9) Beckhart, B.H. a.a.O. S. 384

10) Gregory, T.E., The Westminster Bank through a Century, Vol. II, London 1936, S. 62

In einem ähnlichen Sinne nimmt Gleske¹⁾ zu dieser Frage Stellung. Er verneint die Existenz einer Liquidität der Volkswirtschaft und erkennt nur die "jeweils spezifischen Gesetzmäßigkeiten folgenden Liquiditätsentwicklungen in den drei Bereichen Nichtbanken, Geschäftsbanken, Zentralbank" des volkswirtschaftlichen Liquiditätsgefüges an. Stucken weist in seiner Untersuchung der Bankenliquidität auf den Einfluß der allgemeinen Kredit- und Liquiditätspolitik hin und schneidet damit volkswirtschaftliche Gesichtspunkte der Bankenliquidität an, ohne jedoch die volkswirtschaftlichen Begriffsmerkmale der Bankenliquidität klar herauszustellen²⁾. Die vielfältigen Formen der Verflechtung des Bankkredits und damit auch der Bankenliquidität in einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft zeigt folgende Kredittafel Linhardts³⁾:

1) Gleske, L., Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt /M., o.J. S. 12

2) Gestrich, H., Rezension des Buches von Rudolf Stucken, Liquidität der Banken, Berlin 1940 in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 53, 1943 (I) S. 109

3) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 45

Kreditstufe	Kreditfunktion	Kreditform	Kreditpolitik
Nachbar Natural- und Geldleihe	Aushilfe	Naturalien und Bargeld	-
Händler-Ver- braucher Kaufpreis- stundung, unregelmäßig	Absatzsteigerung unregelmäßig	Buchkredit, einseitig Wechsel- kredit	Zahlungskondi- tionen branchen- bedingt
Erzeuger- Händler Kaufpreis- stundung, regelmäßig	Umsatzsteigerung regelmäßig	Buchkredit, zweiseitig, Wechsel- kredit	Zahlungskondi- tionen, branchen- und ver- bandsbedingt
Geschäftsbank- Bankkunde (Kreditbank, Hypothek en- bank, Spezial- bank) Bank- kredit	Absatz-, Umsatz- und Betriebser- weiterung	Kontokorrent- kredit Wechselkredit Lombarkredit Hypothekar- kredit usw.	Kreditvertrag, Sicherheit durch Firma, Kredit- unterlagen; Satzung, Kredit- richtlinien; Liquiditäts- und Zinspolitik; Allg. Geschäftsbe- dingungen; Verbandskonditio- nen; (qualitative Kre- ditkontrolle, Aus- lese)
Geschäfts- bank-Geschäfts- bank Zahlungs- regelung	Guthabenaus- gleichung aus- schließlich	Nostrover- kehr Akzept- kredit	Liquiditätsdis- position; Banken- abkommen
Geschäfts- bank-Noten- bank Kreditregu- lierung	Geldversorgung ausschließlich	Rediskontkre- dit wert- papierverkehr	Statut, Richtlinien Gesetz (Bankge- setz, Geschäfts- bankgesetz); Diskontpolitik Reservenpolitik Offenmarktpolitik (quantitative Kreditkontrolle)

Ob die Bankenliquidität als repräsentativ für die Liquidität der Volkswirtschaft angesehen werden kann, soll beurteilt werden, wenn die Zusammenhänge zwischen Bankliquidität und der Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer geklärt sind.

d) Liquiditätspräferenz als Faktor wirtschaftlicher Entscheidungsfreiheit

Ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte der neueren Nationalökonomie war das Erscheinen der General Theory von Keynes im Jahre 1936. Sie startete zum Generalangriff auf die Lehren der klassischen Theorie von David Ricardo bis Alfred Marshall. Einer seiner Hauptangriffspunkte war die Theorie des Zinses, den die klassische Nationalökonomie als Belohnung für die Nichtausgabe im Sinne des Sparens und Wartens betrachtete¹⁾. Keynes dagegen sieht den Zinsfuß des laufenden Geldangebotes als Belohnung für die Nicht-hortung von Geld und stützt diese monetäre Zinstheorie auf die mehr oder weniger starke Liquiditätsvorliebe des Publikums, die der Eignung des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel zu dienen, entspringt. Keynes führte diesen Begriff als Erkenntnisinstrument in die Volkswirtschaftslehre ein und bestimmte danach seinen Inhalt.

Die Liquiditätspräferenz (Liquiditätsvorliebe) des einzelnen Wirtschaftsteilnehmers ist im Zusammenhang mit der Funktion des Hanges zum Verbrauch zu sehen. Dieser ist abhängig von objektiven Faktoren, wie Änderungen in der Steuerpolitik des Staates, Änderungen zwischen Einkommen und Realeinkommen, Änderungen über die Erwartungen des künftigen Einkommensniveaus und subjektiven Faktoren, wie dem Aufbau einer Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben, dem Gefühl, Unabhängigkeit zu gewinnen, einsatzbereites Kapital zur Ausführung spekulativer

1) Keynes, J.M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, unveränd. Nachdruck S. 140-146

oder geschäftlicher Pläne sicherzustellen etc.¹⁾. Nach der Entscheidung wieviel Mittel seines Einkommens, bzw. Vermögens der einzelne Wirtschaftsteilnehmer nach diesen Gesichtspunkten zurücklegen will, steht er vor dem weiteren Problem, wie er diese zurückgelegten Mittel zu halten gedenkt.

Grundsätzlich gibt es für ihn drei Anlagemöglichkeiten: die Festlegung in Realkapitalwerten, die Vergabe von Gelddarlehen und das Halten eines Geldbestandes²⁾. Welche dieser drei Anlagemöglichkeiten genutzt werden, ist abhängig von den Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer hinsichtlich der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und des Zinfußes. Jede der drei Möglichkeiten muß dem Grenzinvestor, der sich nicht schlüssig ist, welche Form er wählen soll, "einen anscheinend gleichen Vorteil bieten"³⁾. Für Keynes ist dieser Zusammenhang zwischen Ertragsquote des Kapitals und Marktzins nur eine Komponente des konjunkturellen Verlaufs des Wirtschaftsgeschehens. Dagegen bietet ein gegenüber dem "natürlichen Zins", der Ertragsquote des Realkapitals, fallender bzw. steigender Geldzins für Wicksell⁴⁾ die Haupterklärung für Konjunkturaufschwungs- bzw. -abschwungsperioden.

Die Liquiditätsvorliebe begründet Keynes mit der Furcht der Wirtschaftssubjekte vor der ungewissen Zukunft. Die mehr oder weniger starke Neigung, Vermögens- und Einkommensteile in Form von Bargeld zu halten, ist ein "Barometer, das den Grad unseres Mißtrauens in unsere eigenen Kalkulationen und Konventionen im Hinblick auf die Zukunft angibt"⁵⁾.

1) Keynes, J.M., Allgemeine Theorie, a.a.O. S. 77-96

2) Keynes, J.M., Artikel in: Quarterly Journal of Economics, 1937, wiederabgedruckt in: S.E. Harris (ed.), The New Economics, Alfred A. Knopf, Inc. New York 1947, S. 188, zitiert bei: Hansen, A.H., Keynes' ökonomische Lehren, Stuttgart, Düsseldorf, 1959, S. 134

3) Hansen, A.H. Keynes a.a.O. S. 134

4) Wicksell, K., Vorlesungen über Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips, Bd.2, Geld und Kredit, Jena 1928, S. 221, vergl. auch: Myrdal, G., Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse in: Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933, S. 394 ff., vergl. auch Wissler, A. a.a.O. S. 23 ff.

5) Keynes, J.M., in: Quarterly journal a.a.O. S. 187

Die Wirtschaftsteilnehmer suchen, sich durch Horte gegen zukünftige Risiken und Ungewißheiten abzusichern. Die Ungewißheit kann sich auch allein darauf beschränken, erwartete, künftige Gewinnchancen durch den Einsatz bereitgehaltener Mittel auszunutzen. Daher besteht "in einem gegebenen Zustand der Erwartung in der Meinung der Bevölkerung eine gewisse Bereitschaft zum Besitze von Bargeld"¹⁾.

Keynes analysiert die Neigung zum Bargeldbesitz durch das Einkommens-, Geschäfts-, Vorsichts- und Spekulationsmotiv. Einkommens- und Geschäftsmotiv faßt er als Beweggründe für die Haltung aktiver Kassenbestände zum Umsatzmotiv zusammen. Vorsichts- und Spekulationsmotiv liegen dem inaktiven Kassenbestand zugrunde. Das Umsatzmotiv ist der Antrieb, Geldbestände zu halten, um den Zeitraum zwischen Bezug und Ausgabe des Einkommens bzw. zwischen dem Kauf und Verkauf von Waren überbrücken zu können. Geldbestände aus dem Vorsichtsmotiv sollen zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben, der Wahrnehmung vorteilhafter Käufe etc. dienen; aus dem Spekulationsmotiv wird dagegen Bargeld gehortet, um günstige Marktchancen für Wertpapiere etc. ausnützen zu können. Während daher "unter normalen Verhältnissen der für die Befriedigung des Umsatz- und Vorsichtsmotivs erforderliche Betrag hauptsächlich eine Resultante der allgemeinen Tätigkeit der wirtschaftlichen Ordnung und des Niveaus der Geldeinkommen ist", stellt das Spekulationsmotiv den Angelpunkt der geldlichen Disposition auf die wirtschaftliche Ordnung einzuwirken²⁾; denn das Spekulationsmotiv ist außerordentlich zinsempfindlich im Gegensatz zu den drei erstgenannten Motiven, die "mit Ausnahme einer wirklichen Änderung in der allgemeinen, wirtschaftlichen Tätigkeit und im Niveau der Einkommen "im allgemeinen irgend einem Einfluß gegenüber unempfindlich reagieren"³⁾.

1) Keynes, J.M., Theorie a.a.O. S. 172

2) ders. a.a.O. S. 165

3) ders. a.a.O. S. 165

Für Keynes ist daher, obwohl die Geldbestände nicht streng nach dem Umsatz-, Vorsichts- und Spekulationsmotiv getrennt werden können¹⁾, die Liquiditätsvorliebe aus dem Spekulationsmotiv, das "sich hauptsächlich auf die Beziehung zwischen dem laufenden Zinsfuß und den Zustand der Erwartung" stützt²⁾, die Hauptursache von Geldmengenänderungen. Er faßt diese Beziehungen in folgender Gleichung zusammen:

$$M = M_1 + M_2 = L_1(y) + L_2(r) \quad 3),$$

wobei M den Gesamtgeldbestand, M_1 den zur Befriedigung des Umsatz- und Vorsichtsmotivs gehaltenen Geldbetrag und M_2 den Geldbestand, der für Spekulationszwecke bereitgehalten wird, darstellt. Y ist das Einkommen und r steht als Symbol für den Zinsfuß. Diesen Geldbeständen entsprechen als Ursachen der Geldmengenänderungen die beiden Liquiditätsfunktionen L_1 in Abhängigkeit vom Einkommen und L_2 in Abhängigkeit vom laufenden Zinsfuß. Die Einkommensabhängigkeit von L_1 kommt in der Einkommensumlaufgeschwindigkeit zum Ausdruck, die Keynes zur Definition von M_1 heranziehen kann:

$$L_1(y) = \frac{y}{v} = M_1,$$

wobei die Einkommensumlaufgeschwindigkeit darstellt, die von dem Aufbau der Banken und der Industrie, von gesellschaftlichen Gewohnheiten, von der sozialen Einkommenschichtung und den Kosten des Haltens von Bargeld abhängt. Die Zinsabhängigkeit von L_2 bestimmt die Geldmenge M_2 , wobei r als eine Art Versicherungsprämie zur Aufhebung des Verlustrisikos aus Illiquidität anzusehen ist.

Hansen vertritt im Gegensatz zu Keynes die Auffassung, daß auch die Nachfrage nach Geld zu Transaktionszwecken unter bestimmten Voraussetzungen zinselastisch reagieren wird,

1) Keynes, J.M. Theorie a.a.O. S. 163

2) ders. Theorie a.a.O. S. 167

3) ders. Theorie a.a.O. S. 167-169

"thus when no more idle money can be pumped into the transaction area, in which the L_T function becomes interestelastic"¹⁾.
Halm²⁾ neigt dagegen der Ansicht von Keynes zu.

Die Liquiditätsvorliebe ist eine "gewisse Bereitschaft zum Besitze von Bargeld"³⁾. Liquidität ist für Keynes ein Ausdruck für den Bargeldbesitz, der in einer freiheitlich organisierten Geldwirtschaft die Voraussetzung zur Realisierung wirtschaftlicher Entscheidungen bildet. Der Begriff wird nicht mit der Einschränkung gebraucht, daß der Bargeldbesitz eine bestimmte Höhe erreichen müsse, damit von Liquidität gesprochen werden könne.

Paulsen knüpft bei der Ableitung seines Liquiditätsbegriffes an die Keynessche Auffassung an. Das Wirtschaftsgeschehen wird geprägt durch wirtschaftliche Entscheidungen. "Diese erfolgen in der Spannung zwischen Gegenwart und ungewisser Zukunft. Sie betreffen gegenwärtigen Aufwand im Hinblick auf künftigen, antizipierten Nutzen"⁴⁾. "Investieren ist also Objektivieren von Kosten im Hinblick auf antizipierten Nutzen eine Leistungsentscheidung in Ausrichtung auf künftige Verbrauchsentscheidungen"⁵⁾. Ob eine Leistungsentscheidung so getroffen wurde, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt, hängt von der Nachfrage nach dem Produktionsertrag, der durch diese Entscheidung ermöglicht wurde, ab. Sie ist im voraus nicht exakt zu kalkulieren. Jede Leistungsentscheidung ist daher mit einem Risiko verknüpft. "Den Grad der Gewißheit mit dem die investierten Kosten bei der Verwertung des produzierten Gutes wieder beschafft werden können, womit dann für den

1) Hansen, A.H. Monetary Theory a.a.O. S. 68

2) Halm, G.N., a.a.O. S. 268

3) Keynes, J.M., Theorie a.a.O. S. 172

4) Paulsen, A., Liquidität und Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt/M.-Berlin 1950, S. 43

5) ders. a.a.O. S. 44

Produzenten zugleich die Investierung beendet und die volle Freiheit der Leistungsentscheidung zurückgewonnen ist, bezeichnen wir als Liquidität¹⁾. Liquidität ist nach Paulsen nicht nur in der Geld-, sondern auch in der Naturalwirtschaft denkbar. Geld stellt in einer Geldwirtschaft die "Verdinglichung der vollen Freiheit von Leistungs- und Verbrauchsentscheidungen" dar²⁾. Schmölders übernimmt diesen Liquiditätsbegriffsinhalt. Für ihn ist Liquidität "finanzielle Bewegungsfreiheit"³⁾.

Die Nationalökonomie gewann mit Hilfe dieser Liquiditätsbegriffe entscheidende Einsichten in das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer und den von diesem Verhalten beeinflussten Wirtschaftsprozeß.

2. Der außenwirtschaftliche Liquiditätsbegriff

Der Liquiditätsbegriff wird zur Charakterisierung internationaler Zahlungsverhältnisse in zwei Versionen gebraucht. Der Ausdruck "internationale Liquidität" steht einmal synonym für die internationalen Zahlungsmittel Gold und Devisen, zum anderen kennzeichnet der Begriff die Fähigkeit eines Landes, internationalen Zahlungsansprüchen gerecht werden zu können.

Die erste Fassung des Begriffes "internationale Liquidität" weicht von dem Inhalt des betriebswirtschaftlichen Begriffes Liquidierbarkeit der Vermögensgüter insofern ab, als nicht die Fähigkeit der Reserven im internationalen Verkehr als Zahlungsmittel zu dienen definiert wird, sondern diese Zahlungsmittel selbst als Liquidität bezeichnet werden.

1) Paulsen, A., a.a.O. S. 44

2) ders. a.a.O. S. 44

3) Schmölders, G., Geldpolitik, Tübingen, Zürich 1962, S. 89 ff.

Diese Definition des Begriffes "internationale Liquidität" vertreten Bombach u.a.¹⁾, Kruse²⁾, Fensch³⁾, Triffin⁴⁾, Haberler⁵⁾, Issing⁶⁾ und die Deutsche Bundesbank⁷⁾.

Diese strenge Beschränkung des Begriffsinhaltes der internationalen Liquidität auf die Darstellung von Geld und Devisen engt den Verwendungsbereich dieses Begriffes ein. Es wird teilweise die Frage aufgeworfen, ob unter bestimmten Voraussetzungen auch Kreditfazilitäten zur internationalen Liquidität zu rechnen sind⁸⁾. Hansen⁹⁾ spricht in diesem Zusammenhang von den Kreditmöglichkeiten, die der Internationale Währungsfond (IMF) bereitstellt, von Swap-Abkommen, Goldpreiserhöhungen et

-
- 1) Bombach, Riese, Raabe, **Wachstum und Konjunktur**, Giersch, Senf, Henschel Darmstadt und Opladen 1960, S. 11
 - 2) Kruse, A., Internationaler Kredit- und Kapitalverkehr und der Ausgleich der Zahlungsbilanzen, in: Internationale Währung und Finanzpolitik, Festschrift zum 85. Geburtstag von Adolf Weber, Berlin 1961, S. 49
 - 3) Fensch, U., Zum Problem der internationalen Liquidität, Tübingen 1963, S. 3
 - 4) Triffin, R., The International Community and the Problem of International Monetary Reform, in: Währungspolitik in der europäischen Integration, Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Bd. 29, Baden-Baden 1964, S. 11
 - 5) Haberler, G., Geld in der internationalen Wirtschaft, Hamburg 1965, S. 24
 - 6) Issing, O., Zur Frage der objektiven Beurteilung einer angemessenen Versorgung mit internationaler Liquidität, Sonderdruck aus: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 103. Jg. Heft 1 1967, S. 85
 - 7) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, Frankfurt / M. 1962, S. 30/31
 - 8) IMF, The Adequacy of Monetary Reserves, IMF Staff Papers, October 1953, S. 183, zitiert bei: Issing, O., a.a.O. S. 85
 - 9) Hansen, A.H., The Dollar and the International Monetary System, New York, St. Louis, San Francisco, Toronto, London, Sydney 1965, S. 121

Auch Funck verwendet den Begriff in diesem erweiterten Sinne¹⁾.

Die zweite Version des Begriffsinhaltes der internationalen Liquidität kann mit der betriebswirtschaftlichen Definition des Liquiditätsbegriffes, der den finanziellen Zustand einer Unternehmung charakterisiert, verglichen werden. Internationale Liquidität kennzeichnet in dieser von Machlup²⁾ vertretenen Fassung die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, allen internationalen Zahlungsansprüchen termingerecht nachkommen zu können. Machlup teilt damit die Ansicht Riegers, der den Begriffsinhalt der volkswirtschaftlichen Liquidität auf die Charakterisierung der finanziellen Beziehungen einer Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft festlegte.

Nach Diskussion der Bankenliquidität in ihrer Abhängigkeit von der Zentralbank und ihrer Verflechtung mit der Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer stellt er die Frage, was unter volkswirtschaftlicher Liquidität zu verstehen sei. Er sieht weder die "volkswirtschaftliche Bankenliquidität" noch den Geldaumlauf als symptomatisch für die volkswirtschaftliche Liquidität an. "Wenn man mit der Bezeichnung volkswirtschaftliche Liquidität überhaupt einen Sinn verbinden soll, dann kann sich dieser nur auf unsere Zahlungsfähigkeit im internationalen Verkehr beziehen, also auf das Vermögen, zu gegebener Zeit und in dem erforderlichen Umfang Devisen zu schaffen"³⁾.

-
- 1) Funck, R., Zum Problem der internationalen Liquidität, volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, 6. Jg. Nr. 11, Frankfurt /M., 1967
 - 2) Machlup, Fr., Liquidité internationale et nationale, Extrait du Bulletin d'Information et de Documentation de la Banque Nationale de Belgique, Feb. 1962
 - 3) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 287

III. Kritische Würdigung

1. Zur Frage der Liquidierbarkeit der Wirtschaftsgüter

Die betriebswirtschaftliche Literatur suchte die Beziehung der Vermögensgüter zur Liquidität einer Unternehmung durch die Möglichkeit, diese Güter in Geld einzutauschen, zu klären. Liquidität stellte sich in dieser Betrachtung dar als eine Eigenschaft der Güter, die abhängig ist von der Dauer ihrer Umwandlungszeit in Geld und der Höhe des zu erzielenden Geldbetrages. Diese Beziehungen wurden in dieser Arbeit unter dem Begriff Liquidierbarkeit zusammengefaßt und von dem Begriff Liquidität, der den finanziellen Zustand einer Unternehmung charakterisiert, getrennt.

Auch in der volkswirtschaftlichen Betrachtung bezeichnet der Ausdruck Liquidität zwei unterschiedliche Sachverhalte. Liquidität charakterisiert die Tauschfähigkeit eines Gutes und die finanziellen Verhältnisse einer Unternehmung, einzelner Wirtschaftsgruppen oder aller Wirtschaftsteilnehmer. Im Interesse eines klaren Begriffsinhaltes der Liquidität erscheint es ratsam, auch in der volkswirtschaftlichen Betrachtung Liquidität der Wirtschaftsgüter von der Liquidität der gesamten Volkswirtschaft, bzw. einzelner Wirtschaftsgruppen abzugrenzen. Angesichts dieser Zusammenhänge ist die Frage zu prüfen, ob der Begriff Liquidierbarkeit auch in der volkswirtschaftlichen Betrachtung verwendet werden kann.

Der Begriff Liquidierbarkeit wird unter betriebswirtschaftlicher Blickrichtung als Ausdruck für die Beziehungen der Vermögensgüter zum Geld verwendet. Der Anschluß an das Geldsystem ist unter der betriebswirtschaftlichen Fragestellung für die Unternehmung ein Datum. Alle Leistungen und Güter sind nur bezug auf das Geld zu sehen¹⁾.

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 14

In der volkswirtschaftlichen Betrachtung ist Geld kein Datum, sondern es ist als Organisationsmittel der marktwirtschaftlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung selbst eine veränderliche Variable. Geld ist nach Auffassung Gerloffs eine "Schöpfung sozialen Handelns"¹⁾. Es erfüllte auf einzelnen Entwicklungsstufen des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterschiedliche Funktionen. Die Ausgestaltung des Geldsystems ist symptomatisch für die Formen der zwischenmenschlichen Beziehungen. In frühen Stadien des gesellschaftlichen Wettbewerbs spielte insbesondere die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes die tragende Rolle. Das "primitive, aus sachlichen Wertträgern"²⁾ bestehende Geld wurde gehortet, um durch diesen Reichtum das Geltungsbedürfnis und das Streben nach sozialer Abhebung zu befriedigen. Die Tauschfähigkeit war in den frühen Entwicklungsphasen der menschlichen Gesellschaft keineswegs das entscheidende, begriffskonstituierende Merkmal des Geldes³⁾. Mit Auflösung der Sippenherrschaft und der Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu einer offenen Leistungsgesellschaft gewannen die Güter sozialer Wertschätzung, die gehortet und gesammelt wurden⁴⁾, in wachsendem Maße allgemeine Anerkennung. Die Tauschfähigkeit wurde zum entscheidenden Kriterium der Definition des Begriffes Geld. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Geld körperlich als Zwischentauschgut auftritt oder als Wertmesser und Recheneinheit das Medium des Güteraustausches repräsentiert.

Die kapitalistische Wirtschaft ist gekennzeichnet von einem "Übergewicht der rechnerischen Verwendung des Geldes als Wertmesser und Preismesser gegenüber dem körperlichen Gebrauch des Geldes als Tauschgut . . ." ⁵⁾. Für Gerloff ist das Geld der

-
- 1) Gerloff, W., Geld und Gesellschaft, Frankfurt/M., 1952, S. 13
 - 2) Thurnwald, R., Werden, Wandel und Gestaltung der Wirtschaft im Lichte der Völkerforschung, Berlin und Leipzig 1932, S. 36
 - 3) Gerloff, W., a.a.O. S. 103

gegenwärtigen Wirtschaftsstufe "die in Einkommen oder Vermögen, das zum Markte geht, in der Maßeinheit Geld ausgedrückte Kaufkraftmenge"¹⁾. "Das Geld hält den verkehrswirtschaftlichen Prozeß zusammen; alles wirtschaftliche Geschehen setzt heute Geldgebrauch voraus"²⁾.

Im Sinne dieser vorgetragenen Auffassung sehen auch Adolph Wagner³⁾ als einer der älteren und Küng⁴⁾ als einer der jüngeren Vertreter der Volkswirtschaftslehre ein Tauschgut bereits als Geld an, wenn es in einem Verkehrsgebiet allgemein als Tauschmittel und Wertmaß anerkannt wird. In einem System allseitigen Geldverkehrs bilden sich nach Auffassung Plenges⁵⁾ Austauschmöglichkeiten von Ware gegen Geld, sog. Austauschkonstanten heraus.

Entgegen dieser funktionalen, volkswirtschaftlichen Deutung des Phänomens Geld ist für Knapp erst die staatliche Anerkennung begriffskonstituierendes Merkmal des Geldes. "Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung"⁶⁾. Diese Betrachtung gewinnt, obwohl sie durch Außerachtlassung des Bankgeldes (Depositen, Scheck und Giro) einen wichtigen Bereich der volkswirtschaftlichen Aufgabe des Geldes vernachlässigt⁷⁾, für die Beurteilung der freien Währung Bedeutung. Der staatliche Annahmewang ersetzt in der heute in den meisten Ländern herrschenden, freien Währung den Stoffwert des Geldes. Geld ist heute in der Form der freien Währung

1) Gerloff, W., a.a.O. S. 106

2) Plenge, J., Linhardt, Hans, Das System der Verkehrswirtschaft, Tübingen 1964, S. 24/25

3) Wagner, A., Sozialökonomische Theorie des Kommunikations- und Transportwesens, Leipzig 1909, S. 121

4) Küng, E., Der Interventionismus, Bern 1941, S. 202

5) Plenge, J., Marx und Hegel, in: Cogito Ergo sumus, eine Auswahl von Schriften von Johann Plenge, herausgegeben von Hans Linhardt, Berlin 1964, S. 25

6) Knapp, G.F., Staatliche Theorie des Geldes, 4. Aufl., München und Leipzig 1923, S. 1

7) Linhardt, H., Johann Plenges Leistung für die geisteswissenschaftliche Fundierung der Betriebswirtschaftslehre, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilh. Hasenack, Herne, Berlin 1966, S. 45

"losgelöst vom Einzeltauschfall und vom konkreten Tauschobjekt und darüberhinaus verselbständigt zu einer geistigen Tatsache von eigenem Sein als beharrende Größe"¹⁾.

Da stoffwertloses Geld die Aufgabe als Transformator des güter- und dienstleistungswirtschaftlichen Tauschverkehrs zu dienen, ebenso erfüllt wie Warengeld, kann der Stoffwert des Geldes nicht mehr als begriffskonstituierendes Merkmal angesehen werden. Geld tritt so den Gütern als anders geartetes Phänomen, als Verkörperung der Tauschfähigkeit gegenüber. Unter diesen Voraussetzungen soll der Begriff Liquidität der Wirtschaftsgüter auch volkswirtschaftlich betrachtet durch den betriebswirtschaftlichen Begriff Liquidierbarkeit zur Charakterisierung der Beziehung der Güter zum Geld ersetzt und vom Begriff Liquidität der Volkswirtschaft oder einzelner Wirtschaftsgruppen bzw. Wirtschaftsteilnehmer abgegrenzt werden.

2. Zum Problem einer gesamtwirtschaftlichen Liquiditätsgröße

Der Geltungsbereich des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes ist durch das Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre, die Unternehmung, abgesteckt. Vor Verwendung dieses Begriffes in der Volkswirtschaftslehre ist daher zu prüfen, ob diese Definition des Begriffsinhaltes der Liquidität der Erfassung volkswirtschaftlicher Liquiditätsprobleme Grenzen setzt.

Der von der Volkswirtschaftslehre übernommene, betriebswirtschaftliche Liquiditätsbegriff, auch wenn sein Geltungsbereich auf alle Wirtschaftsteilnehmer - angefangen von der Unternehmung über alle privaten und öffentlichen Haushalte - ausgedehnt wird, liefert, da er unter der einzelwirtschaft-

1) Wilken, F., Phänomenologie des Geldwertbewußtseins, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1926, S. 420 ff.

lichen Fragestellung steht, einzelwirtschaftliche Liquiditätsergebnisse. Der Versuch, diese einzelwirtschaftlichen Liquiditäten zu einer volkswirtschaftlichen Gesamtgröße der Liquidität zusammenzufassen, scheitert an der Tatsache, daß die Liquiditätsverschlechterung eines Wirtschaftspartners eine Liquiditätsverbesserung bei einem anderen Wirtschaftsteilnehmer auslöst. Eine Addition aller Einzelliquiditäten würde daher entsprechend dem "in einer gesunden Geldwirtschaft bestehenden Gleichgewicht zwischen Gläubiger- und Schuldnerpositionen"¹⁾ zu einer gegenseitigen Aufhebung der Liquiditätsverhältnisse führen. Veit leitet aus dieser Erscheinung ab: "Totale Liquidität gibt es nicht. Sie wäre gleich totaler Illiquidität"²⁾. Hahn sieht in diesem Zusammenhang eine "allgemeine, durchgängige und vollständige Beendigung aller volkswirtschaftlichen Schulaverhältnisse"³⁾. In ähnlichem Sinne äußert sich Schmidt, wenn er sagt: "Mit jedem Geldkredit entstehen gleich hohe Schulden und Guthaben. Folglich ist auch die Summe aller Schulden gleich der Summe aller Guthaben"⁴⁾.

Dieser Ausgleich der Schulaverhältnisse kann nur für das Modell der geschlossenen, d.h. von allen außenwirtschaftlichen Beziehungen isoliert betrachteten Wirtschaft und - bei Einbeziehung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen nur für den Fall der ausgeglichenen Zahlungsbilanz angenommen werden. Der Einfluß der Zahlungsbilanzungleichgewichte auf die Liquiditätsverhältnisse einer Volkswirtschaft wird im Rahmen der Betrachtungen zum außenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriff unter III/5 eingehend erörtert werden.

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 64

2) Veit, O., Theorie a.a.O. S. 21

3) Hahn, A., a.a.O. S. 55

4) Schmidt, F. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre in der Schriftenreihe erschienen: die Handelshochschule, die Wirtschaftshochschule Wiesbaden Bd. 2, o.J., S. 146

Die binnenwirtschaftlichen Schuldverhältnisse bestehen einmal zwischen Privaten und Unternehmungen untereinander und zwischen Privaten, Unternehmungen und dem Staat. Sie sind lokalisiert durch Angebot und Nachfrage in den drei Teilmärkten Warenmarkt, Arbeitsmarkt und Kapitalmarkt¹⁾. Der Ausgleich der Liquiditätsverhältnisse entspricht dabei keineswegs einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage oder einem Gleichgewichtszins auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Der Ausgleich zwischen Gläubiger- und Schuldnerpositionen besagt, wenn man stark vereinfacht, lediglich, daß z.B. bei der Darlehensgewährung ein und derselbe Geldbetrag bei dem Gläubiger als Forderung bei dem Schuldner als Schuld gebucht wird. Bei einer Warenlieferung verhält es sich ähnlich. Der gleiche Geldbetrag wird vom Empfänger der Ware als Abgang vom Absender der Lieferung als Geldeingang registriert. Eine einzige volkswirtschaftliche Liquiditätsgröße kann daher nicht aus einer Addition der Liquidität der einzelnen, privaten Wirtschaftssubjekte abgeleitet werden²⁾.

In die Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner bzw. Lieferanten und Kunden ist das Zwischentauschgut Geld eingeschaltet. Es liegt daher die Frage nahe, ob das Geldevolumen nicht als Ausdruck der Liquidität einer Volkswirtschaft gelten kann. Die Verwendung des Begriffes Liquidität zur Kennzeichnung von Geldmengen ist nur gerechtfertigt, wenn die Geldmenge die Liquidität der Wirtschaft repräsentiert, bzw. mit den Liquiditätsverhältnissen der Verbraucher, der Unternehmungen und des Staates in einem exakt bestimmbareren Wirkungsverhältnis steht. Diese Frage soll nach einer Analyse der Beziehungen zwischen den Gelddispositionen der Wirtschaftsteilnehmer und dem Geldevolumen einer Volkswirtschaft beantwortet werden. Voraussetzung dieser Analyse ist die Klärung des Problems, wie sich das Geldevolumen einer modernen, marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft zusammensetzt.

1) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 63

2) Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1961, S. 17/18

Geld ist jenes Gut, welches in der Verkehrswirtschaft die Geldfunktionen ausübt¹⁾. Die Geldmenge einer Volkswirtschaft setzt sich entsprechend dieser modernen Auffassung zusammen aus Zentralbankgeld und Geschäftsbankdepositen²⁾. Dürr stützt sich dabei auf eine Begriffsdefinition Gleskes³⁾, der auf Grund der Zahlungsmittelfunktion des Geldes sowohl Termin- als auch Spardepositen in den Geldmengenbegriff einbezieht. Terminepositen können deshalb in das Geldvolumen eingerechnet werden, da die Banken jederzeit bereit sind, diese Spargelder vorzeitig - unter Anrechnung der Kosten - freizugeben. Da die Bankdepositen zugleich Ausgangsbasis der Kreditschöpfung sind, setzt sich nach dieser Auffassung das Geldvolumen sowohl aus Zentralbankgeld als auch aus Kreditgeld zusammen. Darüberhinaus muß berücksichtigt werden, daß ein Geldbetrag mehrere Umsatzakte vollziehen kann, d.h. er ist in der Lage, mehrere Schuld- und Gläubigerpositionen zum Ausgleich zu bringen. Als weiteres entscheidendes Kriterium der Geldmengentritt daher die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in den Vordergrund der Betrachtung. Sie ist abhängig von den Zahlungsgewohnheiten des Publikums. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Definition des Geldvolumens.

Die Beziehungen zwischen dem Geldvolumen und der privaten Wirtschaft ferner dem Staat werden nachstehend einmal unter dem Gesichtspunkt des Geldangebotes, zum anderen unter dem Blickpunkt der monetären Nachfrage analysiert werden. Die erste Betrachtung sucht die Beantwortung der Frage, wie administrative Geldmengenveränderungen die Dispositionen der Wirtschaftsteilnehmer beeinflussen. Angelpunkt der zweiten Erörterung ist der Komplex der Auswirkungen der Gelddispositionen der Verbraucher und der gewerblichen Wirtschaft auf den Umfang des Geldvolumens.

1) Schilcher, R., a.a.O. S. 36

2) Dürr, E., a.a.O. S. 23

3) Gleske, L., a.a.O. S. 17

In den Mittelpunkt der ersten Betrachtung muß die Quantitätstheorie gestellt werden, die das geldtheoretische Denken seit dem 16. Jahrhundert beherrschte¹⁾. Auch die Einkommens-
theorie, die auf die wirksame Geldmenge abstellt²⁾, ist im Grunde ein quantitätstheoretisches Modell. Der Satz, die Gütermenge multipliziert mit dem Durchschnittspreis der Güter ist gleich der Geldmenge, ist zunächst zwar nichts weiter "als eine reine Tautologie zur Preisdefinition"³⁾. "Zur eigentlichen Quantitätstheorie wird dieser Satz, der zunächst nur eine gegenseitige, funktionale Beziehung zwischen Preis und Geldmenge behauptet erst, wenn die Änderungen für das Primäre erklärt werden"⁴⁾. Die Quantitätstheorie stellt damit das Geldangebot in den Mittelpunkt der Betrachtung⁵⁾. Sie basiert auf der Annahme, eine Geldmengenänderung rufe eine Änderung des wirtschaftlichen Verhaltens der Verbraucher und der Unternehmer hervor. Wenn Cassel⁶⁾ als einer der älteren und Müller-Armack⁷⁾ als einer der jüngeren Vertreter der Volkswirtschaftslehre die Stabilität des Geldwertes von der Knapphaltung der Zahlungsmittel abhängig machen, legen sie stillschweigend diese Prämisse zugrunde. Auch die Empfehlungen von

-
- 1) Copernicus, N., *Monetae cudendae ratio*, 1526, deutsche Fassung 1522 bei Prowe, Copernicus II, Berlin 1884, S.21-29
Bodin, J., *Réponse aux paradoxes de M. de Malestroit*, 1568, deutsch unter dem Titel "Diskurs von den Ursachen der Theuerung, wie auch den Auf- und Abschlag der Müntz", Hamburg 1624
Davanzati, B., *Lezione sulle Moneta*, 1582, Sammlung Custodi, Milano 1804, zitiert bei:
Schmölders, G., a.a.O. S. 54-55
 - 2) v. Zwiedineck-Südenhorst, O., *Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestimmungsgrund*, Schmollers Jahrbuch 1909, S. 160
 - 3) Wagemann, E., *Allgemeine Geldlehre*, I.Bd. Theorie des Geldwertes und der Währung, Berlin 1923, S. 130
 - 4) ders. a.a.O. S. 130
 - 5) Wagner, V.F., *Quantitätstheorie und Geldpolitik in: Festschrift für Alfred Amonn*, Bern 1953, S. 150
 - 6) Cassel, G., *Das Stabilisierungsproblem*, Leipzig 1926, S. 36
 - 7) Müller-Armack, A., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Freiburg/Brsg. 1966, S. 160

Douglas und Patman zum Abbau der inflatorischen Erscheinungen nach dem 2. Weltkrieg in USA, die Geldmenge durch Kreditrestriktion zu verringern, gehen von dieser Voraussetzung aus¹⁾. Die Änderungen dieses Verhaltens würden sich über die Kassenhaltungsbereitschaft bei den Empfängern kontraktbestimmter Einkommen letzten Endes in der Höhe der Verbrauchs- und Sparquote, bei den Unternehmern in der Bereitschaft zum Verbrauch oder zur Investition niederschlagen. Beide Einflüsse würden in den Preisbewegungen zum Ausdruck kommen.

Der Zins stellt in diesem Modell die Verbindung zwischen Geldmengenveränderungen und den Reaktionen der Verbraucher, der Unternehmer und des Staates dar. Durch eine Verringerung der Geldmenge beispielsweise in der Hochkonjunktur würde der Zins steigen; die auf Grund des steigenden Zinssatzes sinkende Kreditnachfrage dämpfe eine Konjunkturüberhitzung im gewünschten Maße. Umgekehrt würde im Konjunkturabschwung eine Vermehrung des Geldangebotes, die ein Sinken des Zinssatzes zur Folge hätte, die Nachfrage der Unternehmer nach Investitionskrediten stimulieren und damit neue Auftriebstendenzen einleiten. Auf diesen Ansatz stützte sich das klassische Instrumentarium der Notenbank, "um durch Geldmengenveränderungen die Liquiditätsstruktur der Wirtschaft zu beeinflussen"²⁾.

Diese klassische Konzeption von den Ausgleichsmechanismen der sich selbst überlassenen, nach den Gesetzen des Wettbewerbs organisierten Wirtschaftsordnung verifizierte sich in der Praxis nur teilweise. Mit notenbankpolitischen Maßnahmen

1) Stellungnahme Douglas P.H., zum Patmanbericht, in: Auszüge aus dem Douglas-Report, Washington 1950 und aus der Enquête des Untersuchungsausschusses für allgemeine Kredit- und Staatsschuldenpolitik (Patman-Ausschuss) des amerikanischen Kongresses, Washington 1952, herausgeb. vom Bundeswirtschaftsministerium o.J., S. 233 vergl. auch

Wissler, A., a. a. O. S. 9/10

2) Musgrave, R.A. Finanztheorie, Tübingen 1966, S. 496 vergl. Veit, O., Grundriß a. a. O. S. 227

gelingt es vielfach, eine Konjunkturüberhitzung zu dämpfen¹⁾. Empirische Untersuchungen haben allerdings gezeigt, daß die Höhe des Zinses nicht einheitliche Reaktionen der Verbraucher und Unternehmer hervorruft, wie die klassische Theorie voraussetzte. Ehrlicher²⁾ hat nachgewiesen, daß die Wirtschaft auf Zinssätze für langfristige und kurzfristige Projekte unterschiedlich reagiert. Für langfristige Investitionen z.B. Wohnungsbau stellte er eine außerordentlich hohe Zinselastizität fest. Die Nachfrage nach "kreditabhängigen Investitionen" wird durch niedrige Zinssätze stimuliert. Dagegen ist für die Inanspruchnahme von kurzfristigen Lagerfinanzierungskrediten etc. weniger die Höhe des Zinssatzes als vielmehr die augenblickliche Wirtschaftssituation, die durch Nachfragesteigerungen und Abbau der Lagervorräte oder sinkende Nachfrage bei steigenden Lagervorräten gekennzeichnet ist, das entscheidende Kriterium. Diese "konjunkturabhängigen Investitionen sind äußerst zinsunelastisch. Auch die Verbraucher reagieren nur unter gewissen Voraussetzungen, wie unter II/1 d gezeigt wurde, auf Zinsschwankungen. Die konjunkturabhängige Kreditnachfrage prägt den Geldmarkt, der Kapitalmarkt wird dagegen stärker durch die kreditabhängigen Investitionen bestimmt. Wenn die Kanäle zwischen beiden Teilmärkten verstopft sind, kann der Zins die Rolle des Ausgleichsfaktors nicht übernehmen³⁾. Ehrlicher spricht in diesem Zusammenhang von der "Kommunikation der Kreditmärkte"⁴⁾.

"In der großen Depression hatte sich mit aller Deutlichkeit herausgestellt, daß die Zentralbank allein nicht imstande war, die effektive Nachfrage nach Gütern in der Volkswirtschaft anzuregen"⁵⁾. Auch Halm⁶⁾ weist auf Grund empirischer Ergebnisse

1) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 13/14

2) Ehrlicher, W., a.a.O. S. 22

3) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 14

4) Ehrlicher, W. a.a.O. S. 51

5) Lutz, F.A. Notenbank und Fiskalpolitik, Vortrag gehalten bei einem Empfang der Landeszentralbank von Baden-Württemberg, Stuttgart 1957, S. 6

6) Halm, G.N. Geldpolitik und Marktwirtschaft, in: Internationale Währungs- und Finanzpolitik, Festschrift zum 85. Geburtstag von Adolf Weber, Berlin 1961, S. 125-135, vergl. auch Wissler, A., a.a.O. S. 10 ff.

daraufhin, daß die Theorie von einer automatischen Nachfragesteigerung auf Grund von Zinssenkungen falsch war. "In Zeiten einer tiefen allgemeinen Depression können noch so verlockende Kreditangebote das vorhandene Mißtrauen nicht überwinden, sondern im Gegenteil noch verstärken"¹⁾.

Diese Beispiele zeigen, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht ausschließlich von einer Änderung der Geldmenge, des Geldangebotes durch Banken und Staat abhängig ist²⁾. Da Veränderungen der Geldmenge nicht unmittelbar adäquate Schwankungen des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte auslösen, steht die in Zentralbankgeld und Geschäftsbankdepositen zum Ausdruck kommende Geldmenge vom Standpunkt des Geldangebotes nicht repräsentativ für die Liquidität der Wirtschaft, die durch die liquiditätswirksamen Entscheidungen der Verbraucher und Unternehmer bestimmt wird.

Gegenstand der zweiten Betrachtung ist die Abhängigkeit der Geldmenge vom Umfang der monetären Gesamtnachfrage, d.h. der in Geldeinheiten ausgedrückten, totalen Nachfrage nach Gütern und Diensten, die sich auf den Märkten manifestiert³⁾. Es ist zu analysieren, ob aus dem Einfluß der Geldausgaben⁴⁾ der Verbraucher, der Unternehmer und des Staates auf die Geldmenge die Verwendung des Liquiditätsbegriffes zur Kennzeichnung von Zahlungsmittelmengen abgeleitet werden kann.

Im Rahmen dieser Betrachtung stellt die monetäre Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten die Ursache von Preisveränderungen dar⁵⁾. Da die monetäre Gesamtnachfrage auch als Ursache für Änderungen des Geldvolumens angesehen wird, lösen Preisverschiebungen Schwankungen der nachfragewirksamen

1) Schmolders, G., a.a.O. S. 192

2) Wagner, A., Die Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte, herausgegeben von Johann Plenge, Essen 1920, S. 37

3) Wagner, V., Quantitätstheorie a.a.O. S. 150

4) Lutz, F.A. Notenbank, a.a.O. S. 6

5) Bendixen, F., Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges, . Aufl. München und Leipzig, 1919, S. 151

Geldmenge aus. Dieser Gedanke liegt der Bankingtheorie zugrunde. In dem Streit zwischen Currency- und Bankingtheorie, der im Jahre 1844 in England mit der Sanktionierung der Currency-Theorie in der Peels-Akte zunächst einen Abschluß gefunden hatte, trug damit die Bankingtheorie endgültig den Sieg davon. Ansatzpunkte der Beeinflussung der Geldmenge durch die private Wirtschaft sind die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und die vom Staat und dem Bankensystem geschaffene Zentralbank- und Kreditgelamenge.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hängt vorwiegend ab von der Struktur und Entwicklung der Zahlungsgewohnheiten des Publikums. Je mehr Umsatzzakte ein Geldbetrag vollzieht, desto höher ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. In Zeiten hoher, wirtschaftlicher Aktivität in der Aufschwungsphase der Konjunktur liegt die Zahl der Umsatzzakte je Gelabetrag höher als in Zeiten schleppenden Geschäftsganges. Die Bereitschaft zum Geldausgeben insbesondere in Form des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bestimmt diesen Faktor des Geldvolumens. Die Antriebskräfte zu Geldmengenveränderungen, die auf diesen Faktor zurückgehen, entwickeln sich parallel zu den Schwankungen der Gesamtnachfrage¹⁾. Vor allem Hawtrey²⁾ stützte auf diesen Zusammenhang den Aufbau einer rein monetären Konjunkturtheorie.

Die Schwankungen der Gesamtnachfrage wirken sich jedoch nicht voll auf die Geldmenge aus. Das System der modernen, bargeldlosen Überweisung, die Verflechtung der Banken im Verrechnungsverkehr mit Banken und ähnlichen Institutionen, kurz die ganze stets durch rationelle Methoden verbesserte Geldskontraktion³⁾ ermöglicht es, diesen Prozeß zu intensivieren. Nicht allein die Antriebe, die von den Zahlungsgewohnheiten des Publikums ausgehen, sondern auch die rationellen Verrechnungsmethoden des Banksystems tragen somit zur Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit bei. Da dieser Einfluß weitgehend

1) Haberler, G., Prosperität und Depression, Bern 1948, S. 25

2) Hawtrey, A., Monetary Theory of the Trade Cycle, Economic Journal, London 1929

3) Linhardt, H., Johann Plenges Leistung a.a.O. S. 45

Da dieser Einfluß weitgehend technisch bedingt ist, dürfte er relativ konjunkturunempfindlich sein.

Auf Grund der Geldskontraktion bleibt die Steigerung der aus Zentralbankgeld und Kreditgeld bestehenden Geldmenge teilweise hinter der Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität, vor allem der Preise zurück. Auf diese Tatsache hat Predöhl¹⁾ hingewiesen. Auch Schmölders²⁾ stellt auf Grund der Entwicklung der Preise und des Geldvolumens nach dem 1. Weltkrieg und auch unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg eine proportionale Veränderung der Geldmenge entsprechend der Intensität der wirtschaftlichen Aktivität in Frage.

Da die Relation der Schuldner- und Gläubigerpositionen einer Volkswirtschaft zur marktwirksamen Geldmenge nicht exakt bestimmbar ist, kann auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht gemessen werden. Damit fehlt eine wesentliche Bestimmungsgröße der Erfassung der marktwirksamen Geldmenge. Die in Zentralbankgeld und Bankdepositen zum Ausdruck kommende Geldmenge kann daher - auch wenn die Geldmenge als von den Geldausgaben der Verbraucher, Unternehmer und des Staates abhängige Variable betrachtet wird - nicht als Repräsentant der Liquidität der Wirtschaft eines Volkes angesehen werden. Es ist daher keine wissenschaftliche Zwecksetzung einzusehen, den Begriff Liquidität an Stelle des Begriffes Geldmenge oder Zahlungsmittelmenge zu setzen. Der Begriff Liquidität wird auf Grund der analysierten Zusammenhänge in dieser Arbeit nicht zur Kennzeichnung von Zahlungsmittelmengen verwendet.

1) Predöhl, A., Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik, Göttingen 1949, S. 274/75

2) Schmölders, G., a.a.O. S. 58

3. Beziehungen zwischen der Bankenliquidität und der Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer

Die Liquidität einer Volkswirtschaft kann nur durch eine Größe repräsentiert werden, die die Liquiditäten aller Wirtschaftsteilnehmer erfaßt oder mit diesen Liquiditäten in einem ganz bestimmten Zusammenhang steht. Es ist zu prüfen, ob die Bankenliquidität diese Voraussetzungen erfüllt. Sparkassen, deren bankwirtschaftliche Aufgabe heute in zunehmendem Maße Bedeutung gewinnt¹⁾, werden im Rahmen dieser Betrachtung in den Begriff der Bank einbezogen.

Das Liquiditätsproblem wurde vor allem in der älteren Literatur als Charakteristikum des Bankunternehmens erkannt und definiert. Die Auffassung, die Aufgabe der einzelnen Bank bestehe darin, aus Einlagen Kredite zu vermitteln, begründete den Inhalt dieses Liquiditätsbegriffes. Otto Hübner leitete daraus die "goldene Bankregel" ab. "Der Kredit, welchen eine Bank geben kann, ohne Gefahr zu laufen, ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen zu können, muß nicht nur im Betrage, sondern auch in der Qualität dem Kredite entsprechen, welchen sie genießt"²⁾. Auch Beckhart³⁾ befürwortet dieses Prinzip für die einzelne Bank. Adolf Wagner⁴⁾ ließ diesen Satz zwar grundsätzlich gelten, wies jedoch daraufhin, daß täglich fällige Verbindlichkeiten nicht gleichzeitig von allen Gläubigern der Bank gekündigt werden. Es müßte daher empirisch ermittelt werden, welcher Barfond zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen gehalten werden muß. Carl Knies⁵⁾ bindet den einzelnen Kreditakt nach der Frist nicht streng an den vorausgehenden Sparakt wie Hübner. Nur der Termin der fälligen Zahlungsverbindlichkeiten muß mit dem Realisierungstermin entsprechender Forderungen übereinstimmen.

1) Rittershausen, H., Die Banken in der BRD in: Auburn, H.W. Das internationale Bankwesen 1960, S. 46

2) Hübner, O., Die Banken, Leipzig 1854, S. 28

3) Beckhart, B.H., Business a.a.O. S. 251

4) Wagner, A., Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857, S. 166 ff.

ders. System der Zettelbankpolitik mit besonderer Rücksicht auf das geltende Recht und auf deutsche Verhältnisse, Freiburg/Brs. 1873,

5) Knies, C., Der Kredit, 2. Hälfte, Berlin 1879, S. 242

Das bankwirtschaftliche Liquiditätsproblem entsteht aus der Aufgabe der Bank, insbesondere der Geschäftsbank, die Geldtransaktionen der Kunden zu bewältigen. Im Passivgeschäft werden der Bank Einlagen zur Verfügung gestellt; im Aktivgeschäft vergibt die Bank Kredite.

Nach der Erkenntnis der modernen Kredittheorie, die den Banken nicht nur eine Vermittlerrolle zuweist, wie die traditionelle Auffassung lehrte, sondern die Banken als Produzenten von Kredit sieht¹⁾, werden die Bankkredite nicht, mit von dritter Seite zur Verfügung gestelltem Geld gegeben, sondern entstehen durch Schaffung von Bankguthaben, die als Giralgeld zu Zahlungen benutzt werden können²⁾. "Diese Guthaben über die durch Scheck oder Umschreibung verfügt werden kann, sind Umlaufmittel, die in ökonomischer Betrachtung Geld sind, weil sie als Geld fungieren"³⁾. Teilweise versteht man darunter nur jederzeit fällige Scheckguthaben⁴⁾, teilweise rechnet man auch Termindespositen, die auf Grund der Bereitschaft der Banken, die Verfügbarkeit vor dem Fälligkeitstermin zu gestatten, ebenfalls den Charakter von Sichtguthaben annehmen⁵⁾. Die Bankleitung hat die Aufgabe, das Aktiv- und Passivgeschäft so zu koordinieren, daß die Bank jederzeit ihren Auszahlungsanforderungen gerecht werden kann. "Das Dilemma, in das

1) Macleod, H.D. Artikel Credit, Bank, Capital, Currency in: Dictionary of Political Economy, London 1863,

ders. The Theory and Practise of Banking, 2 Bände 1883/86
ders. The Theory of Credit, 2 Bände, 2. Aufl. 1891/94.

zitiert bei:

Wagner, V.F., Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937,
S. 148, 149, 151

2) Gestrich, H., Kredit a.a.O. S. 26

Meyer, F., Zur volkswirtschaftlichen Problematik der Kreditfinanzierung, Frankfurt /M., 1954, S. 15

3) Wagner, V.F., Kredittheorien, a.a.O. S. 149

4) ders. Kredittheorien, a.a.O. S. 159

5) Gleske, L., a.a.O. S. 17

Dürr, E., a.a.O. S. 23

das Problem der Geldverfassung durch diese Tatsache gerät, und das jede einfache Lösung unmöglich macht, ergibt sich daraus, daß für die Aktivseite desselben Geschäfts, die Kreditgewährung, ein prinzipiell anderes Organisationsprinzip zweckentsprechend ist als für die Passivseite, die Schaffung von Geld¹⁾. Dieses bankwirtschaftliche Liquiditätsproblem ist gekennzeichnet durch die Unkenntnis des Zahlungsbegehrens der Gläubiger²⁾.

Die "goldene Bankregel", die Entsprechung der Fristen des Aktiv- und Passivgeschäfts stellte bei Deutung der Bankentätigkeit ausschließlich als Vermittlerrolle die wirksamste Methode dar, um Liquiditätsanspannungen zu vermeiden. In der modernen Kreditschöpfungslehre gewinnt dagegen auf Grund der Tatsache, daß Banken ein Vielfaches ihrer Depositen im Aktivgeschäft ausleihen, der für die jederzeitige Bereitschaft zur Auszahlung von Depositen erforderliche Bestand an Zentralbankgeld entscheidende Bedeutung³⁾. Er kann angesichts des von irrationalen Elementen bestimmten Verhaltens der Bankgläubiger und Bankschuldner⁴⁾ nicht eindeutig bestimmt, sondern nur als eine Erfahrungsgröße empirisch festgelegt werden. Während jedoch die einzelne Bank durch qualitative Kreditkontrolle⁵⁾, d.h. durch individuelle Auswahl ihres Schulnerkreises nach persönlicher Kreditwürdigkeit des Schuldners und Wert des Beleihungsobjektes etc. das Verhalten der Bankschuldner weitgehend auf eigenes Risiko unter Kontrolle halten muß, wird das Risiko eines unvorhergesehenen irrationalen Verhaltens der Bankgläubiger, z.B. Aus-

1) Lutz, F., Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart und Berlin 1936, S. 4

2) Gleske, L., a.a.O. S. 5

3) Sayers, R.S., a.a.O. S. 23

4) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 174/175

5) ders. Kritik a.a.O. S. 18

zahlungsrun bei plötzlichem Ausbruch einer Krise weitgehend getragen durch das Organisationssystem des volkswirtschaftlichen Bankenapparates. Die Banken einer Volkswirtschaft sind durch Überweisungsverkehr und gegenseitige Kreditierung so miteinander verbunden, daß Liquiditätsanspannungen und -häufungen, die in den Liquiditätssalden der einzelnen Banken zum Ausdruck kommen, ausgeglichen werden können. Da die kreditnehmende Bank Zinsen bezahlen muß, deren Höhe nach der in Anspruch genommenen Frist des Kredits bemessen wird, ist dieser Ausgleich ein Wettbewerbs- und Rentabilitätsfaktor von höchster Bedeutung. Die Abgabe kurzfristiger Geldmarkt-titel oder die Refinanzierung bei der Zentralbank wirkt durch die Aufgabe von Ertragsmöglichkeiten zu Gunsten der Liquidität in ähnlicher Weise. "The importance of the money market lies in its liquidity, in its capacity for furnishing cash to any part of the country at a few hours' notice"¹⁾.

Ein weiteres Kriterium der bankwirtschaftlichen Liquidität ist daher ihre Abhängigkeit von dem Bankensystem²⁾. Über das Bankensystem steht sie mit der Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer einer Volkswirtschaft in Beziehung. Sie ist insofern nicht ausschließlich unter der einzelwirtschaftlichen Zielsetzung jeder Bank zu sehen, sondern stellt ein Problem dar, das gesamtwirtschaftliche Züge trägt. Die Kreditvermittlungstheorie, die nach Gleske³⁾ die Bankentätigkeit unter einzelwirtschaftlicher Blickrichtung deutet, reicht daher nicht aus, die Bankenliquidität hinreichend zu analysieren. Die moderne Kreditschöpfungstheorie, die die Liquidität der Banken als Problem des Bankensystems in Abhängigkeit von der Geldpolitik des Staates sieht, ist dagegen das geeignete Instrument, die Zusammenhänge zwischen Bankliquidität und der Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer zu erklären.

1) Burgess, W.R., a.a.O. S. 144

2) Linhardt, H., Kritik a.a.O. S. 16

3) Gleske, L., a.a.O. S. 12

Die Ausführungen beschränken sich dabei ausschließlich auf die Kreditschöpfung des Banksystems, die Schaffung von Buchgeld. Die Bedeutung der Zentralbankgeldschöpfung durch den Staat wird im Rahmen der Ausführungen zu IV 1 d behandelt werden.

Die Kreditschöpfungstheorie geht davon aus, daß die einzelne Bank, um in normalen Zeiten alle Zahlungswünsche ihrer Einleger und ihrer Kreditschulder erfüllen zu können, nur einen Bruchteil ihrer Depositen (Sicht- und Terminepositen) in Form von Zentralbankgeld oder Sichtguthaben bei der Zentralbank zu halten braucht. Die Höhe dieser Barreserve ist abhängig von den Zahlungsgewohnheiten des Publikums. Das diese Barreserve an Zentralbankgeld übersteigende Einlagenvolumen steht als Überschußreserve der Kreditgewährung zur Verfügung. Bei einem angenommenen Barreservesatz von 10% der Depositen könnte eine Bank auf der Basis einer Einlage von DM 1.000 Kredite in Höhe von DM 900 vergeben. Dieser Vorgang würde sich in der Bilanz dieser Bank wie folgt niederschlagen:

Aktiva		Passiva	
Barreserve	DM 100	Einlagen	DM 1000
Kreditgewährung	DM 900		
Bilanzsumme	DM 1000		DM 1000

Die Bankbilanz hat sich durch die Kreditgewährung verlängert. Umgekehrt führt die Rückzahlung von Krediten zu einer Verringerung der Bilanzsumme, einer Verkürzung der Bankbilanz.

Durch die Kreditgewährung aus Überschußreserven wird zusätzliche, monetäre Nachfrage in Form von Buchgeld geschaffen. Wenn es in den Umlauf gelangt, indem es zur Bezahlung von Verbindlichkeiten herangezogen wird, wächst diese Summe als Guthaben einer anderen Bank oder einer ähnlichen Institution zu, bei der der Gläubiger des Kreditnehmers ein Konto unterhält. Dieser Guthabenanstieg von DM 900,- erhöht die Liquidität der

zweiten Bank und bildet abzüglich der Barreserve von z.B. 10% als Überschußreserve die Grundlage einer weiteren Kreditgewährung in Höhe von DM 810. Dieser Prozeß der Kreditschöpfung setzt sich innerhalb des gesamten Bankensystems fort. Er ist auf der Seite des Bankensystems, des Geldangebotes, abhängig

- a) von der Verfügbarkeit der Banken über Zentralbankgeld
- b) von dem Barreservesatz und
- c) von der Barumlaufrate.

Aus diesen Größen läßt sich allgemein "die Höchstsumme des vom Geschäftsbankensystem kreierbaren Buchgeldes" bestimmen:

$$G = \frac{Z}{1 - (1 - r) \cdot (1 - b)} \quad 1) ,$$

wobei

- G = kreierbare zusätzliche Giralgeldmenge
- Z = Zugang von Zentralbankgeld,
- r = Barreservesatz
- b = Barumlaufrate.

Die Höhe der kreierbaren Giralgeldmenge ist dabei unabhängig davon, ob die Banken bei der Kreditgewährung im Gleichschritt vorgehen, d.h. ob sich ihre Kreditgewährungen untereinander ausgleichen. Die im Gleichschritt geschaffenen Guthaben erhöhen die Buchgeldmenge ebenso wie Guthaben bei nicht gleichschrittlichem Vorgehen der Banken. "Was bei Gleichschritt durch gegenseitige Verrechnung untergeht, sind nur die Forderungen der Banken gegeneinander"²⁾.

Auf der Seite des Geldangebotes ist die im Bankensystem verfügbare Zentralbankgeldmenge der entscheidende Ansatzpunkt für

1) Obst/Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, 35. Aufl., neu bearbeitet von Otto Hintner, Stuttgart 1963, S. 35, Hintner, O., Die Buchgeldschöpfung und ihr bilanzieller Niederschlag, in: Sarrailh Marchionini, Münchner Universitätswoche an der Sorbonne zu Paris, 1956, S. 78 ff.

Hahn, L.A. Zur Frage des volkswirtschaftlichen Erkenntnisinhalts der Bankbilanzziffern, in: Geld und Kredit, Gesammelte Aufsätze, Neue Folge, 1959, S. 149 ff.

2) Schilcher, R., a.a.O. S. 138

Obst/Hintner, a.a.O. S. 35 Fußnote

gelapolitische Maßnahmen des Staates, wie Diskontpolitik, Offenmarktoperationen, Mindestreservenpolitik. Die Banken können sich dem Einfluß restriktiver Maßnahmen des Staates nur so lange entziehen, so lange ihre Bestände an Wertpapieren, Devisen und Zentralbankguthaben ausreichen, sich trotz Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten Zentralbankgeld zu beschaffen. Diese Möglichkeiten werden voll genutzt, wenn die Wirtschaft die entsprechende Aufnahmebereitschaft für Kredit zeigt. Sie werden zusätzlich erweitert, wenn das Publikum auf Restriktionsmaßnahmen des Staates durch eine Änderung seiner Zahlungsgewohnheiten z.B. Steigerung der Vorliebe für bargeldlosen Zahlungsverkehr reagiert. Dieses Trägheitsmoment der Reaktion des Bankenapparates auf kreditrestriktive Maßnahmen des Staates ist umgekehrt auch im Falle staatlicher Maßnahmen zur Förderung der Kreditaktivität zu beobachten. Die Erleichterung der Kreditbedingungen durch den Staat kann selbst bei wachsender Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft für Kredit nach Überwindung eines Konjunkturtiefpunktes von den Banken erst zum Abbau der Verschuldung bei der Zentralbank verwendet werden. Sie muß sich daher nicht sofort auf die Kreditaktivität des Bankenapparates auswirken. Im Rahmen der staatlichen Beeinflussung wird die Kreditaktivität der Banken durch die Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft für Kredite bestimmt. Wie hoch jedoch die Überschußreserve und damit der Umfang der Kreditschöpfung; tatsächlich sein wird, hängt von der durch die Bankleiter festzulegenden Liquiditätsreserve in bezug auf die Auszahlungsbeträge ab. Die Geladispositionen der Nichtbanken und der Wagemut und die Einsatzfreudigkeit der Bankleiter bestimmen daher im Rahmen der durch die geldpolitischen Maßnahmen des Staates gezogenen Grenzen die Buchgelamenge.

Die Einsatzfreudigkeit der Bankleiter wird stark beeinflusst durch die Struktur des Banksystems und seine Reagibilität, Liquiditätssalden im Bedarfsfalle ausgleichen zu können. Die Reagibilität des Bankapparates und seine Organisation setzt der volkswirtschaftlichen Kreditschöpfung Grenzen. Diese sind jedoch auf Grund der Wandlungsfähigkeit des Banksystems

vielfach so weit gezogen, daß in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung eine durch die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer geförderte Kreditschöpfung über die Produktivitätsfortschritte der Volkswirtschaft hinausgehen und dadurch einer zusätzlichen, monetären Nachfrage ein in bezug auf Quantität und Bedeutung für die volkswirtschaftliche Produktivität nicht entsprechendes Güterangebot gegenüberstehen kann. Die Zentralbank steuert und garantiert die bankwirtschaftliche Liquidität. Wie Beobachtungen gelehrt haben, braucht eine Volkswirtschaft je freier sie marktwirtschaftlich organisiert ist, eine desto zentralisiertere Lenkung des Bankensystems¹⁾.

Die Bankenliquidität entwickelt sich nicht parallel zur Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer, sondern steht vielfach in einem umgekehrten Verhältnis zu ihr. "Hohe Liquidität im Nichtbankensektor kann und wird auch oft mit einer Liquiditätsanspannung der Geschäftsbanken zusammenfallen". Diese Beobachtung kann durch den Hinweis auf das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer erklärt werden. Bei optimistischen Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer wird in starkem Maße konsumiert und investiert. Die Geldeausgaben aus diesen Wirtschaftsd dispositionen fließen größtenteils den Unternehmern, um die Nachfrage befriedigen, zu und erhöhen deren Liquidität. Diese Beträge werden in irgendeiner Form, sei es durch Lohnzahlungen, sei es zur Lageraufstockung dem Bankensystem entzogen, dessen Liquidität zurückgeht. Umgekehrt fließen bei einem durch pessimistische Erwartungen gesteuerten, abwartenden Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer nicht verbrauchte und investierte Geldbeträge dem Bankensystem zu und erhöhen dessen Liquidität. Da in der Konjunkturabschwung, der durch abwartende Haltung der Wirtschaftssubjekte, d.h. durch sinkende Nachfrage gekennzeichnet ist, auch die Bereitschaft zur Inanspruchnahme

1) Worret, F., a.a.O. S. 95

2) Gieseke, L., a.a.O. S. 12

von Krediten zurückgeht, werden die Banken trotz verbesserter Liquidität weniger Kredite, insbesondere für konjunkturabhängige Investitionen gewähren als im Aufschwung.

Diese Zusammenhänge konnten in diesem Rahmen nur sehr vereinfacht aufgezeigt werden. Volkswirtschaftlich läuft dieser Prozeß, insbesondere durch die kumulative Wirkung der Krediterschöpfung, die Wahl der Investitionen, den Hang zum Verbrauch, die Wahl der Finanzierungsmethoden etc. so ab, daß teilweise Überlagerungen der Beziehungen entstehen, die den obigen Ausführungen zuwiderzulaufen scheinen. Entscheidend für die Beurteilung der Bankenliquidität in ihrer Bedeutung für die Liquidität einer Volkswirtschaft ist die grundlegende Tatsache, daß die Liquidität des Bankensystems keineswegs die Liquidität der übrigen Wirtschaftsteilnehmer spiegelt. Da ferner nicht alle Gelddispositionen über das Bankensystem laufen, z.B. bei der Selbstfinanzierung der Industrie, ist die Bankenliquidität keineswegs symptomatisch für die Liquidität der gesamten Volkswirtschaft. Der Bankenapparat spielt nur insofern eine Rolle, als er die Nachfrage nach Geld entsprechend seiner Organisationsform gut oder weniger gut befriedigen kann. Diese Kreditelastizität der Banken ist neben anderen Voraussetzungen ein wichtiger Faktor für die Liquidität der privaten Wirtschaft. Sie bestimmt in welchem Umfang optimistische Erwartungen der Unternehmer realisiert werden können.

Volkswirtschaftliche Begriffsdefinitionen der Liquidität, die sich ausschließlich auf die Bankenliquidität stützen, erfassen nicht vollständig die Liquidität einer Volkswirtschaft.

4. Die Bedeutung der finanziellen Entscheidungsfreiheit der Wirtschaftsteilnehmer für eine gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität

Keynes verwendete den Liquiditätsbegriff der Kennzeichnung des Bargeldbesitzes eines Wirtschaftsteilnehmers. In der durch weitgehende Rationalisierung des Geldverkehrs gekennzeichneten, modernen Marktwirtschaft übernimmt Buchgeld die gleiche Funktion

wie Bargeld, d.h. Zentralbankgeld. Um diesen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, wird den folgenden Ausführungen der erweiterte Zentralbankgeld, Sicht- und Termindespositen umfassende Geldbegriff des Kapitels III/2 dieser Arbeit zugrundegelegt.

Geld bildet in einer auf den Tausch gegründeten, freiheitlichen Wirtschaft für die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer die Voraussetzung, sich am Wirtschaftsprozeß durch wirtschaftliche Entscheidungen zu beteiligen. Geldbesitz ist für den Wirtschaftsteilnehmer die Verkörperung wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit. Paulsen definierte daher die Liquidität als wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit des einzelnen Wirtschaftssubjektes.

Der Geldbesitz des privaten Verbrauchers ist einmal abhängig von seiner sozialen Stellung, die den Rahmen der Entscheidungen bildet, zum anderen von dessen Willen, Geld zu halten. Die Liquiditätsvorliebe ist über ihre Abhängigkeit von dem sozialen Stand des privaten Verbrauchers mit der Gesamtwirtschaft verknüpft. Diese Zusammenhänge dürften den Grund für die unten II 1 d dargelegte Auffassung Schmölders bilden, der einzelwirtschaftlich definierte Begriff der Liquidität als Ausdruck finanzieller Bewegungsfreiheit der einzelnen privaten Verbraucher und der gewerblichen Wirtschaft genüge, die volkswirtschaftlichen Liquiditätsverhältnisse zu erkennen. Einer gesamtwirtschaftlichen Definition bedürfte es daher nicht¹⁾. Die Liquidität, die finanzielle Bewegungsfreiheit der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer, erweist sich nach ihm "als Bindeglied zwischen der monetären Lage der Gesamtwirtschaft und den finanziellen Entscheidungen der Unternehmungen, Haushalte und Geldinstitute"²⁾. "Aufgefaßt als Rahmen der finanziellen Bewegungs- oder auch wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit erfüllt die einzelwirtschaftliche Liquidität in der Tat die Funktion von der oben die Rede war, nämlich den Einfluß der monetären Lage auf die Verhaltensweisen und finanziellen Dispositionen der Entscheidungsträger zur Geltung zu bringen. Die Entschlüsse zum Geldausgeben oder -behalten, zum Sparen oder Investieren, zur Inanspruchnahme oder Zurückzahlung von Krediten werden

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 91

2) ders. a.a.O. S. 91

neben allen anderen Motiven, die darauf von Einfluß sein mögen, doch eben auch von dem Rahmen der finanziellen Bewegungsfreiheit mitbestimmt, wie ihn der Liquiditätsstatus gewährt oder versagt¹⁾.

Schmölders geht bereits in der Begründung seiner Auffassung, der einzelwirtschaftlich konzipierte Liquiditätsbegriff genüge, gesamtwirtschaftliche Liquidität zu erkennen, über die einzelwirtschaftliche Fragestellung hinaus. Diese kann sich nur auf den Teil der Liquidität eines privaten Verbrauchers oder einer Unternehmung erstrecken, der dessen persönlichem, durch die Motive der Liquiditätsvorliebe getragenen Entscheidungswillen bzw. deren Prinzipien der Geschäftsführung unterliegt. Für diese einzelwirtschaftliche Betrachtung ist der Liquiditätsstatus, der dem Entscheidungswillen des privaten Verbrauchers und der Unternehmung Grenzen setzt, ein Datum. Der Liquiditätsstatus wird jedoch von den Liquiditätsentscheidungen aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten gestaltet. Wie das Zusammenwirken dieser Liquiditätsentscheidungen aller Einzelwirtschaften den Liquiditätsstatus und damit die Grenzen der finanziellen Entscheidungsfreiheit des einzelnen Wirtschaftsteilnehmers verändert, ist daher ein Problem der Liquidität, das nur durch eine gesamtwirtschaftliche Fragestellung erfaßt werden kann.

Trotz seiner These, der einzelwirtschaftliche Liquiditätsbegriff genüge zur Erkenntnis der gesamtwirtschaftlichen Liquidität läßt Schmölders das Problem der gesamtwirtschaftlichen Fragestellung anklingen, indem er den Radcliffe Report zitiert, der die Geldmenge nicht als unbedeutende Größe vernachlässigen will und sie daher als einen Teil im Gesamtgefüge der Liquidität der Volkswirtschaft setzt²⁾. Insofern ist die Geldmenge auch heute noch nicht als Teil der Beurteilungsgrundlagen der Geldpolitik ausgestorben, obwohl die Schwächen einer derartigen Liquiditätsbetrachtung hinreichend

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 91/92

2) Committee on the Working of the Monetary System (Radcliffe Report), London 1959 p. 132, zitiert bei: Schmölders, G., a.a.O. S. 92

bekannt sind. Schmölders¹⁾ gebraucht ferner wiederholt den Begriff gesamtwirtschaftliche Liquidität, wobei er offen läßt, ob damit die Zentralbankgeldmenge, die Zentralbankgeldmenge einschl. der Giralgeldmenge oder die einzelwirtschaftliche Liquidität aller privaten Verbraucher und Unternehmungen gemeint ist.

5. Abgrenzung des außenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes

Im Interesse einer eindeutigen Definition soll entsprechend den Ausführungen unter III/2 auch für die internationalen Zahlungsbeziehungen der Begriff Liquidität zur Charakterisierung von Zahlungsmittelmengen abgelehnt werden. Zu diskutieren bleibt die zweite Version des Liquiditätsbegriffes, die die Zahlungsfähigkeit einer Volkswirtschaft kennzeichnet.

Mit der Aufgabe des Goldautomatismus und der Praktizierung einer autonomen, nationalen Geldpolitik ist "der Ausgleich der Zahlungsbilanzen zu einem volkswirtschaftlichen Problem geworden"²⁾. Das magische Dreieck wirtschaftspolitischer Ziele Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus und Zahlungsbilanzausgleich stellt die Regierungen der marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften fortwährend vor das Problem der Konkurrenz notwendiger Entscheidungen. Das System der festen Wechselkurse verringert zwar auf der einen Seite das Risiko der Instabilität in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Auf der anderen Seite bringt es jedoch die Gefahr mit sich, daß inflationistische oder deflationistische Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung eines Landes in andere Länder importiert werden, sofern die festgefügtten Wechselkurse keine Gleichgewichtskurse darstellen³⁾. Stabile Wechselkurse verhindern, wenn sie diese Voraussetzung nicht erfüllen, bei Konvertibilität einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 95, 98

2) Kruse, A., a.a.O. S. 41

3) ders. a.a.O. S. 41

auf den Devisenmärkten und stellen die Zentralbank jedes Landes vor die Aufgabe, "temporäre Unterschiede zwischen Ausgaben und Einnahmen zu überbrücken"¹⁾. Diese Ausgaben und Einnahmen schlagen sich einerseits aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr andererseits aus dem Gold- und Kapitalverkehr in der Zahlungsbilanz eines Landes nieder. Damit entsteht für die Zentralbank das außenwirtschaftliche Liquiditätsproblem. Die Zentralbank muß eine Liquiditätsreserve in Form von internationalen Zahlungsmitteln wie Gold und Devisen zur Verfügung haben, um bei unvorhergesehenen Ungleichgewichten des Zahlungs- und Kapitalverkehrs den stabilen Wechselkurs im Rahmen der Interventionspunkte zu halten. "Die Zahlungsfähigkeit der Zentralbank muß sich nach außen manifestieren"²⁾. Internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung u.a. wurden geschaffen, um Zahlungsbilanzdefizite im Falle mangelnder Reserven eines Landes durch internationale Kreditgewährungen (Quoten, Ziehungen, Bereitschaftskredite) überwinden zu helfen. Die Frage der Zahlungsbilanzüberschüsse und ihre Wirkung auf die Binnenwirtschaft fällt nicht in die Erörterung der Zahlungsfähigkeit der Zentralbank.

Permanente Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz bei fixen Wechselkursen können auf Grund der Gefahr von Auf- und Abwertungen die internationale Stabilität ebenso gefährden, wie das von den flexiblen Wechselkursen behauptet wird. Ein fester Wechselkurs gegenüber Gold und Auslandsgeld ist nach Hahn³⁾ "ein unregelmäßiger Regulator für Geldwert und Vollbeschäftigungspolitik". Der Einfluß der Zahlungsbilanzstörungen wirkt sich auf den Einkommenskreislauf der im internationalen Zahlungs- und Kapitalverkehr verbundenen Volkswirtschaften ungleich zuverlässiger aus als die Verschiebung der Preisspiegel⁴⁾.

1) Haberler, G., Geld in der internationalen Wirtschaft, Hamburg, 1965, S. 39

2) Veit, O., Grundriß a.a.O. S. 33

3) Hahn, L.A., Monetäre Integration - Illusion oder Realität?, in: Internationale Währungs- und Finanzpolitik, Festschrift zum 85. Geburtstag von Adolf Weber, Berlin 1961, S. 102

4) Künig, E., Neomerkantilismus in der Zahlungsbilanzpolitik, in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953, S. 337

Die Einführung flexibler Wechselkurse würde theoretisch das Liquiditätsproblem der Zentralbanken beseitigen. Haberler¹⁾ weist jedoch darauf hin, daß ein solches System bisher nicht bestanden hat und eine Einführung dieses Systems nicht zu erwarten ist.

Das außenwirtschaftliche Liquiditätsproblem ist in vieler Hinsicht ähnlich gelagert wie die Liquiditätsfrage für eine einzelne Bank²⁾. Es gleicht damit dem Liquiditätsproblem der Unternehmung. Rieger trug dieser Konstellation Rechnung und leitete den außenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriff mit Hilfe der betriebswirtschaftlichen Fragestellung ab.³⁾ Trotz gewisser Differenzierungen der Begriffsmerkmale, die aus der unterschiedlichen Zielsetzung der Zentralbank und der Unternehmung resultieren, entspricht daher der außenwirtschaftliche Begriff der Liquidität dem betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff, wie er im ersten Teil dieser Arbeit abgeleitet wurde. Er ist von dem volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff, der die Liquiditätsverhältnisse der Wirtschaftsteilnehmer binnenwirtschaftlich erfaßt und unter der Voraussetzung steht, daß in einer freien Währung die Zentralbank binnenwirtschaftlich kein Liquiditätsproblem kennt, abzugrenzen.

1) Haberler, G., Geld, a.a.O. S. 39

2) ders. Geld a.a.O. S. 40

3) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 287

IV. Versuch einer Begriffsbestimmung

Die vorausgegangenen Ausführungen zeigten, daß die volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffe, die unter gesamtwirtschaftlicher Fragestellung abgeleitet wurden, sich jedoch auf die gesamtwirtschaftlichen Größen wie Zentralbank- und Kreditgeldmenge und Bankenliquidität beschränkten, die volkswirtschaftliche Liquidität nicht vollständig erfassen, sondern nur Teilaspekte dieser Zusammenhänge beleuchten.

Die einzelwirtschaftliche Fragestellung, die aus dem betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff durch Erweiterung des Begriffsgeltungsbereichs auf alle Wirtschaftsteilnehmer die Liquidität als wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit definiert, die von den Komponenten Liquiditätsstatus und dem innerhalb seines Rahmens möglichen, subjektiven Verhalten eines Wirtschaftsteilnehmers gebildet wird, ist zwar geeignet, das Liquiditätsproblem jedes einzelnen Wirtschaftsteilnehmers zu kennzeichnen. Wie jedoch die Liquiditätsentscheidungen aller Wirtschaftsteilnehmer den Liquiditätsstatus als Begriffskomponente der wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit verändern, kann nur durch eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung erfaßt werden.

Da alle Komponenten der volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge daher nur durch eine Betrachtung sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite zu analysieren sind, erscheint es zweckmäßig, den einzelwirtschaftlich definierten Liquiditätsbegriff durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Betrachtung zu ergänzen. Ob die gesamtwirtschaftliche Fragestellung zu einem eigenständigen, volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff führt, der der Forderung Carnaps, dem Explikandum, d.h. in diesem Fall dem betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff ähnlich zu sein erfüllt und der Forderung, fruchtbar zu sein genügt, ist erst nach Explikation der die volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge kennzeichnenden Komponenten zu entscheiden.

1. Begriffskomponenten

a) Festlegung des Begriffsgeltungsbereiches

Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre ist das wirtschaftliche Handeln der Menschen und die diesem Handeln entspringenden Organisationsformen der Wirtschaft. Dabei spielt der Gedanke eine Rolle, daß das wirtschaftliche Handeln der Menschen nicht zu jeder Zeit diese Organisationsform den Erfordernissen entsprechend ändert, sondern, daß bestimmte Organisationsformen, wenn sie einmal eingebürgert sind, ihr Eigenleben entwickeln und ihrerseits das wirtschaftliche Handeln der Menschen bestimmen können. Als Parallellfall zu dieser Konstellation läßt sich das Verhältnis der Bürokratie zur Gesetzgebung eines Staates nennen.

Für die Explikation eines volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes leitet sich aus dieser Beobachtung die Notwendigkeit ab zu prüfen, ob sich aus dem wirtschaftlichen Handeln schlechthin Zusammenhänge ergeben, die mit einem volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff erfaßt werden können, oder ob Liquiditätsbeziehungen unter den Wirtschaftsteilnehmern nur in einer bestimmten Organisationsform der Wirtschaft zu beobachten sind.

Der aus der Betriebswirtschaftslehre übernommene Liquiditätsbegriff ist unter dem Gesichtspunkt der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisationsform in den Händen der Volkswirtschaftslehre ein Instrument zur Analysierung der Geldwirtschaft. Die Geldwirtschaft ist jedoch ihrerseits eine besondere Form der Tauschwirtschaft. Das Geld begründete dabei nicht die Notwendigkeit, daß jeder Wirtschaftsteilnehmer, wenn er aus der Tauschwirtschaft bestimmte Güter beziehen will, um seinen Bedarf zu decken, seinerseits bestimmte Güter bereithalten muß, um sie gegen diese Bedarfsgüter einzutauschen. Der Besitz solcher Güter ist für den Wirtschaftsteilnehmer der Rahmen, sich am Tauschverkehr durch subjektive Entscheidungen zu beteiligen. Liquiditätsbeziehungen der Wirtschaftsteilnehmer untereinander werden daher durch den Tauschverkehr

begründet; sie sind nicht das typische Erscheinungsbild einer hochentwickelten Geldwirtschaft, sondern sie sind auch in der Naturaltauschwirtschaft denkbar, deren Entwicklung auch ohne Einschaltung des Geldes durch die Entscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer gesteuert wird. Diese Auffassung wird auch von Veit¹⁾ vertreten, der ausdrücklich den Begriffsumfang der volkswirtschaftlichen Liquidität auf die Naturalwirtschaft ausdehnt. Der Liquiditätsstatus eines Wirtschaftsteilnehmers muß sich daher nicht unbedingt in Geld ausdrücken. "The phenomenon of liquidity appears in the economy as soon as mediation of exchange appears"²⁾.

Die Wirtschaftsordnung aller modernen Volkswirtschaften ist jedoch das Geldsystem. Ein Bedürfnis für einen Liquiditätsbegriff, dessen Umfang sich auch auf die Naturalwirtschaft erstreckt, ist daher aus praktischen Überlegungen nicht zu begründen. Da durch Heranziehung von Begriffskomponenten, die nur für die Geldwirtschaft Gültigkeit besitzen, der Inhalt eines zu definierenden, volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes erhöht werden kann, soll der Begriffsumfang von der Naturaltauschwirtschaft auf die Geldwirtschaft eingeschränkt werden.

Eine weitere Präzisierung des Begriffsinhaltes soll erreicht werden durch die Einengung des Begriffsgeltungsbereiches auf das Modell einer geschlossenen Volkswirtschaft. Wie sich die Liquiditätsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer einer Volkswirtschaft in den Beziehungen dieser Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft niederschlagen, erfaßt der Geltungsbereich des außenwirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes, der von der Liquiditätsbetrachtung unter binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten abgegrenzt wurde.

1) Veit, O., Theorie a.a.O. S. 17

2) Simmons, E.C., The Relative Liquidity of Money and other Things from the American Economic Review, 1947 in: Readings in Monetary Theory, selected by a committee of the American Economic Association, London 1952, p. 33

- b) Die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer als Bestimmungsgründe der volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge

Sinn und Zweck des wirtschaftlichen Handelns ist die Erzeugung und Verteilung von Bedarfsgütern und Diensten. Dieses Ziel wird in der modernen Volkswirtschaft durch einen weitgehenden Arbeitsteilungsprozeß erreicht.

In den folgenden Ausführungen werden die Grundprobleme der Wirkungszusammenhänge dieses Prozesses nur insoweit angeschnitten, als sie zur Begründung des Einflusses, den die Wirtschaftsteilnehmer auf den Rahmen ihrer Liquiditätsentscheidungen, den Liquiditätsstatus, ausüben, herangezogen werden müssen.

Güter und Dienste werden in der marktwirtschaftlich organisierten Geldwirtschaft über das Einkommen verteilt. Es unterliegt der Entscheidung jedes einzelnen Wirtschaftsteilnehmers, wie er sein Einkommen verwendet. Bei dem Wirtschaftsteilnehmer als Verbraucher handelt es sich immer nur um eine Entscheidung, wieviel verbraucht und wieviel gespart wird, bei dem Wirtschaftsteilnehmer als Unternehmer wieviel für den Verbrauch ausgegeben wird und wieviel er zu investieren gedenkt. Die Einkommensdispositionen aller Wirtschaftsteilnehmer schlagen sich in den volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen Verbrauch, Investition und Sparen nieder.

Keynes¹⁾ analysierte die Beziehungen zwischen Einkommen, Investition, Verbrauch und Sparen durch die Verbrauchsfunktion und die Investitionsfunktion. Die Verbrauchsquote ist abhängig von dem Rang zum Verbrauch, der durch objektive Faktoren, wie Änderung des Einkommens, Unterschied zwischen Einkommen und Realeinkommen, Zufallsgewinne oder -verluste, Änderungen des Zinsfußes, die sich auf die Preise von Wertpapieren und Vermögensgegenständen und damit auf das Einkommen auswirken,

1) Keynes, J.M., Theorie u.a.O. S. 46 ff.

Änderungen in der Steuerpolitik des Staates und Änderungen in den Erwartungen über das künftige Einkommensniveau und subjektiven Faktoren, wie die Festlegung einer Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben, Vorsorge in bezug auf das Alter oder die Erziehung der Kinder zu treffen, Zinsen und Wertzuwachs von Vermögensgegenständen genießen etc. bestimmt wird. Es würde diesen Rahmen sprengen, auf die detailliert abgeleiteten Alternativen eingehen zu wollen, die sich auf die Abhängigkeit des Verbrauchs vom Einkommen durchschnittlich, im Konjunkturzyklus und bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen, wie Krieg und Nachkriegsperioden erstrecken. Es ist nur darauf hinzuweisen, daß Keynes allgemein, bei Vorliegen normaler Bedingungen annahm, die Verbrauchsrate steige bei wachsendem Einkommen langsamer als die Einkommensrate. Dieser Ansicht ist insbesondere von Hicks¹⁾ widersprochen worden. Duesenberry²⁾ stellte die Hypothese auf, daß die Verbrauchsausgabe nicht nur eine Funktion des laufenden Einkommens, sondern auch des höchsten, vorher erreichten Einkommens ist. Sowohl in der Depressionsphase als auch in Aufschwungsperioden des Konjunkturzyklus wird das Niveau der Verbrauchsausgaben nicht unmittelbar sofort den Einkommensveränderungen angepaßt. Es bleibt der empirischen Nachprüfung vorbehalten, die eine oder andere These durch Tatsachen zu erhärten. Bis heute reichte jedoch das statistische Material noch nicht aus, einen endgültigen Beweis für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Keynesschen Annahme zu erbringen³⁾.

Die Verhaltensweisen der Unternehmer werden durch ihre Investitionsneigung bestimmt. Diese ist besonders in bezug auf die langfristigen Investitionen abhängig vom Zustand der langfristigen Erwartungen, die sich insbesondere nach dem

-
- 1) Hicks, A., A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford University Press, Oxford 1950, S. 36
 - 2) Duesenberry, J., Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior, Harvard University Press, Cambridge(Mass.) 1949
 - 3) Hansen, A., Keynes a.a.O. S. 72-79

Grad des Vertrauens der Wirtschaftsteilnehmer in die Wirtschaftsführung und die durch sie gesteuerte Entwicklung richten. Die Erwartungen orientieren sich insbesondere an der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Sie wird durch den Diskontsatz bestimmt, mit dessen Hilfe die erwarteten Erträge einer Investition auf den gegenwärtigen Wert diskontiert werden und der noch so hoch ist, daß das Ergebnis gleich den Kosten ist. Dieser Punkt ist erreicht, wenn der Diskontsatz gleich dem Marktzinssatz ist¹⁾.

Keynes definiert die Gesamtgrößen Verbrauch, Einkommen, Ersparnis und Investition, die durch die Entscheidungen zu verbrauchen oder zu investieren bestimmt werden, aus den Gesamtverkäufen, die einerseits von den Verbrauchs- andererseits von den Investitionskäufern getätigt werden²⁾. Der Wert der Gesamtproduktion stellt das Einkommen als Summe der laufenden Investitions- und der laufenden Verbrauchsausgaben³⁾ dar. Auf der anderen Seite ist Ersparnis der Teil des Einkommens, der nicht verbraucht wird. Ersparnis und Investition setzen sich daher aus den Teilen zusammen, die aus den Gesamtgrößen Einkommen abzüglich Verbrauch übrig bleiben. Keynes setzt beide Größen unter der Voraussetzung gleich, daß für die Produktion immer ein bestimmter Marktwert, zu dem "der Wille zu kaufen, dem zu verkaufen gleich ist", erzielt wird.

"Die Entscheidungen zu verbrauchen und die Entscheidungen zu investieren, bestimmen unter sich das Einkommen"⁴⁾. Zwischen Investition und Einkommen bestehen wechselseitige Beziehungen. Die Entscheidung zu investieren, hängt im Rahmen des Zustandes der langfristigen Erwartungen ab von den Er-

1) Keynes, J.M., Theorie a.a.O. S. 115

2) ders. Theorie a.a.O. S. 54 ff.

3) Hansen, A., Keynes a.a.O. S. 56

4) Keynes, J.M., Theorie a.a.O. S. 56

wartungen über den künftigen Verbrauch, denn der Verbrauch sichert dem Unternehmer das Einkommen. Auf der anderen Seite schaffen Investitionen Beschäftigungsmöglichkeiten und sichern dadurch das Einkommen der Verbrauchenden. Es handelt sich hier um einen Prozeß, bei dem sich Ursache und Wirkung gegenseitig ablösen. Er kann daher nur dynamisch, im zeitlichen Aufbau verstanden werden. Die Wirkungszusammenhänge dieses Prozesses analysierte Keynes¹⁾ durch den Multiplikator und den Begriff des Grenzhangs zum Verbrauch. Es würde zu weit führen, die verschiedenen Konstellationen dieses Wirkungszusammenhanges aufzuzeigen; sie könnten Gegenstand einer selbständigen, umfassenden Untersuchung sein. Es soll daher nur das Ergebnis der Keynesschen Untersuchungen festgehalten werden. Der Multiplikator ist eine Größe, die die Wirkung einer Investition auf Beschäftigung und Einkommen mißt. Der Grenzhang zum Verbrauch stellt den Verbrauchszuwachs dar, der durch den Einkommenszuwachs, den eine Investition erzielt, ausgelöst wird. Ist die Grenzneigung zum Verbrauch 0, d.h. wird der gesamte Einkommenszuwachs gespart und nicht für Investitionsgüter verwendet, beschränkt sich die Wirkung der Investition auf die Einkommen, auf den unmittelbar aus ihr fließenden, ersten Einkommenszuwachs. Ist jedoch die Grenzneigung zum Verbrauch gleich 1, d.h. ist sie so groß wie der gesamte durch eine Investition erzielte Einkommenszuwachs, so wird der Multiplikator unendlich, d.h. die Verbrauchsausgaben induzieren ständig neue Investitionen, die die Beschäftigung und damit das Einkommen erhöhen. Der Normaleffekt einer Investition wird jedoch zwischen diesen beiden Extremwerten liegen, da der Grenzhang zum Verbrauch wahrscheinlich nicht 1 werden wird²⁾.

1) Keynes, J.M., Theorie, a.a.O. S. 97-112

2) Hansen, A.H., Keynes a.a.O. S. 84 ff.

Diese Ausführungen zeigten, daß das Einkommen eines Wirtschaftsteilnehmers außerordentlich von den Entscheidungen aller Wirtschaftsteilnehmer zu verbrauchen, zu sparen oder zu investieren beeinflußt wird.

Das Gesamteinkommen teilt sich in einer nach Marktprinzipien organisierten Wirtschaft entsprechend auf in Einkommen der Selbständigen, insbesondere Unternehmer und kontraktbestimmtes Einkommen der Arbeitnehmer. Zwischen den Einkommensdispositionen der Unternehmer und der Nichtunternehmer besteht folgender Zusammenhang:

$$G = I - S_{nu} + C_u ,$$

wobei

G = Unternehmergewinn

I = Nettoinvestition

S_{nu} = Sparen der Nichtunternehmer

C_u = Konsum der Unternehmer¹⁾.

Das Sparen der Nichtunternehmer ist danach ein Teil des volkswirtschaftlichen Einkommens, der von den Unternehmern als Kosten verbucht wird. Es schmälert, da es als Einnahmen den Unternehmern nicht unmittelbar zurückfließt, die Nettoinvestition, die Ersparnis der Unternehmer²⁾. Der Teil des Unternehmergewinns, der aus der Nettoinvestition abzüglich des Sparens der Nichtunternehmer entsteht, ist nach Preiser ein "dynamischer Marktlagengewinn", der nur vorübergehend auftritt³⁾. In einer langfristigen Wachstumsanalyse spielt dagegen der Kapazitätseffekt der Investitionen eine entscheidende Rolle⁴⁾.

1) Libbert, W., Wachstum und Unternehmergewinne, in: Wirtschaftswachstum, Beiträge zur ökonomischen Theorie und Politik, Berlin 1964, S. 9

2) Wissler, A., a.a.O. S. 24

3) Preiser, E., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 2. Aufl. Göttingen 1961, S. 157

4) Libbert, W., a.a.O. S. 15

Da die Einkommensentscheidungen Tauschakte auslösen und das Geld Zwischentauschgut ist, wirkt sich die Vorliebe, Geld zu halten, die Liquiditätspräferenz, als der von dem subjektiven Verhalten des Einzelnen abhängige Teilaspekt in den Liquiditätsbeziehungen der Wirtschaftsteilnehmer dahingehend aus, diesen Prozeß zu verlangsamen, indem sie die zeitliche Spanne zwischen den beiden Teilen eines Tauschaktes vergrößert. Entscheidender Antriebsmotor dieses Prozesses sind die optimistischen oder pessimistischen Erwartungen aller oder einer dominierenden Gruppe der Wirtschaftsteilnehmer. Bei optimistischen Erwartungen werden die Entscheidungen zur Investition steigen, wodurch sich die Produktivität, die Beschäftigung und die Einkommen erhöhen. Sind die Erwartungen weniger optimistisch, wird auch die Entscheidungsfreudigkeit der Wirtschaftsteilnehmer zurückgehen. Allgemein bange Ungewißheit über die künftige Entwicklung erhöht das Gefühl der Unsicherheit. Die Wirtschaftsteilnehmer behalten sich ihre Entscheidungen vor, was sich in der Geldwirtschaft in einer gesteigerten Liquiditätspräferenz auswirkt, die eine Stockung des gesamten Wirtschaftsablaufs hervorrufen kann. Keynes sieht ein Beispiel für diesen Fall in der zu gewissen Zeitpunkten des Jahres 1932 in USA aufgetretenen Finanz- und Liquiditätskrise, "während der kaum irgend jemand veranlaßt werden konnte, den Besitz von Geld zu irgendwelchen vernünftigen Bedingungen aufzugeben"¹⁾. Durch mangelnde Entscheidungsfreudigkeit werden über die sinkenden Investitionen auch die Einkommen zurückgehen. Optimistische oder pessimistische Erwartungen, die durch Ereignisse auf dem Weltmarkt, durch volkswirtschaftlich besonders produktive Investitionen oder Fehlinvestitionen, durch Ereignisse wie Krieg, Naturkatastrophen etc. bestimmt werden können, sind daher weitgehend ausschlaggebend für das wirtschaftliche Wachstum einer Volkswirtschaft, das durch steigende Einkommen in allen Schichten zum Ausdruck

1) Keynes, J.M., Theorie a.a.O. S. 174

kommt. Auch Leutner¹⁾ weist daraufhin, daß Geldströme "als Nachfrageströme Ausdruck einzelwirtschaftlicher Entscheidungen auf Grund rationaler und irrationaler Verhaltensweisen und Dispositionen sind".

Da das Einkommen den Liquiditätsstatus eines Wirtschaftsteilnehmers bestimmt, wirken die durch die Erwartungen gesteuerten Entscheidungen aller Wirtschaftsteilnehmer unmittelbar auf den Liquiditätsstatus jedes einzelnen Wirtschaftsteilnehmers ein. Sie schaffen damit den Rahmen für das subjektive Verhalten des einzelnen Wirtschaftsteilnehmers. Das Zusammenwirken aller Liquiditätsentscheidungen bestimmt wieder den künftigen Liquiditätsstatus des Einzelnen.

In eine volkswirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität, die alle Merkmale der volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge erfaßt, sollen daher neben den durch die einzelwirtschaftliche Fragestellung zu untersuchenden, subjektiven Faktoren die von dem Zusammenwirken aller Liquiditätsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer ausgehenden Einflüsse einbezogen werden.

Wie die Entscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer in einer marktwirtschaftlich organisierten Geldwirtschaft tatsächlich zum Tragen kommen, hängt jedoch neben diesen Grundbeziehungen von der Organisation des Geldwesens ab, das auf die Verteilung der Investitionen einen starken Einfluß ausübt. Auch diese Faktoren sind daher Bestimmungsmerkmale der volkswirtschaftlichen Liquidität.

1) Leutner, H., Geldstromtheorie und Liquiditätstheorie, Frankfurt /M., 1962, S. 13

c) Die Geldschöpfungselastizität des Banksystems

Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung der Liquiditätszusammenhänge einer Volkswirtschaft steht nach Erörterung des Einflusses der Investitions- und Verbrauchsentscheidungen aller Wirtschaftsteilnehmer auf die Einkommensbildung und damit den Liquiditätsstatus der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer vor der Frage, inwieweit diese Investitions- und Verbrauchsentscheidungen ihrerseits von der Organisationsform der Wirtschaft beeinflusst werden. Da der Begriffsumfang eines zu definierenden, volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes auf die Geldwirtschaft beschränkt wurde, ist es möglich zu prüfen, ob die für das moderne Geldwesen charakteristische Organisation des Banksystems geeignet ist, als begriffskonstituierendes Merkmal den Begriffsinhalt eines volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes weiter zu präzisieren.

Ausgangsbasis des Bankeneinflusses auf die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer ist in erster Linie das Kreditgeschäft. Die Kreditgewährung der Banken gründet sich einmal auf den Glauben der Banken und Bankschuldner an den Geldwert¹⁾. Dieses Geldwertbewusstsein ist abhängig von dem Vertrauen in die künftige Wirtschaftsentwicklung, die mit der Stabilität des Geldwertes eng verknüpft ist. Schmölders sieht daher in Anlehnung an Honegger den Kredit als "mobilisiertes Vertrauen"²⁾. Auch Linhardt³⁾ betont als entscheidendes Kriterium des Kreditgeschäfts das Vertrauen zwischen Schuldner und Gläubiger.

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 74 ff.

2) Honegger, A., Der schöpferische Kredit, Jena 1925, S. 92
zitiert bei: Schmölders, G., a.a.O. S. 74-75

3) Linhardt, H., Kreditkontrolle, Essen, 1954, S. 12

Er stellt einen Tauschakt zwischen dem Wertversprechen des Gläubigers in der Gegenwart und dem Wertversprechen des Schuldners in der Zukunft dar. Schumpeter¹⁾ sieht in der Kreditgewährung das entscheidende Kriterium einer wachsenden Wirtschaft. Träger des dynamischen Wirtschaftsgeschehens sind die Unternehmer, die "neue Kombinationen durchsetzen". Der Kredit ermöglicht auch dem Unternehmer die Durchsetzung neuer Kombinationen von Produktionswegen, Absatzkanälen etc. dem die dafür nötigen Produktionsmittel oder Mittel aus Vermögensbesitz vergangener Perioden nicht zur Verfügung stehen.

Die Banken sind durch die Kreditgewährung in der Lage, die volkswirtschaftliche Produktivität zu fördern und damit zu einem entscheidenden Bestimmungsfaktor der Entwicklung einer Volkswirtschaft zu werden. Wie die Banken über die Kreditgewährung die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer beeinflussen, hängt von der Art der Kreditbeschaffung durch die Banken ab. Die ältere Geldtheorie, die die Kreditgewährung der Banken als Kreditvermittlung aus dem Fonds der eingelegten Ersparnisse deutete, und die neuere Theorie, die die Kreditschöpfungstätigkeit der Banken im Zuge der Kreditgeschäfte betont, erklären jeweils nur einen Aspekt des Kreditgeschäfts der Banken. In der Praxis der Bankentätigkeit sind beide Kreditarten denkbar, die jedoch nicht lokalisiert und getrennt werden können. Kredite aus Ersparnissen und Kredite aus Gelaschöpfung beeinflussen die einkommensbestimmenden Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer in unterschiedlich starkem Ausmaß. Zur Beurteilung des Einflusses, den die Banken über die Kreditgewährung auf die Einkommensbildung ausüben, werden daher die Kredite nach Ihrem Ursprung theoretisch getrennt und in großen Zügen gesondert betrachtet werden.

Die Kreditgewährung aus Ersparnissen wird ermöglicht durch einen Konsumverzicht aus dem Einkommen früherer Perioden.

1) Schumpeter, J., Theorie, a.a.O. S. 103-105

Die Ersparnisse in diesen Perioden lösen Nachfragelücken aus, die durch die Verwendung der ersparten Mittel für Investitionen in den folgenden Perioden insofern ausgeglichen werden, als die durch diese Investitionen geschaffenen Einkommen eine erhöhte Nachfrage in den folgenden Perioden finanzieren¹⁾. Fehlinvestitionen, die die erwartete Einkommenssteigerung nicht erbringen, führen daher lediglich zu einer Stagnation des Güterangebotes und zu einer Verringerung der Liquidität des Schuldners, der die Investition mit Ersparniskredit finanzierte²⁾. Da sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmer am Verbrauch und nicht am Sparaufkommen orientiert, ist es denkbar, daß in Zeiten großen Sparwillens die Investitionstätigkeit sinkt, während die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen steigen. Auf der anderen Seite setzt eine Beschränkung der Kreditgewährung auf die Ersparnisse der Realisierung optimistischer Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer Grenzen. Diese werden gerade in Zeiten hohen Verbrauchs und geringer Sparraten am engsten sein, so daß sie niemals ausreichen können, die in den Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer erfolversprechenden Investitionen im geplanten Umfang zu finanzieren.

Die Kreditgewährung aus Ersparnissen ist nicht ausschließlich den Banken vorbehalten. Sie bedeutet lediglich einen Wechsel in der Person des über einen bestimmten Geldbetrag Verfügungsberechtigten³⁾. Auch andere Gläubiger können daher die Rolle des Finanziers übernehmen. Innerhalb der Grenzen, die dem Kredit aus Ersparnissen gezogen sind, beeinflussen die Banken im Falle der Kreditbeschaffung aus dieser Quelle die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer nur durch die selektive Kreditkontrolle⁴⁾, d.h. durch die Wahl der Investitionen, für die

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 76

2) ders. a.a.O. S. 76

3) ders. a.a.O. S. 75

4) Linhardt, H., Kreditkontrolle, a.a.O. S. 20

Kredit gewährt wird. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Banken, da sie in der Beurteilung von Investitionen im allgemeinen erfahrener sind als andere Gläubiger, vorwiegend nur solche Projekte finanzieren, die den erwarteten Ertrag bringen. Die Bankentätigkeit wird daher auch im Falle der Kreditgewährung aus Ersparnissen die Gefahr von Fehlinvestitionen verringern. Dieser Einfluß auf die Investitions- und Konsumentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer ist im Falle der Kreditgewährung aus Ersparnissen der Beitrag der Banken zur volkswirtschaftlichen Produktivität und Einkommenssteigerung. Darüberhinaus können sie, von ihrer Beratungstätigkeit abgesehen, keine Eigeninitiative entwickeln, die Investitionstätigkeit und damit die Einkommensbildung zu beeinflussen.

Dagegen spielt der Kredit aus Geldschöpfung als Grundlage des Bankeinflusses auf die Investitions- und Konsumentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer einer Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle. Die Banken müssen erfahrungsgemäß nicht alle Einlagen zum gleichen Zeitpunkt zurückzahlen. Zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität genügt ein Bestand an Bargeld, der den Einlagenbestand weit unterschreitet. Die diese Liquiditätsgrenze übersteigenden, verfügbaren Mittel bilden als Überschußreserve die Grundlage der Kreditgewährung. Die Banken vervielfachen durch diese auf dem Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer basierende Methode deren ursprünglichen Sparbetrag.

Diese zusätzliche Geldschöpfung erhöht zunächst die monetäre Nachfrage. Da diese Nachfragesteigerung nicht durch eine Einkommensvermehrung im Zuge erhöhter Investitionen, sondern durch einen Organisationsakt zustandekommt, ist die zusätzliche Geldschöpfung als ein "Vorgriff auf das Sozialprodukt"¹⁾ zu betrachten, von dem nicht sicher zu sagen ist, daß er

1) Schmölders, G., a.a.O. S. 76

durch ein zusätzliches Güterangebot ausgeglichen werden kann. Dieser Fall kann eintreten, wenn im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates zu viel Geld geschöpft wird oder wenn Fehlinvestitionen das erwartete zusätzliche Güterangebot nicht erbringen. Die mit Kaufkraft ausgestattete Nachfrage führt auf Grund der Lücke im Güterangebot zu Preissteigerungen, die die Stabilität des Geldwertes und das Wachstum der Wirtschaft gefährden. Darüberhinaus können diese Preissteigerungen zu im Sinne der volkswirtschaftlichen Produktivität nicht erwünschten Änderungen der Struktur des Güterangebotes führen, wenn die Unternehmer diese Preissteigerungen als Marktchancen werten und investieren¹⁾.

Im Gegensatz zu dem Kredit aus Ersparnissen, der nicht an ein funktionsfähiges Banksystem gebunden ist, sondern auch von anderen Gläubigern gewährt werden kann, wird die Kreditgewährung aus Geldschöpfung ausschließlich durch die Organisation des Banksystems ermöglicht. Die Banken beeinflussen die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen bei zusätzlicher Kreditschöpfung nicht nur über die Wahl der zu finanzierenden Investitionen, sondern auch über den Umfang des der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Kredits. Der Kreditbedarf der Wirtschaft ist abhängig von den optimistischen oder weniger optimistischen Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer. Die Banken werden der Wirtschaft so lange durch zusätzliche Kreditschöpfung helfen, diese Erwartungen zu verwirklichen, bis sie ihre Liquiditätsgrenze erreicht haben. Im Gegensatz zur Kreditgewährung aus Ersparnissen, die die Kreditwünsche der Wirtschaft gerade in dem Augenblick beschränkt, in dem die optimistischen Erwartungen hoch sind, ermöglicht die Kreditgewährung aus Geldschöpfung die Realisierung einkommens- und wachstumsfördernder Investitionen in dem Zeitpunkt und Ausmaß, den die Wirtschaftsteilnehmer

1) Schmolders, G., a.a.O. S. 76

für erstrebenswert halten. Die zusätzliche Kreditschöpfung trägt so, insbesondere in Verbindung mit selektiver Kreditkontrolle dazu bei, die Prosperität einer Volkswirtschaft zu fördern.

Die Aufrechterhaltung der Liquidität der Banken bildet in diesem Prozeß die Grenze eines "Investitionstaumels" der Wirtschaft. Diese Grenze ist jedoch nicht nach Gesetzen, sondern nur nach Erfahrungsregeln festzulegen. Sie steht daher im Ermessen jedes Bankleiters und hängt demzufolge ab von dessen Mentalität, Risikofreudigkeit und Einsatzbereitschaft. Die Ermessensentscheidung wird wesentlich davon beeinflußt werden, wie das Banksystem technisch funktioniert, d.h. ob Liquiditätsüber- und -unterdeckungen schnell ausgeglichen, ob ein funktionsfähiger Kapitalmarkt existiert, so daß Kredite durch Wertpapieremissionen konsolidiert werden können etc. Das Verhalten der Bankleiter und das technische Funktionieren des Bankapparates bestimmen daher die Expansionsmöglichkeiten der Kreditschöpfung, die Geld- bzw. Kreditschöpfungselastizität des Banksystems.

Da diese Geldschöpfungselastizität des Banksystems die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer, die einkommensbestimmende Faktoren darstellen, außerordentlich stark beeinflusst, wirkt sie sich auch auf den Liquiditätsstatus der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer aus. Sie ist daher in die Betrachtung der volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge einzubeziehen.

d) Die wirtschaftlichen Ziele des Staates als Einflußgröße der Einkommensbildung

Die in den vorausgegangenen Kapiteln abgeleiteten Begriffsmerkmale würden unter der Prämisse der Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten zur Definition eines volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes genügen. Die geldwirtschaftlich organisierten Tauschwirtschaften der westlichen Welt existieren jedoch heute nicht mehr ohne die Lenkung des Staates¹⁾. "Die beiden Weltkriege und der von ihnen verursachte tiefgreifende Währungszerfall haben, zusammen mit der Wirtschaftskrise eine politische und wirtschaftliche, soziale und technische Entwicklung in den westlichen Industrieländern teils gefördert und beschleunigt, teils selbst ausgelöst, in welcher der Staatstätigkeit nach Umfang und Inhalt eine Bedeutung zukommt, die historisch einmalige Züge trägt"²⁾. "Was allein den Umfang der öffentlichen Finanzwirtschaft betrifft, so schnellte der Anteil des Staates am gesamtwirtschaftlichen Ertrag, ausgedrückt im Volkseinkommen, in nur knapp zwei Menschenaltern von einem Zehntel, was dem berühmten Zehnten vergangener Jahrhunderte etwa entspricht, auf vierzig Prozent empor"³⁾. Angesichts dieser Entwicklung ist zu prüfen, ob der Einfluß des Staates als Faktor in einen volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff einbezogen werden muß.

1) Gerloff, W., Grundlegung der Finanzwissenschaft, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., 1. Bd. Tübingen, 1952, S. 16 ff.

Haller, H., Finanzpolitik, 2. Aufl. Tübingen, Zürich 1961, S. 7

Laufenburger, H., Finances comparées, Etat-Unis, France, Grande-Bretagne, Suisse, U.R.S.S., Paris 1947, S. 12

2) Recktenwald, H.C., Die Finanzwissenschaft unserer Zeit, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1965, S. 5

3) ders. a.a.O. S. 5/6

Die auf Wettbewerb gegründeten Wirtschaftssysteme des Westens übernahmen vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit. Dieses Prinzip erwies sich entgegen der theoretischen Modelle der klassischen Nationalökonomie nur bis zu einem gewissen Grade als Regulator der Einkommenserzeugung und -verteilung. Die Entwicklung des englischen Frühkapitalismus, in dem sich der Staat jeglicher Einflußnahme auf die Wirtschaft enthielt, lehrte, daß der Grundsatz des Laissez-faire zur wirtschaftlichen Unfreiheit und dem Elend breiter Massen des Volkes führt. Die sozialen Mißstände, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit sich brachte, bereiteten den Boden für revolutionäre Ideen, insbesondere den Kommunismus. Die modernen, westlichen Demokratien erkannten diese Gefahr des Liberalismus und suchten sie zu bannen, indem sie die Einkommensbildung des Volkes staatlich beeinflussen. Unter dem Motto "Wohlstand und Sicherheit für alle Wirtschaftsteilnehmer einer Volkswirtschaft" schränkt der moderne Staat die Freiheit der Wirtschaftsteilnehmer in den Bereichen ein, durch die diese Ziele gefährdet erscheinen. Der Staat entscheidet darüber, welchen dieser Ziele zu gewissen Zeitpunkten verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Es hat sich in der Vergangenheit mehrfach als notwendig erwiesen, zur Gewährleistung der Sicherheit hohe Verteidigungslasten zu übernehmen, die nur durch eine Beschneidung des Wohlstandes getragen werden können. Andererseits kann auch die Vollbeschäftigung und der Wohlstand durch eine Konjunkturüberhitzung in Gefahr sein und eine staatliche Beeinflussung erfordern, die gegen den allgemeinen Trend der Erwartungen gerichtet ist. Die Wirtschaftssysteme der westlichen Welt nutzen auf der einen Seite die kapitalistischen Anreize des Wettbewerbs und Gewinnstrebens zur Leistungssteigerung der Volkswirtschaft, suchen jedoch auf der anderen Seite durch staatliche

Lenkung der Marktwirtschaft die negativen Folgen des Laissez-faire-Prinzips weitgehend auszuschalten. Die staatliche Zielsetzung sowohl innen- als auch außenpolitisch entscheidet im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen über Art und Umfang der staatlichen Lenkungsmaßnahmen.

Der Staat greift in die Einkommensbildung teils direkt durch autonome Investitionen, durch fiskalische Wirtschaftstätigkeit etc., teils indirekt durch Steuerung der Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer ein. Abgesehen von der allgemeinen, politischen Konzeption und dem Aufbau des Staatswesens, die die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer und ihre Entscheidungen bestimmen, beeinflußt der Staat gezielt das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer.

Die Art der Besteuerung, Steuererleichterungen, Subventionen, sei es in bezug auf bestimmte unterentwickelte Gebiete innerhalb des Staatswesens oder im Hinblick auf Wirtschaftszeige bzw. bestimmte Personengruppen eines Volkes, Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen, Wechselkurspolitik, Verkehrspolitik etc. lenken die Investitionsneigung und den Hang zum Verbrauch in bestimmte Richtungen und beeinflussen über die Angebots- und Nachfragestruktur die künftige Wirtschaftsentwicklung und Einkommensbildung. Für das Wachstum der Wirtschaft und die Eindämmung von Inflationstendenzen kommt es darauf an, daß die staatliche Beeinflussung geeignet ist, die volkswirtschaftliche Produktivität, Größe und Wachstum des Sozialproduktes zu fördern¹⁾. Staatlich begünstigte Fehlinvestitionen, die unter dem Druck der Interessengruppen im Parlament nicht selten sind, wirken sich auf Grund ihrer meist gesetzlichen

1) Recktenwald, H.C., Steuerüberwälzungslehre, 2. Aufl., Berlin 1966, S. 1 ff.

Verankerung nachteiliger auf das Wirtschaftsgeschehen aus als die private Fehlanlage von Kapital. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit bietet der deutsche Bergbau. Durch staatliche Subventionen wird künstlich ein Zustand aufrechterhalten, der in der freien Luft des Wettbewerbs zu einer produktivitätsfördernden Umstrukturierung der Verhältnisse geführt hätte.

Der Staat lenkt ferner über das Geldwesen die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer. Einer der wichtigsten Angriffspunkte staatlicher Geldpolitik ist die Bankenliquidität. Da die Liquiditätsgrenze ausschlaggebend ist für die Geldschöpfungselastizität des Banksystems, kann der Staat durch die Beeinflussung der Liquiditätsgrenze das Ausmaß und die Art der Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer wesentlich mitbestimmen. Durch die Festlegung von Mindestreserven, die Eröffnung von Rediskontierungsmöglichkeiten, den Diskontsatz schränkt der Staat durch die Zentralbank die Geldschöpfungstätigkeit der Banken ein oder erweitert sie, entsprechend der konjunkturellen Lage seine Offenmarktoperationen zu unterstützen.

Da der Staat alle Maßnahmen im Interesse der Allgemeinheit, soweit sie sich in den von der Verfassung gezogenen Grenzen bewegen, mit hoheitlicher Gewalt durchsetzen kann, liegt die Einkommensbildung eines Volkes der westlichen Demokratie nur insoweit in den Händen der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer als deren Investitions- und Verbrauchsentscheidungen sich im Rahmen der staatlichen Zielsetzung bewegen. Da der Liquiditätsstatus des einzelnen Wirtschaftsteilnehmers als ausschlaggebender Faktor seiner Liquiditätsentscheidungen einkommensabhängig ist, muß ein unter gesamtwirtschaftlicher Betrachtung definierter, volkswirtschaftlicher Liquiditätsbegriff auch die staatliche Wirtschaftskonzeption als Begriffskomponente einbeziehen.

2. Zusammenfassende Definition eines volkswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes

Der Begriff Liquidität wurde von Keynes zur Kennzeichnung des Bargeldbesitzes eines Wirtschaftsteilnehmers verwendet. Paulsen und Schmolders entwickelten aus diesem Begriff die Definition der Liquidität als finanzielle Entscheidungs- bzw. Bewegungsfreiheit eines Wirtschaftsteilnehmers, die durch seinen Liquiditätsstatus begrenzt wird. Diese einzelwirtschaftliche Betrachtung läßt die gesamtwirtschaftlichen Einflußgrößen der Liquidität der Wirtschaftsteilnehmer außer Acht, die deren Liquiditätsstatus bestimmen. Schmolders, der den unter einzelwirtschaftlicher Betrachtung erarbeiteten Begriff zur Erfassung volkswirtschaftlicher Liquiditätszusammenhänge als ausreichend erachtet, greift daher auf der anderen Seite immer wieder auf den Begriff "gesamtwirtschaftliche Liquidität"¹⁾ zurück, um die volkswirtschaftlichen Liquiditätsverhältnisse zu kennzeichnen. In der vorliegenden Analyse wurde versucht, den "gesamtwirtschaftlichen" Liquiditätsbegriff, dessen Inhalt weder durch die in einer Volkswirtschaft umlaufende Geldmenge noch durch die Liquidität des Banksystems repräsentiert wird, zu klären, indem die gesamtwirtschaftlichen Bestimmungsgrößen des Liquiditätsstatus der Wirtschaftsteilnehmer als Komponenten einer gesamtwirtschaftlichen Definition des Liquiditätsbegriffes angesetzt wurden.

Der Liquiditätsstatus eines Wirtschaftsteilnehmers, der das Ausmaß seiner finanziellen Entscheidungsfreiheit bestimmt, ist abhängig vom Einkommen der vergangenen, gegenwertigen und zukünftigen Zeitperioden. Die unter gesamtwirtschaftlicher Betrachtung analysierten, volkswirtschaftlichen Bestimmungsgrößen des Einkommens sind daher auch für den Liquiditätsstatus eines Wirtschaftsteilnehmers ausschlaggebend.

1) Schmolders, G., a.a.O. S. 95,96, 98

Gestützt auf diesen Ansatzpunkt wurden nachstehende Begriffskomponenten expliziert:

1. Festlegung des Geltungsbereichs des Liquiditätsbegriffs auf die geldwirtschaftlich organisierte Marktwirtschaft.
2. Die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer als Kriterien der liquiditätswirksamen Investitions- und Verbrauchsentscheidungen, die über die Investitionen innerhalb eines Zeitraumes das Einkommen bestimmen.
3. Die Geldschöpfungselastizität des Banksystems, die Vorgriffe auf das Sozialprodukt ermöglicht und damit die einkommenbestimmenden Investitionsneigungen und den Verbrauch in höherem Maße zu realisieren hilft als der Kredit aus Ersparnissen,
4. Die wirtschaftspolitische Zielsetzung des Staates, die einerseits die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer als Reaktion auf die staatlichen Maßnahmen beeinflusst, die andererseits Art und Umfang der staatlichen Lenkungsmaßnahmen hinsichtlich der Investitions- und Verbrauchsentscheidungen bestimmt.

Aus diesen Begriffskomponenten kann der volkswirtschaftliche Liquiditätsbegriff wie folgt definiert werden:

"Eine durch ein Geldsystem organisierte Volkswirtschaft ist liquide, wenn die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer Investitions- und Verbrauchsentscheidungen auslösen, die soweit die Geldschöpfungselastizität des Banksystems ihre Realisierung im Rahmen der wirtschaftspolitischen Zielsetzung des Staates ermöglicht, geeignet sind, das Einkommen und damit den künftigen Liquiditätsstatus der Wirtschaftsteilnehmer als Rahmen finanzieller Entscheidungsfreiheit des Einzelnen in künftigen Zeitperioden zu sichern".

Um alle Einflußgrößen, die die volkswirtschaftlichen Liquiditätszusammenhänge bestimmen, in die Begriffsdefinition der Liquidität einbeziehen zu können, mußte der Begriffsumfang so weit gezogen werden, daß es fraglich erscheint, ob dieser explizierte "gesamtwirtschaftliche" Liquiditätsbegriff den Forderungen, die Carnap¹⁾ an eine Begriffsdefinition stellt, genügt:

Ähnlichkeit des Explikats mit dem Explikandum,
Einfachheit,
Exaktheit und
Fruchtbarkeit.

Der vorstehenden Analyse lag der in der Volkswirtschaftslehre verwendete, einzelwirtschaftliche Begriff, der Liquidität als finanzielle Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit definiert, als Explikandum zugrunde. Die gesamtwirtschaftliche Liquiditätsdefinition erfaßt die Bestimmungsgrößen des Liquiditätsstatus eines Wirtschaftsteilnehmers. Da dieser ein Begriffsmerkmal des einzelwirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes darstellt, kann die Ähnlichkeit des gesamtwirtschaftlich definierten Liquiditätsbegriffes mit dem einzelwirtschaftlichen Begriff der Liquidität nicht bestritten werden. Hinsichtlich dieses Gesichtspunktes ist die gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität als Explikat des einzelwirtschaftlich definierten Liquiditätsbegriffes anzusehen. Sie bewegt sich daher auch im Rahmen des von der Konvention geprägten Begriffsinhaltes.

Problematisch ist jedoch inwieweit die gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität die weiteren Forderungen Carnaps nach der Exaktheit und Einfachheit erfüllt.

Die Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer als konstituierendes Merkmal des Inhaltes der gesamtwirtschaftlichen Begriffsdefinition der Liquidität lassen sich nicht in exakte Regeln fassen, die den Gebrauch des Explikates entscheidend bestimmen.

1) Carnap, R., a.a.O. S. 15

Der gesamtwirtschaftlichen Begriffsdefinition der Liquidität ist daher die Exaktheit im Sinne Carnaps abzusprechen. Die Definition ist weder einfach zu formulieren, noch können mit ihrer Hilfe einfache Gesetze aufgestellt werden, die diesen Begriff mit volkswirtschaftlichen Begriffen verknüpfen. Das Erfordernis der Einfachheit ist daher ebenfalls nicht erfüllt.

Es stellt sich die Frage, ob unter diesen mangelnden Voraussetzungen die gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität sich als wissenschaftliches Instrument der Volkswirtschaftslehre fruchtbar erweist. Die Fruchtbarkeit einer Begriffsdefinition kommt insbesondere durch die Vielzahl genereller Aussagen, die mit ihrer Hilfe erarbeitet werden können, zum Ausdruck. Dieser Forderung genügt die gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität nicht. Sie bezieht Begriffskomponenten ein, die in der Volkswirtschaftslehre bereits klar definiert sind. Deren Zusammenfassung zu einer Begriffsdefinition der Liquidität konzipiert weder neue Beziehungen zwischen den definierten Größen noch erhellt sie neue Aspekte dieser Beziehungen. Die gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität erfaßt praktisch das gesamte Funktionieren der volkswirtschaftlichen Tauschvorgänge. Dieser außerordentlich weit gezogene Begriffsumfang macht den gesamtwirtschaftlichen Liquiditätsbegriff für eine exakte Analyse volkswirtschaftlicher Abläufe unbrauchbar. Die gesamtwirtschaftliche Begriffsdefinition der Liquidität erfüllt daher die Forderung Carnaps nach der Fruchtbarkeit nicht. Dieses Ergebnis entspricht auch der Auffassung Riegers¹⁾, der den Begriff "volkswirtschaftliche Liquidität" als Untersuchungsinstrument gesamtwirtschaftlicher Liquiditätszusammenhänge ablehnt.

In Übereinstimmung mit der Auffassung Carnaps wird dem Erfordernis der Fruchtbarkeit vor allen anderen Kriterien, die für die Beurteilung des Wertes einer Begriffsdefinition von

1) Rieger, W., Einführung a.a.O. S. 287

ihm als entscheidend angesehen werden, der Vorrang gegeben. Da dieses ausschlaggebende Charakteristikum für die gesamtwirtschaftliche Explikation des Liquiditätsbegriffs nicht zutrifft, kann der gesamtwirtschaftliche Liquiditätsbegriff nicht als wissenschaftlich brauchbares Untersuchungsinstrument der Volkswirtschaftslehre angesehen und in deren Begriffssystem eingeordnet werden. Die gleiche Charakterisierung gilt für den Begriff "volkswirtschaftliche Liquidität", wenn er gleichbedeutend mit "gesamtwirtschaftliche Liquidität" gebraucht wird.

Schlußbemerkungen

Die wissenschaftliche Fragestellung der Betriebswirtschaftslehre und der Volkswirtschaftslehre bestimmt die Begriffssysteme beider Disziplinen. Die Begriffe der Betriebswirtschaftslehre sind einzelwirtschaftlich ausgerichtet; dagegen **kennt** die Volkswirtschaftslehre sowohl einzelwirtschaftlich oder mikroanalytisch als auch gesamtwirtschaftlich oder makroanalytisch orientierte Untersuchungsinstrumente. Die engen Berührungspunkte zwischen den beiden wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen begründeten die Notwendigkeit, einzelwirtschaftliche Ergebnisse in gesamtwirtschaftliche Untersuchungen der Volkswirtschaftslehre einzubauen, oder gesamtwirtschaftliche Gegebenheiten als Prämissen einzelwirtschaftlicher Analysen der Betriebswirtschaftslehre anzusetzen. Sie führte zu einer Verknüpfung einzelner Begriffe der beiden Disziplinen. Ein Beispiel für einen derartigen Zusammenhang bietet der Liquiditätsbegriff.

In den Problemstellungen dieser Arbeit wurden die Kriterien des Untersuchungsweges der betriebswirtschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Explikation des Liquiditätsbegriffes festgelegt und begründet. Der betriebswirtschaftliche Liquiditätsbegriff stellt in der vorgelegten Fassung ein Instrument zur Erforschung der Unternehmung dar. Er ist ein quantitativ definierter Begriff, der präzise, unternehmensspezifische Ergebnisse liefert. Soweit im Rahmen volkswirtschaftlicher Untersuchungen unternehmensspezifische Ergebnisse benötigt werden, steht es nicht in Frage, den betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriff in der Volkswirtschaftslehre zu verwenden, ohne durch diesen Einsatz den Liquiditätsbegriff in das Begriffssystem der Volkswirtschaftslehre zu transformieren.

Gegenstand der volkswirtschaftlichen Analyse der Begriffsdefinition der Liquidität war jedoch das Problem, ob darüberhinaus mit dem Liquiditätsbegriff in der Volkswirtschaftslehre Ergebnisse erarbeitet werden können, wenn er durch Einbeziehung volkswirtschaftlicher Komponenten in das Begriffssystem der Volkswirtschaftslehre eingebaut wird. Zur Lösung dieses Problems waren die Liquidität der Wirtschaftsteilnehmer und die Liquiditätsbeziehungen zwischen ihnen sowohl unter einzelwirtschaftlicher als auch unter gesamtwirtschaftlicher Fragestellung zu untersuchen.

Eine gesamtwirtschaftliche Definition der Liquidität konnte weder auf die Geldmenge, die Bankenliquidität noch auf eine alle Einzelliquiditäten zusammenfassende Gesamtliquidität gestützt werden. Der Begriffsumfang einer unter gesamtwirtschaftlicher Fragestellung abzuleitenden Begriffsdefinition der Liquidität mußte vielmehr soweit gesteckt werden, daß der Begriffsinhalt für wissenschaftliche Untersuchungszwecke nicht präzise genug formuliert werden konnte. Der Begriff volkswirtschaftliche Liquidität im gesamtwirtschaftlichen Sinne erscheint aus diesen Gründen nicht als brauchbares Untersuchungsinstrument der Volkswirtschaftslehre im streng wissenschaftlichen Sinne. Eine ähnliche Auffassung vertritt Machlup. Der Gebrauch des Begriffes Liquidität mag nach seiner Ansicht geeignet sein".... to warn the audience not to disregard "other things", but it will not help very much if these other things are not specified or if specified, are not measureable or if measurable, are not additive"¹⁾.

Es bleibt der von Keynes in die Volkswirtschaftslehre übernommene einzelwirtschaftlich ausgerichtete Liquiditätsbegriff zu diskutieren. Die Kennzeichnung der Liquidität als finanzielle Entscheidungs- bzw. Bewegungsfreiheit durch Paulsen und Schmolders erweitert lediglich den Geltungsbereich des Keynesschen Liquiditätsbegriffes. Finanzielle Entscheidungs- bzw.

1) Machlup, F., International Monetary Economics, London 1966, S. 254

Bewegungsfreiheit kommt nur in einer geldwirtschaftlich organisierten Marktwirtschaft im Zentralbankgeld- oder Giralgeldbesitz zum Ausdruck. In anderen Wirtschaftsformen, wie beispielsweise der Naturaltauschwirtschaft kann sie auch durch andere Güter repräsentiert werden.

Diese in der Volkswirtschaftslehre verwendete Definition der Liquidität hat mit der betriebswirtschaftlichen die Basis der einzelwirtschaftlichen Fragestellung gemeinsam. Ihr Geltungsbereich ist jedoch nicht wie der betriebswirtschaftliche Begriff der Liquidität auf die Unternehmung beschränkt, sondern erstreckt sich auf alle Wirtschaftsteilnehmer, die am Tauschverkehr einer Marktwirtschaft beteiligt sind. Unternehmensspezifische Komponenten, wie das Rentabilitätsstreben und das Unternehmerrisiko werden dadurch ausgeklammert. Das Merkmal der Ausgabendeckung bleibt bestehen, denn die finanzielle Entscheidungsfreiheit eines Wirtschaftsteilnehmers äußert sich in seiner Fähigkeit, Investitions- oder Verbrauchsausgaben zu bestreiten.

Das Ergebnis der Untersuchung des betriebswirtschaftlichen und des volkswirtschaftlich verwendeten Liquiditätsbegriffes kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Der als Instrument der Betriebswirtschaftslehre definierte Liquiditätsbegriff entwickelte sich durch die Verwendung in der Volkswirtschaftslehre nicht zu einem volkswirtschaftlichen Begriff, der gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge charakterisiert. Der in die Volkswirtschaftslehre übernommene, unter einzelwirtschaftlicher Fragestellung definierte Liquiditätsbegriff stellt eine im Geltungsbereich erweiterte, begriffsinhaltlich weniger präzise ausgestaltete Fassung des betriebswirtschaftlichen Liquiditätsbegriffes dar.

Literaturverzeichnis

- | | |
|------------------------|---|
| Albach, Horst | Rentabilität und Sicherheit als Kriterien betrieblicher Investitionsentscheidungen, in: ZfB, Jg. 30, 1960, S. 583 ff. |
| " " | Investition und Liquidität, Wiesbaden, 1962 |
| Amsterdamsche Bank | Quarterly Review No. 138, Third Quarter 1962 |
| Auler, Wilhelm | Flüssigkeit, in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, 2. Aufl., Stuttgart 1955, Sp. 1012 ff. |
| Balmes, Rudolf | Rationelle Liquiditätsprüfung, in: Bfup 1958, Jg. 10, S. 532 ff. |
| Batzner, Ludwig | Über den Controller in den USA, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilh. Rieger, Stuttgart 1963 |
| Bauer, Richard | Finanzpläne in der Industrie, Diss. Köln 1953 |
| Bauer, Walter | Die Bewegungsbilanz und ihre Anwendbarkeit, insbesondere als Konzernbilanz, in: ZfhF 1926, S. 485 ff. |
| Beckart, Benjamin, H., | Business Loans of American Commercial Banks, New York 1959 |
| Beckel, Alex | Statik und Dynamik in der Betriebswirtschaftslehre, Berlin, Wien 1927 |
| Beckmann, Liesel, | Finanzierung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. Bd. II, Stuttgart 1958, Sp. 1930 |
| Bendixen, F., | Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges, 2. Aufl. München und Leipzig 1919 |
| Bickel, Günter, E., | Die Liquiditätspreisuntergrenze, Diss. Mannheim 1961 |
| Bocheński, I.M., | Die zeitgenössischen Denkmethode, 3. Aufl. Bern und München 1965 |
| Bolza, H., | Grundriß einer systematischen Wirtschaftslehre, 1. Bd., 2. Aufl. Stuttgart 1947 |

- Bombach, Riese, Raabe, Giersch,
Senf, Henschel Wachstum und Konjunktur, Barmstadt
und Opladen 1960
- Botha, D.J., A Study in the Theory of Monetary
Equilibrium, Leiden 1959
- Braun, Hedwig, Zum Liquiditätsproblem, in:
BFuP, Jg. 8, 1956, S. 481 ff.
- Burgess, W. Randolph The Reserve Banks and the Money
Market, 3.ed. New York, London 1946
- Cassel, Gustav Das Stabilisierungsproblem, Leipzig
1926
- Carnap, Rudolf Induktive Logik und Wahrscheinlich-
keit, bearb. v. Wolfgang Stegmüller,
Wien 1959
- Clark, J.M., Financing High Level Employment, in:
Financing American Prosperity,
New York 1945
- Le Coutre, Walter Praxis der Bilanzkritik, 2. Bd.,
Berlin, Wien 1926
- Deutsche Bundesbank Versorgung mit internationaler
Liquidität, in: Geschäftsbericht 1962
Geschäftsbericht 1962
Monatsbericht Januar 1965
- Douglas, P.H., Stellungnahme zum Patmanbericht, in:
Auszüge aus dem Douglas Report,
Washington 1950 und aus der Enquête
des Untersuchungsausschusses für
allgemeine Kredit- und Staatsschul-
denpolitik (Patman-Ausschuß) des
amerikanischen Kongresses, Washington
1952, herausgegeben vom Bundeswirt-
schaftsministerium
- Dürr, Ernst Wirkungsanalyse der monetären
Konjunkturpolitik, Frankfurt /M., 1966
- Dürrhammer, W., Finanzplan und Liquiditätsgestal-
tung, in: Die Wirtschaftsprüfung,
2. Jg., Stuttgart 1949, Nr. 3 S.108 ff.
- Duesenberry, James, Income, Saving and the Theory of
Consumer Behavior, Harvard University
Press, Cambridge (Mass.) 1949
- Ehrlicher, Werner Geldkapitalbildung und Realkapital-
bildung, Tübingen 1956

- Ender, Richard** Die Liquiditätsverhältnisse im schweizerischen Bankwesen besonders in der Zeit von 1955-1959, Winterthur 1964
- Eucken, Walter** Kapitaltheoretische Untersuchungen, 2. Aufl., Tübingen, Zürich 1954
- Fensch, Ute,** Zum Problem der internationalen Liquidität, Tübingen 1962
- Fettel, Johannes,** Liquidität und Illiquidität, in: BFuP, Jg. 2, 1950, S. 457 ff.
- " " Liquidität, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1959, Sp. 3806 ff.
- " " Ein Beitrag zur Diskussion über den Kostenbegriff, in: ZfB, 29. Jg. 1959, S. 567 ff.
- Fischer, Guido** Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 4. Aufl. Stuttgart, 1947
- Fischer Otfried** Bankbilanzanalyse, Meisenheim/Glan, 1956
- Fisher, Irving** Die Kaufkraft des Geldes, Berlin, Leipzig 1922
- Floss, Eberhard,** Anlage- und Liquiditätsrichtlinien im Sparkassenwesen, Diss. Tübingen, 1956
- Föhl, Carl** Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, 2. Aufl. Berlin 1955
- Forstmann, Albrecht** Volkswirtschaftliche Theorie des Geldes, 2. Bd., Berlin 1955
- Forsthoff, Ernst** Lehrbuch des Verwaltungsrechts, I. Bd., München und Berlin 1958, 7. Aufl.
- Friederichs, Hannelore** Die dynamische Liquiditätsrechnung unter besonderer Berücksichtigung der Bewegungsbilanz, Diss. Köln, 1955
- Friemuth, Fritz** Struktur und Eingliederung der Finanzabteilung in deutschen und amerikanischen Großunternehmen, in: BFuP, 18. Jg. Herne, Berlin 1966

- Frisch, Ragnar Statikk og Dynamikk i den økonomiske teori, Nationaløkonomik Tidsskrift 1929,
- " " Propagation Problems and Impulse Problems in Dynamic Economics, Economic Essays in Honor of Gustav Cassel, London 1933
- Fuchs, Heinz Liquiditätsprobleme, einzel- und gesamtwirtschaftliche Untersuchung von Zahlungsströmen, Diss. Freiburg, 1955
- Funck, Rolf, Zum Problem der internationalen Liquidität, Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, 6. Jg. Nr. 11 Frankfurt/M. 1967
- Gebhardt, Günter Liquidität und ihre Messung in der Bilanz einer industriellen Unternehmung, Diss. Frankfurt/M., 1947
- Geiger, Th., Ideologie und Wahrheit, Stuttgart, Wien 1953
- Gerich, Ottokar Zur Methodologie einer empirischen Betriebswirtschaftslehre, Diss. Marburg, 1961
- Gerloff, Wilhelm Geld und Gesellschaft, Frankfurt/M., 1952
- " " Grundlegung der Finanzwissenschaft, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., 1. Bd. Tübingen 1952
- Gestrich, Hans, Kredit und Sparen, Jena 1944
- " " Kredit und Sparen, herausgegeben v. Walter Eucken, Godesberg 1947
- " " Rezension des Buches von Rudolf Stucken, Liquidität der Banken, Berlin 1940, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 53, 1943 (I), S. 109
- Gleske, Leonhard, Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt /M., o.J.
- Goldenweiser, E.A., Instruments of Federal Reserve Policy, in: Banking Studies by Members of the Staff Board Governors of the Federal Reserve System, Washington 1941
- " " American Monetary Policy, New York, Toronto, London 1951
- Gregory, T.E., The Westminster Bank through a Century, Vol. II, London 1936

Gunkel, Willi	Liquidität und Wirtschaftsbewegung, Diss. Frankfurt/M., 1948
Gutenberg, Erich	Über den Verlauf von Kostenkurven und seine Begründung, in: ZfhF 1953
" "	Einführung in die Betriebswirtschafts- lehre, Wiesbaden 1958,
" "	Grundlagen der Betriebswirtschafts- lehre, 12. Aufl. 1. Bd. Berlin, Heidelberg, New York, 1966
Haberler, Gottfried	Prosperität und Depression, Bern 1948
" "	Geld in der internationalen Wirt- schaft, Hamburg 1965
Hahn, L. Albert,	Zur Frage des volkswirtschaftlichen Erkenntnisinhaltes der Bankbilanz- ziffern, in: Geld und Kredit, Ge- sammelte Aufsätze, Neue Folge, 1929
" " "	Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Aufl. Tübingen 1930
" " "	Monetäre Integration - Illusion oder Realität?, in: Internationale Währungs- und Finanzpolitik, Fest- schrift zum 85. Geburtstag von Adolf Weber, Berlin 1961
Hahn, Oswald	Zahlungsmittelverkehr der Unternehmung Wiesbaden 1962
" "	Bankbetriebslehre, Düsseldorf 1967
Halm, George, N.,	Economics of Money and Banking, Homewood/Ill., 1961
" " "	Geldpolitik und Marktwirtschaft, in: Internationale Währungs- und Finanz- politik, Festschrift zum 85. Geburts- tag von Adolf Weber, Berlin 1961
Haller, H.,	Finanzpolitik, 2. Aufl., Tübingen, Zürich, 1961
Hansen, Alvin, H.,	Stability and Expansion in: Financing American Prosperity, New York 1945
" " "	Monetary Theory and Fiscal Policy, New York, Toronto, London 1949
" " "	Keynes' ökonomische Lehren, Stuttgart, Düsseldorf 1959
" " "	The Dollar and the International Monetary System, New York, St. Louis, San Francisco, Toronto, London, Sydney 1965
Hartmann, H.,	Authority and Organization in German Management, Princeton 1959

- Hawtrey, A., Monetary Theory of the Trade Cycle, Economic Journal, London 1929
- Hax, Karl Die langfristigen Finanzdispositionen, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. I, Köln und Opladen 1959, S. 456
- Hellmann, Karl Entwicklung und Bestimmung des Begriffes Liquidität, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart, Köln 1953.
- Hempel, Carl, G. Typologische Methoden in den Sozialwissenschaften, in: Logik der Sozialwissenschaften, 4. Aufl. Köln, Berlin 1967
- Hendrikson, K.H., Zur Auswertung der Liquiditätsbilanz von Industrieunternehmen, in: Die Wirtschaftsprüfung, Jg. 6, 1953, S. 437 ff.
- Hertlein, A., Meisner, K., Abschluß und Prüfung der Unternehmungen, 4. Aufl. Wiesbaden 1950
- Hicks, A., A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford University Press, Oxford 1950
- Hintner, Otto, Die Buchgelaschöpfung und ihr bilanzieller Niederschlag, in: Sarrailh Marchionini, Münchner Universitätswoche an der Sorbonne zu Paris, 1956
- Hirsch, H., Alfred Marshalls Beitrag zur modernen Theorie der Unternehmung, Berlin 1965
- Hobbensiefken, Günter Kreditpolitik und Teilzahlungsbanken, in: Handbuch der Teilzahlungswirtschaft, Frankfurt /M., 1959
- Hoffmeister, J., Wörterbuch der philosophischen Begriffe, 7. Aufl. Hamburg 1955
- Honegger, A., Der schöpferische Kredit, Jena 1925
- Hübner, Otto Die Banken, Leipzig 1854
- Huisinga, Heinz Die Stellung des Finanzleiters in größeren Unternehmungen, in: BFuF, 11.Jg., Herne, Berlin 1959
- Issing, Otmar, Zur Frage der objektiven Beurteilung einer angemessenen Versorgung mit internationaler Liquidität, Sonderdruck Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Heft 1 1967

- Jacobsson, Per The Lessons of Experience Supplement to IMF International, Financial News Survey, Vol. XV, Mai 1963 p.170
- Kalveram, W., Bankbetriebslehre, in: Schriftenreihe: die Handelshochschule, die Wirtschaftshochschule, Bd. 8, Wiesbaden 1950
- Kau, W., Kuhn, I., Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken in den Ländern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die kreditpolitischen Probleme ihrer Kontrolle, Tübingen 1966
- Keller, Jakob, Die Liquidität der industriellen Unternehmung, Diss. Zürich 1946
- Keynes, John, Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin-Neukölln, 1955
- Kippenberger, Hanns, Geldmenge und Umschlagshäufigkeit, Frankfurt /M., 1962
- Knapp, Georg Friedrich Staatliche Theorie des Geldes, 4. Aufl. München und Leipzig 1923
- Knies, Carl Der Kredit, 2. Hälfte Berlin 1879
- Koch, Helmut
" Zur Diskussion über den Kostenbegriff, in: ZfhF, 12. Jg. 1958, S. 364
- Betriebliche Planung, in: Die Wirtschaftswissenschaften, herausgeb. v. E. Gutenberg, Wiesbaden 1961
- Köhler, Claus Der Geldkreislauf, Berlin 1962
- Kosiol, Erich Finanzplanung und Liquidität, in: ZfhF, Jg. 7, 1955, S. 251 ff.
- " Anlagenrechnung, Theorie und Praxis der Abschreibungen, Wiesbaden 1955
- Kruse, Alfred Internationaler Kredit- und Kapitalverkehr und der Ausgleich der Zahlungsbilanzen, in: Internationale Währung und Finanzpolitik, Festschrift zum 85. Geburtstag von Adolf Weber, Berlin 1961
- Küng, Emil Der Interventionismus, Bern 1941
- " Neomerkantilismus in der Zahlungsbilanzpolitik, in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953

- Langen, H., Bemerkungen zum Liquiditätsbegriff, in: ZfB, Jg. 29, 1959, S. 87 ff.
- " " Die Prognose von Zahlungseingängen, in: ZfB, Jg. 34, 1964, S. 289 ff.
- Laufenburger, H., Finances comparées, Etat-Unis, France, Grande-Bretagne, Suisse, U.R.S.S., Paris 1947,
- Lautenbach, Wilhelm Zins, Kredit und Produktion, herausgeb. v. Wolfgang Stützel, Tübingen 1952
- " " Kreditvolumen und Bankenliquidität, in: Bankarchiv, Heft 5, Jg. 1939
- Lehmann, Max Rudolf Liquidität und Liquiditätsbilanz, in: Annalen der Betriebswirtschaft, 1. Bd. Berlin, Leipzig, Wien 1927, S. 329 ff. und 480 ff.
- " " " Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl. Meisenheim am Glan, 1949
- " " " Laufende Liquiditätskontrolle durch systematische Einnahmen- und Ausgabenrechnungen, in: ZfB, Jg. 20, 1950, S. 717 ff.
- " " " Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl. Wiesbaden 1956
- Lehrer, K., Der Bilanzvergleich, Berlin 1935
- Leitner, Friedrich Bilanztechnik und Bilanzkritik, 9. Aufl. Berlin, Leipzig, 1932
- Leutner, H., Geldstromtheorie und Liquiditätstheorie, Frankfurt /M., 1962
- Libbert, W., Wachstum und Unternehmergewinne, in: Wirtschaftswachstum, Beiträge zur ökonomischen Theorie und Politik, Berlin 1964
- Ljefmann, R., Geld und Gold, ökonomische Theorie des Geldes, Stuttgart und Berlin 1916
- Linhardt, Hanns Die Begriffe Statik und Dynamik, in: ZfB 1926, S. 338 ff.
- " " Statik und Dynamik in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Stuttgart 1926, S. 510 ff.
- " " Die Britischen Investmenttrusts, Berlin, Wien 1935
- " " Kosten und Kostenlehre, in: Aktuelle Betriebswirtschaft, Festschrift zum 60. Geburtstag von Konrad Mellerowicz Berlin 1952

Linhardt, Hanns

Kapitalwirtschaft und Kapitalrechnung,
in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilh. Rieger, Stuttgart und Köln 1953

" " Kreditkontrolle, Essen 1954

" " Der Betrieb als Kapitalanlage oder als lebende Einheit, in: ZfB 1954, S. 268 f.

" " Grundlagen der Betriebsorganisation, Essen 1954

" " Die gesetzlichen Mindestreserven der Geschäftsbanken, in: Die Sparkasse, 73. Jg. Heft 8, 1956

" " Das Betriebssystem als organisatorisches Führungsmittel, in: BFuP 1956 S. 631

" " Bankbetriebslehre, Bd. I: Bankbetrieb und Bankpolitik, Köln und Opladen 1957

" " Wilhelm Riegers Einfluß in der jüngeren Betriebswirtschaftslehre, in: BFuP, Herne, Berlin 1958, S. 43 ff.

" " Bankbetriebslehre, Bd. II: Bankbilanzen, Köln und Opladen 1960

" " Volkswirtschaftliche Lehrmeinungen über die Betriebswirtschaftslehre, in: Festgabe für Friedrich Bülow, Berlin 1960

" " Entwurf eines Gesetzes über das Kreditwesen, insbesondere die Regelung der Bankliquidität, in: Die Aktiengesellschaft, 5. Jg. 1960, Nr. 6

" " Die Liquiditätspolitik der Bankenaufsichtsbehörde, in: ZfB 31. Jg. 1961, S. 449 ff.

" " Liquiditätsprobleme bei der Unternehmensfinanzierung, in: BFuP, Jg. 13 1961, S. 613 ff.

" " Kritik der Währungs- und Bankpolitik, Köln und Opladen 1963

" " Weder Begriffsregorismus noch Begriffsanarchismus in der Objektbestimmung, in: Der Betrieb in der Unternehmung, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart 1963

" " Gelamarktforschung im Dienst von Absatz und Verbrauch, in: Jahrbuch der Absatz- u. Verbrauchsforschung, herausgeb. i. Auftr. der GfK-Gesellschaft für Konsum-Markt- u. Absatzforschung v. G. Bergler, 10. Jg. 1964 S. 257

Linhardt, Hanns	Die historische Komponente der funktionalen Betriebswirtschaftslehre Berlin 1964
" "	Wegweiser für die Prüfung von Finanzierung und Sanierung, Berlin 1966
" "	Johann Plenges Leistung für die geisteswissenschaftliche Fundierung der Betriebswirtschaftslehre, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilh. Hasenack, Herne Berlin 1966
Lipsey, Richard, G.	Introduction to positive Economics London 1966
Lücke, Wolfgang	Die Liquidität im Entscheidungsmodell, in: Gegenwartsfragen der Unternehmensführung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilh. Hasenack, Herne Berlin 1966
Lutz, Fritz, A.,	Notenbank und Fiskalpolitik, Vortrag gehalten bei einem Empfang der Landeszentralbank von Baden-Württemberg, Stuttgart 1957
" " "	Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart und Berlin 1936
Machlup, Fritz	Führer durch die Krisenpolitik, Wien 1934
" "	Liquidité internationale et nationale Extrait du Bulletin d'Information et de Documentation de la Banque Nationale de Belgique, Feb. 1962
" "	International Monetary Economics, London 1966,
Marchand, J.P.	Die Überprüfung der Konzernliquidität, in: Die Unternehmung, Bern, 1954
Martin, Preston	Estate Principles and Practices, New York, 1959
Maus, Günter	Rentabilität und Liquidität im amerikanischen Jahresabschluß, in: ZfB, 30. Jg. 1960, S. 110 ff.
Mellerowicz, Konrad	Betriebswirtschaftslehre der Industrie . Aufl. Freiburg 1957
" "	Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 3. Bd. 11. Aufl. Berlin 1963

- Mellerowicz, Konrad Kostenkurven und Ertragsgesetz, zu Gutenbergs These über den Verlauf von Kostenkurven, in: ZfB, Wiesbaden, 3. Jg. 1953, S. 329 ff.
- Merkel, Hans-Günther Theorie der Kapitalmarktpolitik, Berlin 1955
- Meyer, Firtz Zur volkswirtschaftlichen Problematik der Konsumfinanzierung, Frankfurt/M., 1954
- Mey, J., Kritische Bemerkungen zur Finanzierungslehre, in: ZfB, 9. Jg. 1957, S. 521 ff.
- Müller-Armack, Alfred Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg/Brsg. 1966
- Muschweck, Max Über die Liquidität der industriellen Unternehmung, Diss. Nürnberg 1935
- Musgrave, Richard, A. Finanztheorie, Tübingen 1966
- Myrdal, Gunnar Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, in: Beiträge zur Gelatheorie, Wien 1933
- Nicklisch, Heinrich Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl. Stuttgart, 1932
- Nothdurft, Karl, H., Liquiditätsprobleme des Importhandels, in: BFuP, Berlin 1958, 10. Jg. Heft 1 S. 40 ff.
- Obst, Georg, Hintner, Otto Gela-, Bank- und Börsenwesen, 35. Aufl. neu bearbeitet von Otto Hintner, Stuttgart 1963
- Ott, Alfred, E., Einführung in die dynamische Wirtschaftstheorie, Göttingen 1963
- Ottel, F. Eigenkapital und Liquidität im Kreditwesen, in: ZfB, 32.Jg. 1962
- Palyi, Melchior, Liquidität, in: Handwörterbuch des Bankwesens, Berlin 1933,
- Paton, William, A. A Study in Liquidity, Ann Arbor 1958
- Paulsen, Andreas Liquidität und Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt/M. Berlin 1950

- Plenge, Johann,
Linhardt, Hanns Das System der Verkehrswirtschaft,
Tübingen 1964
- Plenge, Johann, Marx und Hegel, in: Cogito Ergo sumus,
eine Auswahl von Schriften von
Johann Plenge, herausgeb. v.
H. Linhardt, Berlin 1964
- Pöhlmann, Gerhard Der Prozeß der Unternehmensführung,
Berlin 1964
- Predöhl, Andreas Außenwirtschaft. Weltwirtschaft,
Handelspolitik und Währungspolitik
Göttingen 1949
- Preiser, Erich Bildung und Verteilung des Volkseinkommens,
2. Aufl. Göttingen 1961
- Committee on the Working
of the Monetary System Radcliffe Report, London 1959
- Recktenwald Horst Claus Die Finanzwissenschaft unserer Zeit,
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1965
- " " " Steuerüberwälzungslehre, 2. Aufl.
Berlin 1966
- Rieger, Wilhelm Einführung in die Privatwirtschaftslehre,
2. Aufl. Erlangen 1959
- " " Schmalenbachs dynamische Bilanz,
2. Aufl. Stuttgart und Köln 1954
- Rink, Erich Liquidität und Risiko, Wien 1935
- Rittershausen, Heinrich Die kurzfristigen Finanzdispositionen,
in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften,
1. Bd., Köln und Opladen 1958,
- " " Die Banken in der BRD, in: Auburn,
H.W., Das internationale Bankwesen,
1960
- RKW, Arbeitskreis Liquidität des Bundesausschusses
Betriebswirtschaft Liquiditätsrechnung im Dienste der
Unternehmensführung, Wiesbader
1961
- Robertson, Dennis, A., A Memorandum Submittel to the
Canadian Royal Commission on Banking
and Finance, Princeton, New Jersey
1963
- Rodbertus-Jagetzow, Carl Briefe und sozialpolitische Aufsätze,
herausgeb. v. R. Meyer
Berlin 1881, Bd. II

Röper, H.,	Internationales Währungssystem unter der Lupe, FAZ 30.9.1963
" "	Ausreichende internationale Liquidität für den Welthandel, FAZ 1.10.1963
" "	Nicht nur Währungsreserven sind internationale Liquidität, FAZ, 2.10.1963
Rucht, H.,	Erfolgsermittlung und Bewegungsbilanz, in: ZfhF, 7. Jg. 1955, S. 499 ff.
Sayers, K.S.	Modern Banking, 4 th ed. Oxford 1958
Schacht, Hjalmar	Magie des Geldes, Wien 1966
Schäfer, Erich	Die Unternehmung, 5. Aufl. Köln und Opladen 1963
Schilcher, Rudolf	Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung, Berlin 1958
Schmalenbach, Eugen	Dynamische Bilanz, 13. Aufl. Köln und Opladen 1962
" "	Kostenrechnung und Preispolitik 8. Aufl. Köln und Opladen 1963
" "	Die Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl. Köln und Opladen 1954
Schmaltz, Karl	Betriebsanalyse, Stuttgart 1929
Schmidt, Fritz	Allgemeine Betriebswirtschaftslehre in der Schriftenreihe erscheinen: die Handelshochschule, die Wirtschafts- hochschule, Wiesbaden Bd. 2
Schmölders, Günter	Geldpolitik, Tübingen, Zürich 1962
" "	Finanzpolitik, 2. Aufl. Berlin, Heidelberg, New York 1965
" "	The Liquidity Theory of Money, Kyklos, Vol. XIII, 1960 S. 346 ff.
Schneider, Erich	Wirtschaftlichkeitsrechnung, Tübingen 1951
Schumpeter, Joseph	Theorie der wirtschaftlichen Ent- wicklung, 5. Aufl. Berlin 1952,
" "	Artikel Unternehmer in: Handbuch der Staatswissenschaften 4. Aufl. Bd. 8 Jena 1928
" "	Konjunkturzyklen, 1. Bd. New York und London 1939, deutsch Göttingen 1961

- Simmons, E.C., The Relative Liquidity of Money and other Things from the American Economic Review, 1947 in: Readings in Monetary Theory, selected by a committee of the American Economic Association, London 1952
- Strobel, Arno Die Liquidität, Stuttgart 1953
- Stegmüller, Wolfgang Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, 2. Aufl. Stuttgart, 1960
- Stucken, Rudolf Liquidität der Banken, Berlin 1940
- Stützel, Wolfgang Liquidität, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Göttingen, 1959
- Szyperski, Norbert Zur Problematik der quantitativen Terminologie in der Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1962
- Thomas, Karl Ausleihungen, Diskontierungen und Wertpapieranlagen der Kreditbanken, Berlin 1956
- Thoms, Walter Bilanzen der funktionalen Kontorechnung, 2. Aufl. Wiesbaden 1956
- Thurnwald, Richard Werden, Wandel und Gestaltung der Wirtschaft im Lichte der Völkerforschung, Berlin, Leipzig 1932
- Triffin, R., The International Community and the Problem of International Monetary Reform in: Währungspolitik in der europäischen Integration, Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft Bd. 29 Baden-Baden 1964
- Veit, Otto Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frankfurt /M., 1948
- " " Deutsche Geldpolitik, Frankfurt/M., 1950
- " " Grundriß der Währungspolitik, 2. Aufl. Frankfurt /M., 1961
- Vogt, Andreas Die Entwicklung des Liquiditätsbegriffes bis Veit, Diss. Tübingen, 1949
- Voß, Heinrich Die Untersuchung und berichtsmäßige Darstellung der Liquidität bei Jahresabschlußprüfungen von Industrieunternehmen, Düsseldorf 1956

- Voß, Heinrich Finanzstruktur und Liquidität,
2. Aufl. Düsseldorf, 1966
- Vormbaum, Herbert Das finanzwirtschaftliche Gleich-
gewicht des Betriebes, in: ZfB,
32. Jg. 1962, S. 64 ff.
- Wagemann, Ernst Allgemeine Geldlehre, I. Bd.
Theorie des Geldwertes und der Währung
Berlin 1923
- Wagner, Adolph Beiträge zur Lehre von den Banken,
Leipzig 1857
- " " Die Geld- und Kredittheorie der
Peelschen Bankakte, herausgeb.
von Johann Plenge, Essen 1920
- " " Sozialökonomische Theorie des
Kommunikations- und Transportwesens,
Leipzig 1909
- Wagner, Val., F. Quantitätstheorie und Geldpolitik
in Festschrift für Alfred Amonn,
Bern 1953
- " " " Geschichte der Kredittheorien,
Wien 1937
- Wals, Eberhard Liquiditätssorgen, München 1966
- Weber, Adolf Depositenbanken und Spekulations-
banken, 4. Aufl. München und Leipzig
1938
- Weber, Helmut Die Planung in der Unternehmung,
Berlin 1963
- Weber, Max Gesammelte Aufsätze zur Wissenschafts-
lehre, . Aufl. Tübingen 1951
- " " Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Aufl.
Tübingen 1956
- Wicksell, Knut Vorlesungen über Nationalökonomie
auf der Grundlage des Marginal-
prinzips, Bd. 2 Geld und Kredit,
Jena 1928
- Wilken, F., Phänomenologie des Geldwertbe-
wusstseins, in: Archiv f. Sozial-
wissenschaft und Sozialpolitik,
1926,
- Willis, Parker, B. The Federal Funds Market, Boston 1964

- Wissler, Albert Das Zinsproblem in theoretisch-empirischer Sicht, Berlin 1955
- Witte, Eberhard Die Liquiditätspolitik der Unternehmung, Tübingen 1963
- " " Zur Bestimmung der Liquiditätsreserve, in: ZfB, Jg. 34 1964
- Wittgen, Robert Die publizitätsorientierte Bilanzgestaltung von Aktienbanken, in: ZfB, 35. Jg. 1965, S. 724 ff.
- Wöhe, Günter Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Berlin und Frankfurt /M., 1960
- Worret, Franz Bankpolitik als Machtfrage, Berlin 1955
- Zentner, Gustav Das Liquiditätsproblem in der industriellen Unternehmung, Berlin Wien 1932
- Zoll, W., Liquidität im Lichte von Wissenschaft und Praxis, in: ZfB, Jg. 28, 1958, S. 473 ff.
- v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestimmungsgrund, Schmollers Jahrbuch 1909

L e b e n s l a u f

Am 18. Mai 1935 wurde ich als Tochter des Ingenieurs Karl Beutel und seiner Ehefrau Hanna, geb. Abler, in Mainz geboren. 1941 kam ich in die Volksschule. Von 1949 - 1952 besuchte ich die Städtische Handelsschule für Mädchen in Nürnberg. Anschließend arbeitete ich bis Sommer 1956 als Stenotypistin, Sekretärin und Auslandskorrespondentin in verschiedenen Unternehmen des Bankgewerbes, des Großhandels und der Industrie. Im Herbst 1955 begann ich, mich neben meiner beruflichen Tätigkeit privat auf das Abitur vorzubereiten. Ich bestand im Frühjahr 1957 in Stuttgart als Externe die Reifeprüfung.

Im Wintersemester 1957 immatrikulierte ich mich an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg für das Studium der Betriebswirtschaftslehre. Nach 8 Semestern erwarb ich im Herbst 1961 den akademischen Grad "Diplom-Kaufmann". Vom 15. Dezember 1961 bis 31. Januar 1963 war ich als Sachbearbeiterin für Rentabilitäts- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen in einem großen Industrieunternehmen beschäftigt. Am 1. Februar 1963 trat ich in die Marktforschungsabteilung eines anderen bedeutenden Unternehmens der Konsumgüterindustrie ein. Nach etwa einem Jahr wurde mir die Leitung dieser Abteilung übertragen. Ich bin seither ununterbrochen in diesem Unternehmen als Marktforschungsleiterin tätig.

Seit 23. August 1962 bin ich verheiratet. Am 30. November 1965 wurde mein Sohn Ralph Alexander geboren.

Offsetdruck - Fotodruck

Josef Hogl

8520 Erlangen, Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz.) Tel. 22990

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hogl, 852 Erlangen, Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 229 90